

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Die letzte Reise des Karl Marx

Historisch-Kritisches Wörterbuch
des Marxismus –
Stichwort »Klassenlage«

Die Linie

Rosa Luxemburg – Antonio Gramsci

Paul Levi unter den »Doppelzünglern«

68 wird vierzig

DDR-Frauen zwischen Emanzipation
und Patriarchat

Gegenkultur und Autonomie

Das »Auffliegen« des Reichstages 1933

209 · März 2008 · 6 €

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

209 · März 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	195
Essay	
RAINER RILLING Es gab viele 68...	197
In memoriam Karl Marx	
HANS JÜRGEN KRYSMANSKI Die letzte Reise des Karl Marx	202
DIETMAR WITTICH Klassenlage Entwurf für ein HKWM-Stichwort	213
JÖRN SCHÜTRUMPF Paul Levi unter den »Doppelzünglern«	222
WOLFRAM ADOLPHI Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und linke Theorie und Praxis heute. XI. Internationale Tagung des InkriT vom 7. bis 10. Juni 2007	234
Emanzipation	
URSULA SCHRÖTER Die schwesterliche Verbundenheit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD)	242
RENATE ULLRICH DDR-Frauen zwischen Emanzipation und Patriarchat	246
GISELA NOTZ Gegenkultur und Autonomie	253

Standorte

KLAUS HÖPCKE
Das »Auffliegen« des Reichstags 1933 260

PETER LINKE
Mit grobem Pinsel. Zu Ito Narihikos Buch
»Der Friedensartikel der Japanischen Verfassung 270

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 274

Bücher & Zeitschriften

Sven Ellmers:
Die formanalytische Klassentheorie von Karl Marx.
Ein Beitrag zur »neuen Marx-Lektüre«
(INGO ELBE) 276

Antonio Gramsci:
Amerika und Europa.
Herausgegeben im Auftrag des Instituts
für kritische Theorie von Thomas Barfuss
(THOMAS MARXHAUSEN) 277

Michael von Hauff (Hrsg.):
Die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft
(ÜLRICH BUSCH) 278

Jaap Sleifer:
Planning Ahead and Falling Behind.
The East German Economy in Comparison
with West Germany 1936-2002
(Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 8
(JÖRG ROESLER) 280

Joachim Mitdank:
Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953,
dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989 –
Erinnerungen eines Diplomaten
(FRANZ-KARL HITZE) 282

Anika Walke:
Jüdische Partisaninnen.
Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion
(GERD KAISER) 284

Summaries 286

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 288

VorSatz

Der Begriff der Klassenlage trägt emanzipatorischen Charakter. Die Klassenlage ist als Instrument der Klassenanalyse durch Betrachtung der Lebensumstände und der in ihnen beinhalteten Potentiale ihrer Veränderung zu verstehen. Dietmar Wittich, der sich in dieser Ausgabe von UTOPIE kreativ dem Begriff zuwendet, verdeutlicht neben der historischen Dimension marxistischer Gesellschaftsanalyse deren heutige Relevanz. Zum einen in der fortgesetzten (Er)Forschung und Erklärung der Welt aus marxistisch-theoretischer Perspektive, zum anderen in dem wieder in Gebrauch kommenden Gehalt – zugleich Rehabilitierung marxistischen Denkens und Handelns – angesichts sich permanent verschärfender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Das Kapital – dies sei hier als These formuliert – wirkt nur dann emanzipatorisch, wenn es zugleich integrativ wirkt. Wenn es also den allergrößten Teil der Menschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern an den erwirtschafteten Gewinnen beteiligt: wie zu Zeiten der Blockkonfrontation geschehen. Aus dieser Zeit resultieren weitreichende Differenzierungsmuster der Gesellschaft, postmaterialistische Wertstrukturen entwickeln sich, aus Klassen werden in soziologischer Diktion Schichten, diese formieren sich in sich teilweise überschneidenden Milieus. Die Milieus kennzeichnen sich durch eine Diversifizierung von Lebensumständen und damit verbundenen Wertmustern und Lebenspotentialen. Wenn das Kapital jedoch, dies als zweite These, die integrativen Kräfte zugunsten seiner Gewinnmaximierung aufgibt, verliert die kapitalistisch formierte Gesellschaft an emanzipatorischer Gestaltungskraft. Milieus schrumpfen und verlieren an Gehalt, retten sich in Schichten und schließlich gewinnen Klassen und ihre Lage wieder an zentraler Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung. Weniger pauschal vielleicht, als hier als These formuliert, aber bereits erkennbar in der Neiddebatte, der Prekariatsdebatte, der Debatte um DIE LINKE. Fehlt eigentlich nur noch das »Lumpenproletariat« im »Kasino-Kapitalismus«.

Auf diesen bezieht sich Marx erstmals während seines Aufenthaltes in Monte Carlo, ein gutes halbes Jahr vor seinem Tod, der am 14. März 1883 eintrat. Zu dieser Zeit befand sich »der größte Denker des letzten Jahrtausends«, wie Hans Jürgen Krysmanski in seinem Artikel in diesem Heft die BBC zu zitieren weiß, auf seiner letzten, ein Jahr andauernden Reise; auf der Suche nach Heilung. Krysmanski stellt diese Reise nach, in einer interessanten Mischung aus Biographie und Drehbuch. Ein sogenanntes Biopic, einfühlsam, un-

terhaltsam und – marxistisch. Wer fühlt sich angesichts der frühen Darstellung von Börsen, Spekulationen, Gewinnen und Verlusten nicht an Finanzblasen, Immobilienkrisen, Zinssenkungen, Werkschließungen und Massenentlassungen erinnert?

Marx aktuell? Nein und ja. Marx ist zwar mittlerweile seit 125 Jahren tot – deshalb auch der Schwerpunkt dieses Heftes und dieses Vorsatzes –, doch längst kein toter Hund. Wenn Rainer Rilling über 68 berichtet, dann spricht er implizit auch von Herbert Marcuse, von Johannes Agnoli und von anderen, die als marxistische Denker des 20. Jahrhunderts theoretischer Ausdruck der Studentenbewegung waren. Eine Zeit, die rasend gewesen sei, wie Rilling schreibt. Eine Zeit, die Abstand nahm von dogmatischer Interpretation marxistischer Texte. Eine milieuintendierte Interpretation etwa? Dafür spräche der erfolgreiche Übergang der 68er in bürgerliche Funktionen und Konventionen, politische, sozio-ökonomische und ethische Übergänge inklusive. Oder doch eine Avantgarde, die die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen vermochte? Dafür spräche wiederum die erfolgreiche Diskreditierung emanzipatorischer Errungenschaften der 68er: Diskussionen in allen Tonlagen um die gesellschaftliche Position und Rolle der Frau, studentische Selbst- und Mitbestimmung, die Rolle ökologischer Politik oder deren Unterordnung unter ökonomische Gesichtspunkte. Was war und was bleibt von 68? Was ist noch heute 68? Fragen, die in diesem Jahr 2008 häufig gestellt werden dürften.

Marx' Todesjahr 1883 war zugleich das Geburtsjahr des Marxisten und KPD-Führers Paul Levi. Jörn Schütrumpf schildert anhand des Konflikts zwischen Levi und Lenin unterschiedliche Spielarten marxistischen Denkens, unterschiedliche Ausprägungen einer Idee. »Bürgerkrieg in Deutschland« fordert Lenin. Levi verweigert sich – und damit die Beteiligung der von ihm geführten KPD an einem solchen Szenario.

Deutlich ist: Unterschiedliche Interpretationen seines Werks begleiten Marx seit der Veröffentlichung seiner Schriften. Sein fundamentaler Einfluß erstreckte sich zu allen Zeiten – nicht nur 68 oder Anfang der deutsch-sowjetischen 20er Jahre – sondern über die Sowjetunion dann auch in ihre Satelliten.

In der Auseinandersetzung mit der Rolle der Frauen in der DDR wird in diesem Heft ein weiterer Schwerpunkt gesetzt. Denn – und dies hier als dritte These – marxistisches Denken, als dessen Ergebnis in optimistisch-positiver Deutung auch die Existenz der DDR gewertet werden kann, ist immer auch emanzipatorisch motiviert. Spiegel des emanzipatorischen Gehalts sind die Gedanken, die von weiteren kommunistischen und sozialistischen Theoretikern wie etwa Rosa Luxemburg, deren Geburtstag sich am 5. März zum 137. Male jährt oder Antonio Gramsci (beiden wird in diesem Heft ebenfalls Platz eingeräumt) angestellt wurden. Und wenn marxistisches Denken emanzipatorischen Charakter in sich birgt, dann – abschließende These – führt es zu praktischen Konsequenzen. Das macht Hoffnung.

MARTIN SCHIRDEWAN

RAINER RILLING

Es gab viele 68...

... und welches gerade Mal das Sagen – also die Hegemonie – hatte, änderte sich wahrlich oft. Seitdem haben unendlich viele Zeitinterpretatoren im Steinbruch »68« gewütet, Belege für ihre ganz eigene Biografie mitsamt Geschichtssicht gesammelt und (sich) entsprechend *positioniert*. Nicht die Zukunft der Geschichte, sondern deren Gegenwart oder Vergangenheit hat sie interessiert. Doch 68 ist eine fröhliche Zäsur, die vergangen ist und ohne Zukunft, auch wenn die unsäglich geschwätigen Protagonisten dieser politischen Generation noch zwanzig oder dreißig Jahre weiter reden werden. Von links und rechts, unten und vor allem von oben. Furchtbar.

Damals ging es um die Zukunft einer Vergangenheit, deren massive Präsenz plötzlich sichtbar wurde. Sie war kaum zu ertragen. Daher gab es wenige Kompromisse mit der Wahrheit, also auch viel Schärfe, die lange blieb, oft als zuweilen auch stilsichere Sektiererei. In der Frage des Faschismus kam sehr wenig Spielerisches und nichts »Jugendbewegtes« vor. Radikalität paarte sich angesichts der Staubwolken der paar zusammenfallenden Fassaden der Macht rasch mit grandiosem Illusionismus und lauter, ernster Großrhetorik – auch das gehörte zu den *roaring sixties*. Das alles aber waren keine schlechten Methoden politischer Selbstbefeuerung und -ermächtigung. Ein paar erste Risse konnten so in das sehr normale, ganz gründliche und überhaupt nicht dröhnende Schweigen der millionenfachen Melange aus mitlaufenden und regierenden *Nichtfaschisten* und selbstsicher herrschenden *Profaschisten* und *Faschisten* hineingebracht werden – und plötzlich dämmerte dahinter die Tatgemeinschaft der Abs und Adenauer, Quandt und von Braun, von Kapital und Katholizismus auf. Dies, die Frontstellung gegen den Faschismus, der nostalgisch als NPD neu in Land- und Kommunaltage einbrach, gegen seine Unterstützer, Profiteure, gegen die anderthalb Jahrzehnte in Familien, Schulen und Medien herrschende Zeit und Politik des lähmenden Beschweigens, der Verdrängung und der Rechtfertigung, gegen seine liberal-totalitäre Modernisierung (dieses Lied sang Herbert Marcuse in der linksbürgerlichen *edition suhrkamp* vor) – sie war seit 1964/5 ein Schlüsselmotiv, das viele 68er (keineswegs bloß Studierende) in Bewegung setzte. Sie war nicht erst seit 1965/6, sondern schon Ende der 50er Jahre für den SDS, »konkret« oder linksliberale Verbände wie die Humanistische Studentenuion ein zentrales Motiv, das in den vielen 68er-Nutznießungen dieser Tage fast immer unterschlagen wird. Ein Schweigen, das nicht verwundert, wem nützt das schon im Biografie-

Rainer Rilling – Jg. 1945, Prof. Dr., Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Marburg und wissenschaftlicher Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Internationale Beziehungen, USA, Eigentumstheorie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Eine vergessene Linke?«, Heft 189/190 (Juli/August 2006), S. 618-621. Homepage: www.rainer-rilling.de.

business. Niemand auch kam damals auf die Idee, vom »Postfaschismus« zu reden, solche Entsorgungen der Geschichte und ihrer Theoretisierung folgten erst Jahrzehnte später. Aber verziehen hat man der aus 68 kommenden Linken diese rabiate Zerstörung des Schweigens zur Sache Faschismus nie – bis zum Jahreswechsel 2007/08, als die FAS als »Hauptneurose der Achtundsechziger« ihre »distanzlose Identifizierung mit den Opfern des deutschen Vernichtungswahns« und zugleich »heimliche Kontinuitäten zwischen NS-Zeit« und 68 diagnostizierte. Tatsächlich waren damals »Demokratie« und »Faschismus« die entschieden distanzlosen Schlüsselkriterien für die Beurteilung der alten und neuen Welt und ihrer Eingeborenen geworden und sie blieben bis heute, meist ohne Naivität und Heuchlerei. Freilich versperrten sie auch oft das Begreifen, dass die Bourgeoisie nicht nur eine Welt des Faschismus und der Ausbeutung, sondern etwa auch das Institut des Rechtsstaats und eine Kultur des Öffentlichen oder der Moderne zu schaffen vermochte – *und dass es diese Bourgeoisie überhaupt gab*, ob liberal oder radikal; und schließlich noch die schwerwiegendste Blindstelle: bestenfalls naive Demokratieideen lagen den Selbstorganisationen und Ordnungen zugrunde, die sich die 68er schufen.

Dass nun Diskurspolitik, zumal mit eigenem (linkem) Vokabular, als schlaues Medium der Sozialkarriere und des Machterwerbs zeitweise ganz beträchtliche Terraingewinne verschaffen kann, war den 68er Männern damals kaum bewusst. Sie wurde von ihnen einfach so gemacht. Und auch eine neue Welt der Texte meldete sich im risig gewordenen Kalten Krieg, an den zu glauben seit 1964/5 immer schwerer fiel. Diese Texte standen hinter den Diskursen, sandten Botschaften aus, veränderten sich und verschwanden. Die ersten linken Verständigungsbücher (»CDU-Staat«, »Politik des Kapitals«, »Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik«, »Formen bürgerlicher Herrschaft«) hatten fünfzig- oder sechzigtausend Auflage. Wichtiger noch als die Texte aber war die leidenschaftliche Wiedereinsetzung des ja keineswegs privatisierten, sondern seines demokratischen Sinns entleerten und abgestorbenen *Öffentlichen* der Straßen, Fabriken, Hochschulen und kargen Drähte des Internationalismus: das war neben der fantastischen Lockung der Utopie die einzige, frühe Versuchung der Macht – es war das Erstaunen über die Gemeinschaftlichkeit, die Attraktion der *Communalität*. Die Art des Lebens änderte sich und Marx war kein Gespenst mehr.

Sich zudem kulturelle Absatzvorteile zu verschaffen machte Spaß, war einfach, zwingend und bestimmt keine Kulturrevolution. Sie sichern praktischerweise bis heute das klammheimliche Erkennen und manche Loyalitäten, ohne die keine Seilschaft und keine politische Generation funktionieren. Die 68er Politik der Beziehungen (die schon früh nachhaltig bis heute wirkend im SDS praktiziert wurde) war deshalb so erfolgreich, weil sie *die Linien zwischen Privatem und Öffentlichen neu zog, das Private als politische Ressource entdeckte* und es nutzte, ohne dass die handwerklichen Fluchten ihrer kleinbürgerlichen Kerngruppen in die Sümpfe des Exhibitionismus und Eskapismus (bis hin zu den prärechten maoistischen Kurzzeitumtrieben) allzu überhand nahmen. Das geschah erst mit der Explosion der unterhaltsamen Beziehungsindustrie in den

70ern, ohne deren politische Psychologie es im Übrigen die Stärke und Dauerhaftigkeit des Feminismus und der Friedensbewegung der 80er Jahre ff. nie gegeben hätte. Damit erschloss sie sich einen riesigen Themenraum, dessen erfolgreiche Okkupation sie übrigens auch selbst durchaus als befreienden Tabubruch empfand und dann natürlich auch als progressive Regelverletzung inszenierte.

Das *Contra* war dabei das prekäre Band der bunten Bewegungen, die eine Weile lang mindestens gleich das System, seine Institutionen und den ganzen Rest los werden wollten, kleinbürgerlicher Radikalismus halt, wie die fast ausgestorbenen kommunistischen Fossile zielgruppensicher einschätzten, deren Antifaschismus wenigstens immer respektiert wurde. Autoritarismus und *Notstand der Demokratie* und der lähmend zukunftslose ewige Immobilismus des großen fordistischen Nachkriegsklassenkompromisses zwischen Liberalismus und Sozialismus mitsamt seinem Regime der Arbeit wurden plötzlich unerträglich. Sozialproteste kulminierten 68/9 in Italien, auch in Frankreich in isolierte Fabrikregierungen, die ersten seit 1945/47! Die Architektur des Kapitalismus wurde radikal dekonstruiert, auseinander genommen – an einigen wirklichen Orten und in vielen Köpfen. Die Bourgeoisie erschrak auch zum ersten Mal wieder und probierte seit 1973/4 gegen solche Insubordination jene neue Disziplinierung aus, die dann Neoliberalismus genannt wurde und alte wie neue Linke in einem kurzen Jahrzehnt ziemlich erledigte. Doch zuvor, 1967/8 noch, begleiteten Sozial- und Kulturprotest den Ausbruch in den Internationalismus und in das gerade Gegenteil des seit damals behaupteten Anti-Amerikanismus: die linken 68er waren vielmehr just eine distinkte bundesdeutsche Amerikanisierungsvanguardie, ein Fall von *Amerikanisierung der Linken* oder *linkem Amerikanismus* – eine neue Selbstausrüstung mit Modernität, die eine deutliche Differenz gegenüber vorherigen Generationen (nicht nur der »Väter«) und dem damals herrschenden wie konkurrierenden politischen Milieu setzte. Diese Variation der »Internationalität« wird oft ignoriert, wenn zu Recht an den »Internationalismus« der linken 68er mit Algerien, Vietnam oder Kuba erinnert wird.

Erst mit der Themen- und Verfahrenspolitik der *postmodernen* Eingemeindungsstrategie in den späten 70er und 80er Jahren und ihrer ambivalenten Pflege der Diversity konnten diese linken Vorstöße ins Private und neue Öffentliche konterkariert werden. Der linke Avantgardismus wurde als ein altertümlich – überholter Irrtum irreführender überbaubewegter Jugendlicher reinterpretiert. Das war übrigens keine Sache einer neuen politischen Generation, sondern Resultat einer erfolgreichen Politik korrumpierender Renormalisierung, deren Erfindung und Durchsetzung über ein Jahrzehnt lang als die gleichsam ständige Aufnahmeprüfung der neuen, bereits uneinholbar *zeitgewandten* post-68er Kohorten in die Belohnungskultur einer bundesdeutschen herrschenden Klasse verstanden werden kann, die sich in der Brandt/Schmidt-Zeit der servil-autoritären Traditionsbestände des konservativ-liberalen CDU-Staates entledigt hatte.

Und dann verlief sich die bleierne Zeit des terroristischen RAF-Manövers – für das sich die weit überwiegende Mehrheit der schon

ermatteten linken 68er nicht interessierte – und eine letzte große politische Innovation geschah: die massive Besetzung des Themas *Ökologie* und die bestandsfähige, produktive Abarbeitung an ihrer parteiförmigen Reproduktion, und das hieß auch: Aufgabe des Grundmisstrauens gegenüber dem *Staatsapparat Partei*. »Der« bürgerliche und kapitalistische Staat wurde erst noch viel später als *Kampffeld* und damit als Raum gesehen, der auch für eine Steigerung politischer Möglichkeiten gut sein könnte bei der Konstruktion der Emanzipation.

Parallel zu dieser Annäherung an die alten Politikformen des liberalen Kapitalismus diffundierten die substantiellen politischen Trennschärfen und utopischen Potentiale des »Projekts 68« ungesehen und bestürzend leise (wenn auch nicht durchgängig, immerhin) in die neuen kapitalismusfähigeren Versprechungen eines ganz anderen, ebenso aktivistischen und transformatorischen Entwurfs, der freilich nicht zuerst mit Mehrheit, Macht oder Moral operierte, sondern der seine politische Kraft aus seiner radikalen Option für das *Nichtpolitische* – den Markt – zog. Mit einer solchen ausschließlich *markt-bürgerlichen Rekonstruktion des Sozialen* manövrierte der *Neoliberalismus* die konkurrierenden politischen (Sozialismus/Sozialstaat) und zivilgesellschaftlichen (Bürgergesellschaft/Feminismus) Projekte der 68er unmerklich, schnell und effizient aus, zumal deren dünn gewordene Identität nach 89 fast ein Jahrzehnt lang keine Kraft mehr für eine Verbindung dieser Projekte mobilisieren konnte. 68 hat ihnen Raum geschaffen, alte linke Traditionsbestände wiederentdeckt, modernisiert und oft radikalisiert oder sie hat diese Projekte sogar (neu) hervorgebracht – mehr nicht. Sie produktiv zeitgerecht zusammen zu bringen und zu halten, bleibt die Chance jener anderen jetzigen Linken, die in der Zeit des Neoliberalismus entsteht – deren Sprung zur Bundestagsmacht freilich so unerwartet hoch und also regelmäßig derart pittoresk war und ist, dass der historische Abstand zwischen dieser neuen kleinen Macht und der jahrzehntelangen alten Ohnmacht riesig ist. Diese prekäre Spanne mitsamt ihren Widersprüchen wie vor allem Ungleichzeitigkeiten ist mittlerweile völlig aus dem Blickfeld der naturgemäß sehr geschäftigen Politik der Linkspartei geraten.

Weder ideen- noch machtpolitisch hatte das damals dann noch übrig gebliebene *linke 68* der neuen neoliberalen Praxis etwas entgegensetzen. Diese ging auf eine warenweltlich vermittelte Politisierung des Alltags und des Privaten aus, in deren Zentrum die zynisch-zähe *Verfolgung und Ermordung* jeglicher Idee, Kultur und Praxis der Gleichheit (und des nicht marktvermittelten Libertären) stand und steht. Eine nichtpolitische Kritik des Marktradikalismus kam dagegen nicht an und die Vorräte für eine politische Kritik des neuradikalen, militärischen, imperialen, triumphierenden Kapitalismus aus dem Bestand der Linken schienen seit den 80ern und erst recht danach verbraucht, wie die dezimierte 68er Linke selbst, die wie andere politische Generationen vor ihr am Ende so viele müde und ausgebrannte Biografien aufweist. Oft genug las und liest sie die Gegenwart nur noch mit den Augen der Vergangenheit.

Die Leistung der linken 68er war, ihre Erfahrungen der ersten großen politischen Krisenmomente (1964-1968/9) des goldenen For-

dismus als Bruch und radikalalternativen Entwurf zu fassen. Ihre unmittelbare politische Aktion gelangte bis zur sozialen, kulturellen, theoretischen und auch politischen Revolte (ein Begriff, der sich der ewigen Dialektik von »Reform & Revolution« nicht fügen will). Dieser erstaunliche Bruch provozierte deutlich Reaktionen. Die *offensiven* und *strategischen* Antworten der *ruling classes* freilich – ihre Politik der Modernisierung des Kapitalismus schon zeitgleich seit Mitte der 60er Jahre, ihre Aufkündigung des alten sozial-liberalen Klassenkompromisses und ihren Wechsel zum Neoliberalismus, ihr neuer Erfindungsreichtum in Sachen Zwang und Gewalt, ihre Klugheit bei der Schaffung neuer Produktivkräfte und damit ungesehener Akkumulationsräume und -praxen – dies alles nahmen die linken 68er bestenfalls beiläufig zur Kenntnis, sie waren kein wirklich bewegendes Motiv. Vor allem die *unspannende* Eigentumsfrage hat sie kaum interessiert. Aber manchmal verwirklichte sie die *einfachen Sachen* (in) dieser Zeit: *Kooperation, Radikalität, Öffentlichkeit, Solidarität, Communalität* etwa, die sich größere Menschenmengen überwiegend aus der großen bürgerlichen Mittelklassenkultur eher selten zu Eigen machten.

Der politischen Linken hinterließ sie ein frisch aktualisiertes, säkularisiertes, oft entmystifiziertes und ziemlich komplettes historisches Register linken Denkens und eine Menge kultureller, theoretischer und politischer (nicht aber sozialer und schon gar nicht ökonomischer) Artefakte, welche nach 1989 halfen, die völlige *politische Auflösung* der Linken in Europa zu verhindern, so dass es oft bei Dezimierung durch Demütigung, Geringschätzung und beiläufiger Entmachtung blieb, also der Raum und die Chance zur *Rifundazione* offen gehalten wurden. Und es bleibt der Ratschlag, dass es sich lohnt, Probleme – Themen – auf ihr politisches *Überraschungspotential* hin zu untersuchen und dieses cool, clever und mit einer radikalen Freude an Regelverletzung auszuprobieren.

68 war eine rasende Zeit. Verhältnisse lassen sich immer neu zum Tanzen bringen. Und: Alles, was geschehen ist, kann wiederkommen. Alles.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

Die letzte Reise des Karl Marx

Seit längerem beschäftigt mich die Frage, wie man die Figur von Karl Marx in die Welt der Bilder und des Films bringen könnte.¹ Selbst in Zeiten der Sowjetunion und der DDR war ja in dieser Hinsicht nicht allzu viel passiert.² Doch in den letzten Jahren ist das Medieninteresse an Marx gewachsen. Man denke nur an das Ranking der »größten Deutschen« in einer Sendung des ZDF im Jahre 2003, als Marx (der in allen neuen Ländern die Nummer eins war) hinter Konrad Adenauer und Martin Luther auf Platz drei kam; oder an eine Umfrage der BBC aus dem Jahre 1999, in der Karl Marx zum größten Denker des letzten Jahrtausends gewählt wurde.³

Irgendwo in den Labyrinthen der deutschen Filmindustrie gab und gibt es immer wieder Anläufe zu einem »Biopic« über Karl Marx, aber bislang ist daraus nichts geworden. Gelegentlich kommt man mit diesen Dingen in Berührung, aber meine eigenen Überlegungen weisen inzwischen in eine andere Richtung. Der nachfolgende Text stammt aus den Vorarbeiten zu einer »graphic novel« beziehungsweise zu einem »film animé«. Solche »ernsten Zeichentrickfilme« mit den durch sie möglichen Verfremdungseffekten beginnen sich einen wichtigen Platz in der globalen Filmindustrie zu erobern.⁴

Vielen Marxisten erscheinen die letzten Monate im Leben von Karl Marx als ein deprimierendes Wettrennen mit dem Tod, begleitet vom Zerfall seiner intellektuellen Fähigkeiten. Seine Reise von Marseille nach Algier, weiter nach Cannes und Monte Carlo sowie sein Aufenthalt bei der todkranken Tochter Jenny in Argenteuil scheinen ihn weit von den revolutionären Aktivitäten, für die er stand, zu entfernen. Seine Bemühungen, Erleichterung für seine quälende Lungenkrankheit und andere Beschwerden zu finden, und die Rückkehr nach London in die pflegende Obhut von Lenchen Demuth und Friedrich Engels Anfang 1883 wirken wie die Antiklimax seines Lebens.⁵

Doch die vielen Briefe aus dieser Zeit, der intensive zweimonatige Aufenthalt in Algier, die Begegnungen und Geschehnisse erzählen eine andere Geschichte. Eine seltsame Episode in Algier mag dies illustrieren. Offensichtlich reflektiert Marx in diesen Wochen seine öffentliche Rolle, experimentiert mit seinem Image und entschließt sich spontan, seine »Kopferücke« und seinen »Prophetenbart« einem örtlichen Barbier zu opfern (s. u.) – so dass die äußere Erscheinung von Marx seit dem April 1882 bis zu seinem Tode nicht mehr ganz dem populären Mythos entspricht.

Viele andere Zeichen in seiner Korrespondenz und in seinem Tun deuten darauf hin, dass Marx während dieser Reise (auf der er zum

Hans Jürgen Krysmanski – Jg. 1935; em. Professor für Soziologie an der Universität Münster; Autor zahlreicher TV-Reportagen (Spiegel TV, NDR); Buchpublikationen u. a. »Soziologie des Friedens« (Wiesbaden/Opladen 1993), »Hirten & Wölfe« (Münster 2004). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Der stille Klassenkampf von oben, Heft 205 (November 2007). Homepage: www.hjkrysmanski.de.

1 Vgl. H. J. Krysmanski: Five Days in the Life of Karl Marx. A Global Movie Project, in: Soziale Welt und soziologische Praxis. Festschrift für Heinz Hartmann zum 65. Geburtstag, Göttingen 1995; vgl. auch »The ongoing Karl Marx movies project«: <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/Marx5/index.htm>.

ersten Mal Europa verlässt) die größeren historischen und »kosmologischen« Kontexte seines Werkes in einem neuen Licht sieht. Und seine geistigen Fähigkeiten sind ungetrübt.

Vor allem aber ist dieser finale Trip angefüllt mit Menschen, Geschichten und Szenen – anschaulich beschrieben in Briefen an die Töchter, an Engels und andere Freunde –, die Marx als einen großen Humanisten zeigen, der souverän mit den Fragen des eigenen Lebens und Todes umzugehen weiß.

Der folgende Text ist, wie gesagt, eine Vorarbeit für ein spezifisches Projekt – der Versuch der Annäherung an eine unterschätzte Phase im Leben des Karl Marx mit den medialen Mitteln des 21. Jahrhunderts.

Die Reise 16. – 20. Februar 1882, von Paris nach Marseille und Überfahrt nach Algier

Ein 1.-Klasse-Abteil des fahrenden Zuges Paris-Lyon-Marseille. Kurz hinter Lyon tritt ein Schaffner in das Abteil und erklärt einem alten, elegant gekleideten weißmähigen und vollbärtigen Herrn, Karl Marx, dass die Lokomotive technische Schwierigkeiten hatte, und entschuldigt sich für die verzögerte Weiterfahrt. Marx sagt ungehalten etwas Böses über den technischen Fortschritt.

Marx' Reise in den Süden erfolgt auf dringendes Anraten seiner Ärzte, er leidet seit langem an einer schweren Bronchitis, verdickter Pleura, entzündeten Lufttröhrenästen. Jetzt hustet er wieder einmal stark und holt eine Flasche Branntwein aus seinem Gepäck. »Erst 1 ½ Stunden d'arrêt at Cassis wegen distemper der Lokomotive; hin wiederum selbiges Malheur mit der Maschine at Valence, obgleich diesmal (...) bitter kalt und bösig biting wind ... und fand nur Gegenmittel im ›Alkohol‹, again and again resorted to it.«⁶ Marx, branntweinselig, holt ein Foto seiner (vor zwei Monaten gestorbenen) Frau Jenny hervor und weint. Der Zug fährt in den tristen nächtlichen Bahnhof von Marseille ein.

Marx schiffet sich im Hafen von Marseille mit dem Postdampfer »Said« in Richtung Algier ein. Zum ersten und einzigen Mal verlässt er Europa. Die über 34-stündige Überfahrt in einer engen Kabine und mit überfüllten Decks, bei höllischem Maschinenlärm, ist anstrengend.

Marx kann nicht schlafen und erinnert sich im Halbtraum an die vielen Überfahrten zwischen Calais und Dover, als politischer Flüchtling, als geachteter Theoretiker der entstehenden Arbeiterbewegung, als Mitglied eines weit verzweigten Familiennetzes, als liebender Vater dreier Töchter, als kränklicher Erholungsuchender. Vor allem die bewegten politischen Jahre um 1848, als er mit Engels das Kommunistische Manifest verfasste, werden in diesem wirren Traum lebendig und huschen als Impressionen über seine innere Leinwand.

In den wachen Stunden quält ihn der Gedanke, dass er auf der Flucht vor wichtigen Aufgaben ist. Er kann sich schwer konzentrieren, das Lesen fällt ihm schwer, und an Schreiben ist bei dem Gestampfe aus dem Maschinenraum nicht zu denken.

An Deck freundet sich Marx mit dem Kapitän der »Said« an, einem, wie er später schreibt, »sehr netten Kerl«, der auf dieser Reise

2 Vgl. die TV-Folgen »Marx und Engels – Stationen ihres Lebens« (Fernsehserie, DDR, 1979/1980); »Karl Marx – die jungen Jahre« (Fernsehserie, DDR/UdSSR, 1981).

3 Vgl. ZDF Jahrbuch 2003: <http://www.zdf-jahrbuch.de/2003/programmarbeit/arens.htm>; BBC News October 1, 1999: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/461545.stm>.

4 »Graphic novels« versuchen, literarische Themen und auch historische Stoffe für ein anspruchsvolleres Publikum in die Comic-Bildsprache umzusetzen; ihr »Storyboard«-Charakter prädestiniert sie als Vorlage für Animations- und andere Filme. Zu den bekanntesten Vertretern der »graphic novel« gehören Jacques Tardi und Jason Lutes.

5 Fast alle Marx-Biographen vermitteln auf flüchtige Weise diesen Eindruck.

6 Marx an Engels, 17. Feb. 1882.

Frau und Kind mit nach Algier nimmt. Marx erzählt Kapitän Macé, dass er in Algier von einem Freund seiner beiden Schwiegersöhne – Charles Longuet (verheiratet mit seiner Tochter Jenny) und Paul Lafargue (verheiratet mit Laura) – erwartet wird, einem gewissen Albert Fermé. Dieser vor zwölf Jahren aus politischen Gründen nach Algerien verbannte französische Jurist soll sich um Marx während seines Erholungsaufenthalts kümmern.

Am Ende der Überfahrt hat sich Marx erneut, zusätzlich zu seiner schweren Bronchitis, eine heftige Erkältung zugezogen. Doch Marxens Grundstimmung und innere Zerrissenheit rühren aus einem anderen Sachverhalt, den Sigmund Freud später einmal so umschreiben wird: »Was immer das Ich im Leben zustande bringt, das Überich ist nie damit zufrieden.«⁷

7 Neue Rundschau,
Heft 1/2006.

20. Februar – 3. Mai 1882, Marx in Algier

Ankunftsgewimmel in der Bucht von Algier. Fermé, ein sympathischer Mensch um die vierzig, erkennt Marx sofort, denn sein Bild als einer der Führer der sozialistischen Internationale ist überall verbreitet. Fermé bringt Marx zunächst im prächtigen Hotel d'Orient unter, dem ersten Haus am Platze und sehr teuer. An der Rezeption bietet man dem würdigen deutschen Professor einen Monatspensionspreis an, doch Marx bleibt nur wenige Tage und entscheidet sich dann, auf Rat Fermés, für eine Villenpension im höher und klimatisch günstiger gelegenen Mustapha-Supérieur. Marx muss, trotz der großzügigen Unterstützung durch Engels, rechnen, wie er Fermé offen auseinanderlegt. Er wird die Familie Fermé in der Route Mustapha Supérieur während seiner Zeit in Algier noch oft besuchen. Man wird über die Tage der Pariser Commune, die zu Fermés Verbannung führten, über die politischen Entwicklungen auf dem Kontinent (und insbesondere auch in Russland) sprechen.

Marx selbst verbringt die nächsten zwei Monate in der Pension Victoria. Oft vergisst er seine Schmerzen und Zweifel. »Hier herrliche Lage, bevor meiner chambre die Bucht des Mediterranean, Hafen von Algier, villas amphitheatralisch aufsteigend die collines ... weiter entfernt des montagnes, visibles u. a. die Schneegipfel derrière Matifou, sur les montagnes de Kabilie, des points culminants du Djurdjura ... Am Morgen um 8 Uhr nichts Zaubershafteres als Panorama, Luft, Vegetation, europäisch-afrikanisch wunderbare mélange. Jeden Morgen – 10, oder 9-11 thereabouts my promenade ...«.⁸ Dabei wird Marx' Husten immer schlimmer.

8 Marx an Engels,
1. März 1882.

Ein Dr. Stephann – »best Algiers doctor« – wird sein Arzt. Beim Öffnen von »Wasserblasen auf der Brust« usw. kommt es auch hier zu Gesprächen jenseits der Krankheit. Dr. Stephann ist naturwissenschaftlich interessiert und Marx kann hier sein breites naturgeschichtliches, physikalisch-kosmologisches und auch mathematisches Wissen, das er sich in den letzten Jahren angeeignet hat, einbringen. Vor allem aber sprechen sie über den Tod, die unsinnige Vorstellung eines Weiterlebens im Jenseits. Man müsse, so Marx, die eigene Endlichkeit hinnehmen: »Nur die Atome sind ewig.«⁹

9 So schrieb er schon in
seiner Dissertation.

Das königlich-preußische Konsulat in Algier ist zu jener Zeit durch den Diplomaten Dr. Fröbel besetzt. Es ist nicht bekannt, ob das Konsulat die Anwesenheit des verfeimten Sozialistenführers zur

Kenntnis genommen und entsprechende Nachrichten nach Berlin weitergeleitet hat – obgleich Marx' Ankunft in der örtlichen Presse gemeldet wurde. Eine heimliche Observierung des seltsamen Gastes bleibt denkbar.

(Es wäre ein running gag der Geschichte, wenn immer einmal wieder, unsichtbar für Marx, in seiner Nähe ein »Observateurlein« auftauchte.)

Die Pension Victoria verfügt nur über sechs Gästezimmer. »Zur gewiss nicht allzu großen Gesellschaft von ›Victoria‹ gehören neben Karl Marx die beiden Besitzerinnen, dazu Madame Rosalie, Hausangestellte; Madame Casthelaz und ihr Sohn Maurice Casthelaz, Arzt/Pharmazeut und selbst Kurpatient (der sich als freiwilliger ›Pfleger‹ intensiv um Marx kümmert), Madame Claude aus Neufchâtel, Armand Magnadère, dessen Tod im März 1882 zu beklagen ist, und ein unbekanntes junges Fräulein, das mit einer Zeitungsannonce sich um Anstellung als Privatlehrerin bewirbt ...«¹⁰

Dieses »unbekannte junge Fräulein«¹¹ spielt beim Algerien-Aufenthalt von Karl Marx eine besondere Rolle. Sie stammt aus Dessau, sie ist hübsch und klug und spricht mehrere Sprachen. Sie hat von dem berühmten Mann viel gehört und sie hat sogar August Bebels 1879 erschienenenes, durch Bismarcks Sozialistengesetz verbotenes, aber weit verbreitetes Buch »Die Frau und der Sozialismus« gelesen. Marx fühlt sich zu ihr hingezogen, denn sie erinnert ihn an seine jüngste Tochter Eleanor (Tussy). Doch schon bald dringt die junge Frau – nennen wir sie Vera – in seine Träume ein.

In diesen Träumen vermischt sich die Erinnerung an die Qualen und Entbehrungen bei der Fertigstellung des ersten Bandes von »Das Kapital« mit dem Gefühl der Befreiung, als er im Zug nach Hamburg saß, um seinem Verleger Meißner eigenhändig das Manuskript zu übergeben. Damals saß in seinem Abteil eine schöne junge Frau und er sah in ihr die Botin einer anderen Welt, die sich ihm zu öffnen schien. Jetzt hatte dieses Mädchen die Züge der Vera – und irgendwie versucht er ihr im Traum zu erklären, was er damals geleistet, welche wissenschaftliche Entdeckung er damals der Menschheit geschenkt hat.

Vera begleitet Marx auf seinen Spaziergängen durch Algier. Wenn sie durch die Kasbah wandern, das geschäftige Bazarleben, empfindet Marx sich als Müßiggänger, eigentlich als Verräter an seiner Sache, und vertraut seine Gefühle auch Vera an. Was für ein Wust von Papieren, halbfertigen Manuskripten, das ganze Material für die Bände zwei und drei des »Kapital« – und auch noch für einen vierten Band – lägen in seinem Arbeitszimmer in London. Vera versteht den großen Mann nicht. Er habe doch schon so viel geleistet, was sie alles bei Bebel über ihn gelesen hat. Und ihre Schwester in Dessau sei nach einem Brief ganz aus dem Häuschen, dass sie, Vera, Marx kennengelernt habe. Wenn Marx darüber klagt, was es alles noch zu tun gäbe, sagt sie altklug: »Was immer man im Leben zustande bringt, Gott oder Teufel wollen es so, dass man nie damit zufrieden ist.«

Dennoch wird Marx seiner Schuldgefühle nicht recht Herr. Aber sie sind nicht abstrakt, sondern ganz konkret. In Wirklichkeit vermisst er sein Arbeitszimmer, das Zentrum seines Universums. Und

10 Marlene Vesper, Marx in Algier, S. 59.

11 Hier und an einigen wenigen anderen Stellen sind fiktive Elemente eingefügt.

vor allem Engels fehlt ihm. In seinem Zimmer liegen einige Briefentwürfe an Engels, die er niemals abschicken wird, weil sie selbst für seinen engsten Freund zu persönlich sind.

Bei einem Spaziergang am Rande der Kasbah stoßen Marx und Vera auf einen hageren, bärtigen Maler um die vierzig. Unter einem Sonnenschirm hat er auf seiner kleinen Staffelei mit schnellen Pinselstrichen eine der hangauf führenden Treppen gemalt. Karl Marx und Auguste Renoir blicken sich in die Augen. Vielleicht wechseln sie auch einige belanglose Worte. Keiner von beiden aber wird je erfahren, wem er da begegnet ist.

Aber auch mit den anderen Gästen der Pension unternimmt Marx Ausflüge. »Gestern um 1 Uhr mittags gingen wir hinunter zum Inferior Mustapha, von wo aus die Staßenbahn uns zum Jardin Hamma oder Jardin d'Essai brachte, der als »öffentliche Promenade« benutzt wird mit gelegentlicher Militärmusik, als »Pflanzschule« zur Züchtung und Verbreitung einheimischer Gemüsesorten, schließlich für wissenschaftliche botanische Experimente und als Garten der »Akklimatisation«.«¹² Madame Casthelaz fragt Marx, wer denn im Zukunftsstaat die niederen Arbeiten verrichten solle, und fügt hinzu: »Ich kann mir Sie nicht in einer nivellierenden Zeit denken, da Sie durchaus aristokratische Neigungen und Gewohnheiten zu haben scheinen.« – »Ich auch nicht«, antwortet Marx. »Diese Zeiten werden kommen, aber wir müssen dann fort sein.«¹³

Marx schließt Bekanntschaft mit Herrn Durando, Professor für Botanik, aber auch ein Anhänger Charles Fouriers. »Wir tranken Kaffee, natürlich im Freien, einem maurischen »café«. Der Maure bereitete ihn ausgezeichnet, wir saßen auf einem Schemel.«¹⁴ So lässt sich ganz anders über Fouriers Utopien reden. Fourier träumte von Kommunen, die nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Liebesgemeinschaften sind. Eine Befreiung der Arbeit ohne eine Befreiung der Sexualität sei nicht möglich, doziert Professor Durando. Vera hört interessiert zu. Marx ist peinlich berührt.

Marx' Gesundheitszustand bessert sich kaum. Das Auf und Ab seiner Beschwerden bildet den Hauptinhalt seiner Briefe, insbesondere an Engels, während er seinen Töchtern auch hübsche Vignetten des Lebens in Algier liefert. Eine »arabische Weisheitsfabel«, die er seiner Tochter Laura übermittelt, spricht Bände: »In einem stürmischen Fluß hält ein Fährmann bereit kleinen Kahn. Um ans Gegenufer zu gelangen, steigt ein Philosoph ein. Entwickelt sich folgender Dialog: *Philosoph*: Fährmann, kennst du *Geschichte*? – *Fährmann*: Nein! – *Philosoph*: Dann hast du 1/2 deines Lebens verloren! – *Und wiederum*: *Der Philosoph*: Hast du studiert Mathematik? – *Fährmann*: Nein! – *Philosoph*: Dann hast du mehr als die Hälfte deines Lebens verloren. Kaum hatte es der Philosoph gesagt, als Wind den Kahn umschlug und beide, Philosoph und Fährmann, ins Wasser geschmissen; schreit nun: *Fährmann*: Kannst du schwimmen? – *Philosoph*: Nein! *Fährmann*: Dann dein Leben ist ganz verloren.«¹⁵

Koloniale Ausbeutung und die ersten Schritte der Industrie und des Kapitalismus prägen das Bild Algiers. Am 8. März erscheint in der örtlichen Tageszeitung »Petit Colon Algerien« ein Leitartikel »Die freie Arbeit und die Arbeit der Verdammten« »über die harten, unmenschlichen Arbeitsbedingungen beim Bau der neuen algeri-

12 Marx an Laura, 13./14. April 1882.

13 Franziska Kugelmann, in: Mohr und General, S. 259.

14 Marx an Laura, 13./14. April 1882.

15 Ebenda.

schen Eisenbahn Richtung Osten«¹⁶, der mit dem Satz endet: »Wacht auf, Verdammte dieser Erde!«

An der Stätte der Gleisverlegungen, inmitten der schuftenden Arbeiter, versucht Marx Vera seine zentrale Entdeckung, die Entschlüsselung des geheimen Gesetzes des Kapitalismus, zu erklären. Er zeigt auf die Aufseher. Er beschreibt, in wessen Eigentum die eingesetzte Maschinerie steht. Er spricht davon, wie die Welt eine einzige Welt der Waren geworden ist. Dass Arbeitskraft die einzige Ware ist, welche diese Lohnarbeiter am Markt anbieten können. Sie können nur überleben, indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Und diejenigen, die ihnen die Arbeitskraft abkaufen, wissen, was für eine kostbare Ware ihnen da in die Hände fällt. Man zahlt diesen Verzweiferten so wenig wie möglich und weiß zugleich, dass sie durch die Verausgabung ihrer Arbeitskraft viel mehr an Wert schaffen, als ihnen an Lohn zufließt. So kann derjenige, der es versteht, den Arbeitsmarkt zu manipulieren und die Ware Arbeitskraft günstig einzukaufen, unendlich reich werden, so reich wie die Eisenbahnkönige in Amerika, die Rockefeller und Vanderbilts.

Einerseits kämpft Marx gegen die Gefühle, die er für Vera empfindet, andererseits schmeichelt ihn deren Verehrung und wachsende Zutraulichkeit. Auch Vera spürt das, »lost in translation«. Marx möchte sich seiner selbst vergewissern. Er begibt sich zu dem »Photographe Agha Supérieur Alger«, E. Dutertre, und es entsteht das vielkommentierte letzte Portrait von Karl Marx. Er schickt Kopien des Bildes an seine Töchter, an Laura etwa mit der Widmung »To my dear Cacadou. Old Nick.«

Doch das Photo ist das Signal für einen Bruch. An Engels schreibt er: »Apropos; vor der Sonne habe ich den Prophetenbart und die Kopfperücke weggeräumt, aber (da meine Töchter dies besser haben) mich photographieren lassen vor Haaropfer auf Altar eines algerischen Barbiers.«¹⁷ »Prophetenbart« und »Kopfperücke« sind der Schere zum Opfer gefallen – Vera zu Gefallen? Sie jedenfalls ist davon überrascht und ein wenig verwirrt. Ihr Verhältnis zu Marx ändert sich, sie sucht nicht mehr so oft seine Nähe. Und sie findet eine Stelle als Privatlehrerin – ausgerechnet der Kinder des deutschen Konsuls Dr. Fröbel. Und Marx: wollte er tabula rasa machen?

Das schlechte Wetter und der Staub des Sirocco, der in die Lunge dringt, tragen dazu bei, dass Marx allmählich wieder zur Vernunft kommt und sich entschließt, Algier baldmöglichst zu verlassen. Seine Flucht von Algier sei »zeitgemäß«, schreibt er an Engels¹⁸, und es bleibt ein wenig geheimnisvoll, was er damit meint.

Wenige Tage vor der Abreise besucht Marx zusammen mit Fermé ein in der Bucht von Algier liegendes französisches Geschwader von 6 Panzerschiffen. »Natürlich ich inspizierte das Admiralschiff ›Le Colbert«, wo ein Unteroffizier, hübscher und intelligenter Bursche, mir alles im Detail zeigte und vordemonstrierte ... Wir sahen also von Nachen, alias Kahn, von da auf und ab fahrend den Manoeuvres des Admiralschiffs und der 5 andern Panzer zu.«¹⁹ Das alles ist Anlass genug, mit Fermé über die globale Reichweite des militärischen Kolonialismus zu sprechen.

(Und vielleicht ist auch das ›Observateurlein‹ in einem Nachbar-kahn dabei.)

16 Marlene Vesper, a. a. O., S. 90.

17 Marx an Engels 28. April 1882.

18 Ebenda.

19 Ebenda.

Und dann verlässt Marx am 2. Mai 1882 auf dem Dampfschiff »Peluse« Algier. Nicht nur Fermé samt Familie und Dr. Stephann, auch Vera steht am Kai und winkt.

8. Mai – 3. Juni 1882, Monte Carlo

Die Überfahrt nach Cannes, wo Marx nur wenige Tage bleibt, war stürmisch. Sein Gesundheitszustand ist erbärmlich. In Monte Carlo findet er im Lesesaal des Casino »fast vollständige Pariser und italienische Zeitungsliteratur« und auch deutsche Zeitungen sind, im Gegensatz zu englischen, gut repräsentiert. Aber »die Table d'hôte-Genossen des Hôtel de Russie interessiert sich viel mehr, was sich ereignet in den salles de jeu des Casino (tables de roulette et de trente-et-quarante).«²⁰ Monte Carlo, dieser Schlupfwinkel vornehmer Müßiggänger und Abenteurer, ist trotz der schönen Natur ein ödes Nest. Seine »Monumentalität« verdankt es allein den Hotels. Es gibt keine plebejische Mittel- und Unterschicht, außer den »dem Lumpenproletariat zugehörigen garçons d'hôtels, de café etc. und domestiques.«²¹

20 Marx an Engels,
8. Mai 1882.

21 Marx an Engels,
5. Juni 1882.

22 Marx and Engels,
20. Mai 1882.

In Monte Carlo habe er einen Monat lang nur dahinvegetiert, nachdem er von einem Dr. Kunemann, der ihn zunächst für einen Medizinerkollegen hielt, schonungslos über sein Krankheitsbild aufgeklärt worden sei. Den Kindern, schreibt Marx an Engels, wolle er die ganze Wahrheit nicht mitteilen, um sie nicht zu ängstigen.²² Die Tage vergehen mit den verschiedensten unangenehmen Applikationen. Außer zu diesem Arzt, einem republikanischen Philister, und den Tischgenossen hat er wenig sozialen Umgang. So bleibt es nicht aus, dass der nach wie vor unendlich neugierige Geist von Marx sich auf das Casino von Monte Carlo, auf die »banque de jeu, the financial basis of the whole trinity« von Politik, Staat und Regierung richtet.

Ein Tischgenosse, der englische Wine Merchant Pittersborough, gibt das damals populäre Lied »The Man that Broke the Bank at Monte Carlo« zum Besten: »I've just got here, through Paris, from the sunny southern shore, / I to Monte Carlo went, just to raise my winter's rent«. Und dann erklärt dieser betrunkene Sohn Großbritanniens, unter Zuhilfenahme des Geschirrs, der Speisen und Kellner, der Tischrunde weitschweifig ...

... wie man aus Geld mehr Geld machen kann, ohne zu tun zu haben mit anderen Waren als allein dem Geld selbst. Ohne sich mit dem Gesocks der Lohnarbeiter abgeben zu müssen. Beim Roulette ebenso wie an der Londoner Aktienbörse. Hier, ruft Pittersborough, habe er seine Chips und alle glauben, das sei bares Geld, aber es ist schon imaginiertes Kapital. Es ist ein Versprechen, eine Hoffnung. Und nun wette er. Und besteche den Croupier. Oder hole seine gezinkten Karten hervor. »And I break the Bank at Monte Carlo.« Es gäbe nichts schöneres als das Spiel mit der Imagination, wenn bares Geld dabei herauskommt. Und wenn man das Casino besitze, wenn man die Croupiers bezahle, könne man reich werden, unendlich reich, ohne Anstrengung, nur mit ein bisschen Raub und Mord vielleicht. Und man müsse natürlich Politik, Staat und Regierung in der Hand haben. Das aber sei hier dank der machiavellistischen Politik von Charles III., dem Fürsten von Monaco, garantiert. Er, Pittersborough, werde sein Wein- geschäft verkaufen und nur noch financial deals machen usw.«

Die Runde amüsiert sich. Marx aber hat die Lektion besser verstanden als die anderen. Er kann sich nicht beherrschen und murmelt so etwas wie: Was das doch für eine Bande sei, diese verkommenen Bourgeois, welche die von der Arbeiterklasse geschaffenen Werte verspielen und meinen, sie seien die Herren der Welt! Die Runde versteht ihn nicht ganz.

Später, in seinem Hotelzimmer, macht Marx sich Notizen für die noch immer nicht veröffentlichten Folgebände von »Das Kapital«. Auf einem seiner Zettel erscheint zum ersten Mal der Begriff »Kasino-Kapitalismus«.

*Anfang Juni – Ende August 1882, Argenteuil/Paris,
bei Tochter Jenny Longuet*

Zum ersten Mal auf dieser Reise hört Marx wieder seinen Spitznamen: »Mohr, wo ist dein Bart?«

Bei diesem mehrwöchigen Aufenthalt ist Marx zum letzten Mal mit seinen Töchtern Jenny und Laura (und ihren Ehemännern Longuet und Lafargue) und seinen vier überlebenden Enkeln zusammen sowie gelegentlich mit Eleanor (Tussy, die zur Pflege der kranken Jenny aus London anreist, selbst aber wegen ihrer von Marx unterbundenen Liebschaft mit dem französischen Journalisten Lissagaray körperlich und seelisch leidet). Die Konflikte zwischen diesen Personen, den Schwestern untereinander, zwischen Charles Longuet und seiner Frau bzw. Marx sind intensiv. Und Marx setzt seine »Kuren« im nahegelegenen Heilbad Enghien fort.

Wie in einem Brennspiegel sammelt sich das ganze Geschehen, die Streitigkeiten, die tödlich endende Krankheit Jennys usw. in einem Tagesablauf, der Marx als seiner Familie und ihren Schwierigkeiten vollkommen ausgeliefert zeigt: » $\frac{1}{2}$ 8 Uhr morgens beginne ich mit Waschen, Anziehen, Frühcoffee etc.; um halb 9 Uhr morgens Abreise nach Enghien, kehre allzumeist erst zurück um 12 Uhr, dann dejeuner in Argenteuil en famille, von 2-4 Uhr nachmittag Ausruhen, dann Spazieren und Herumtreiben mit den Kindern, daß Hören und Sehen noch viel gründlicher (namentlich aber auch das Denken) einem ausgeht als dem Hegel der »Phänomenologie«; endlich 8 Uhr Abendsupper und Tagewerk hiermit vollendet. Wo bleibt dann Zeit zur Korrespondenz?«²³ Die Charaktere der einzelnen Personen entfalten sich beim »Abendsupper«.

In seinen schweren Träumen wird sein legendäres Arbeitszimmer in der Maitland Park Road 41 zu einer magischen Festung. Der lichtdurchflutete Raum, an dessen Seitenwänden Bücherschränke sind, ist mit Büchern gefüllt und bis zur Decke mit Zeitungspaketen und Manuskripten überladen. Gegenüber einem Kamin und an einer Seite des Fensters stehen zwei Tische voll mit Papieren, Büchern und Zeitungen. In der Mitte des Raums, im günstigsten Licht, befindet sich ein einfacher kleiner Arbeitstisch und ein Lehnstuhl aus Holz (der Lehnstuhl, in dem man ihn am 14. März des kommenden Jahres tot auffinden wird). Vor einer anderen Wand steht ein Ledersofa, auf dem Kaminsims liegen ebenfalls Bücher, dazwischen Zigarren, Zündhölzer, Tabaksbehälter, Briefbeschwerer und viele Fotografien.²⁴ Die fertig geschriebenen, aber seit langem versteckten Teile des weiteren Manuskripts, aus denen Engels einmal in müh-

23 Marx an Engels,
3. August 1882.

24 Paul Lafargue, in:
Mohr und General, S. 289.

samster Fleißarbeit die Bände 2 und 3 von »Das Kapital« zusammenstellen wird, stürzen im Traum auf Marx ein. Und dann die Seiten eines geplanten 4. Bandes. Schließlich löst sich alles in mathematische Formeln und ökonomische Tableaus auf, die den Träumenden in einem Wirbel von Symbolen wegzuspülen drohen ...

Am letzten Tag von Marxens Aufenthalt in Argenteuil hat sich Longuet endlich bequem, den französischen Übersetzer von »Das Kapital«, der sich schon lange um eine »Audienz« bemüht hatte, zum mittäglichen Dejeuner mitzubringen. »Es war ein kalter nordöstlicher Wind, und meine obligate conversation mit poor Roy im Garten zog mir Verkältung zu. Thanks to Longuet!«²⁵

25 Marx an Engels,
24. August 1882.

Dann, Ende August bis Ende September, finden wir Marx in Begleitung seiner Tochter Laura, die sich erst gestraubt hatte, zur Fortsetzung der Kur in Vevey am Genfer See – im Zustand der »Nichtereignislosigkeit, da wir hier leben wie im Schlaraffenland.«²⁶ Während der vielen Bootsfahrten führt er mit Laura intensive Diskussionen über die Fortführung der Arbeit an den Kapitalbänden.

26 Marx an Engels,
4. Sept. 1882.

Es reiche nicht aus, die profiträchtige Konsumtion der Ware Arbeitskraft an den Stätten der Produktion nachzuzichnen, es gehe vor allem um die weltumspannenden Aktivitäten des Kapitalismus als Ganzes, um das Zinskapital, um die Aktienmärkte, um die Kapitalisierung von Grund und Boden. Auch schicke das Kapital sich an, nicht nur die Bodenschätze überall auf der Welt, sondern die gesamte Natur, das Wasser usw. als sein Eigentum zu betrachten.

Später wird Laura aus diesen Gesprächen im Streit mit Engels das Recht ableiten, selbst die hinterlassenen Manuskripte zu bearbeiten ...

Oktober 1882 – März 1883

Rückkehr nach London, Aufenthalt in Ventnor auf der Isle of Wright, Tod in London und Begräbnis

In Argenteuil und Vevey hatte sich Marx' Gesundheitszustand gebessert. Aus dem Nebel Londons aber flüchtet er gleich wieder ins Seeklima der Isle of Wright. »Hier kann man stundenlang bummeln, Berg- und Seeluft zusammen genießend.«²⁷

27 Marx an Engels,
8. Nov. 1882.

Es wird die letzte Station. Auf Spaziergängen versucht Marx seinem sechsjährigen Enkel Johnny, auf gelegentlichem Besuch mit Tussy, die Differentialrechnung nahe zu bringen, mit der er sich – wie er meint, auf Augenhöhe mit Newton und Leibniz – seit einiger Zeit beschäftigt. Oder er erzählt Johnny von der Urgesellschaft und von den Experimenten auf der Münchner Elektrizitätsausstellung, »speziell zum Beweis, daß Elektrizität erlaube den Transport der Kraft auf große Entfernung vermittelt einfachen Telegraphendrahts.«²⁸

28 Ebenda.

Dann, am 11. Januar 1883, stirbt seine Tochter Jenny, 38-jährig in Argenteuil an Krebs. »Ich fühlte«, schreibt Tussy, »dass ich meinem Vater das Todesurteil brachte. Auf dem langen bangen Weg hatte ich mein Hirn abgemartert, wie ich die Nachricht mitteilen sollte. Ich brauchte sie nicht mitzuteilen, mein Gesicht verriet mich. Mohr sagte sofort: ›Unser Jennychen ist tot!‹«²⁹

29 Eleanor Marx-Aveling,
in: Mohr und General,
S. 140.

Marx kehrt zurück nach London, in die Maitland Park Road 41. Die letzten sechs Wochen des sterbenden Marx vergehen schnell, Kehlkopfentzündung, Bronchitis, ein Geschwür in der Lunge,

Magen- und Darmbeschwerden, tägliche »Anwendungen«, täglich 1 Liter Milch mit einem viertel Liter Brandy. Zwei Hauptpersonen aus seinem Leben, Helene Demuth und Friedrich Engels, beherrschen nun den Ablauf der Dinge, Lenchen im Haus, Engels, der »um die Ecke« wohnt, beim täglichen Besuch. Sie wetteifern in der Sorge, es gibt auch Konflikte.

Lenchen (ob ihr Sohn einst nun von Marx war oder nicht) hat »die Diktatur im Haus«, für sie ist Marx nicht »ein großer Mann«, *ihr* kann er nicht imponieren, *sie* »kennt ihn mit seinen Launen und Schwächen, und sie wickelt ihn um den Finger.«³⁰ Das ärgert Engels ein wenig, denn er weiß, wie »groß« Marx ist, er denkt an das Material zu weiteren Bänden des »Kapital«, versteckt in Paketen und verstreuten Bündeln, »gänzlich ungeordnet unter den Bücherhaufen der Bibliothek.«³¹ Er, Engels, hat gegenüber Marx immer selbstlos die zweite Violine gespielt.³² Zudem basiert Engels' Troststrategie in diesen Wochen auf seiner Lebensphilosophie, »daß Wein, Weib und Gesang des Lebens Würze seien.«³³ Also zankt Lenchen mit ihm, wenn er Marx gelegentlich ein Gläschen Brantwein mehr ein-schenkt, eine Flasche Wein zu viel mitbringt, ein allzu freies Witzchen erzählt.

Und einmal überfordert Engels Marx in der Tat (vielleicht zum ersten Mal in beider Leben), als er ihm lang und breit über die Vorbereitungen des Kopenhagener Kongresses der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, über die kleinbürgerliche Spieß- und Philistergesinnung in der Partei, über die Querelen mit dem »Sozialdemokrat« usw. berichtet.³⁴

Marx schlummert ein und sein Traum umkreist einen Satz aus ihrer beider Jugend: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«³⁵ Bilder aller dieser Kommunen, Sowjets, Cooperativen und anti-autoritären Lebensgemeinschaften, die sich seither auf diese Hoffnung berufen haben, vermischen sich und Marx seufzt vor sich hin, dass die Menschen auf dieser Erde doch wirklich nichts haben als nur einander und dass dieses erforscht werden müsse, erforscht, erforscht. Dann verlangt er nach etwas mehr Brandy in seine Milch.

Am 14. März 1883 mittags gegen 15 Uhr finden ihn Lenchen und Engels zusammengesunken in seinem Lehnstuhl, »schlafend, aber um nicht mehr aufzuwachen.«³⁶

Die Beerdigung auf dem Armenfriedhof Highgate hat surreale Züge. Kaum mehr als ein Dutzend Menschen nehmen teil. Tussy fehlt, Laura und Lenchen stehen am Rande, verdrängt von den Männern. Kränze von der Redaktion des »Sozialdemokrat« und des Londoner Kommunistischen Arbeitervereins werden niedergelegt. Engels hält eine Rede auf Englisch: »Was das streitbare europäische und amerikanische Proletariat, was die historische Wissenschaft an diesem Mann verloren haben, ist gar nicht zu ermessen« usw. Longuet verliest in französischer Sprache eingegangene Telegramme der russischen Sozialisten, der französischen und spanischen Arbeiterparteien. Wilhelm Liebknecht, Mitglied des Deutschen Reichstags, spricht auf Deutsch von seinem unvergeßlichen Freund und

30 Wilhelm Liebknecht, in: Mohr und General, S. 99.

31 Richard Friedenthal, Karl Marx, S. 422.

32 Eleanor Marx-Aveling, in: Mohr und General, S. 407f.

33 August Bebel, in: Mohr und General, S. 444.

34 Vgl. z. B. die Briefwechsel von Engels mit Bernstein, Kautsky usw. aus dieser Zeit.

35 Marx und Engels, Das Kommunistische Manifest, MEW Bd. 4, S. 482.

36 Engels an Friedrich Adolph Sorge, 15. März 1883.

37 Zitate aus: Mohr und General, S. 369 ff.

Lehrer, »bestgehasst von den Unterdrückern und Ausbeutern des Volks, bestgeliebt von den Unterdrückten und Ausgebeuteten, soweit sie sich ihrer Lage bewußt sind ... Die Basis der Wissenschaft, welche wir Marx verdanken, setzt uns in den Stand, allen Angriffen der Feinde zu trotzen, und den Kampf, welchen wir unternommen haben, mit stets wachsenden Kräften fortzusetzen.«³⁷ Auch der andere Schwiegersohn, Paul Lafargue, steht da, zwei alte Kampfgefährten, Leßner und Lochner, frühe Mitglieder des Bundes der Kommunisten aus den vierziger Jahren, ein Professor der Zoologie, Lankester, und ein Professor der Chemie, Schorlemmer, beide Mitglieder der Royal Society und Freunde von Marx. Mehr sind es nicht.

Nachbemerkung: »Marx in the Movies« heute

In diesen Tagen beginnen die Dreharbeiten zu einem internationalen biographischen Film über Karl Marx. Der aus Haiti stammende, unter anderem in der DDR und an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin ausgebildete Regisseur Raoul Peck wird, in Zusammenarbeit mit Arte France, einen 20 Millionen Dollar Film produzieren. Dieses »Biopic« wird sich auf die Jahre 1830 bis 1848 konzentrieren, also auf Marx' Jugend bis zur Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests. Natürlich werden auch Jenny von Westphalen und die Freundschaft mit Friedrich Engels eine wichtige Rolle spielen. Erste Proben des Films sollen auf den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes zu sehen sein.

Die Fokussierung auf den jungen Marx ist nicht nur vom erzählerischen Standpunkt, sondern auch aus politischen und medienpolitischen Gründen ein genialer Schachzug, der nicht zuletzt Francis Wheen, dem britischen Autor einer umstrittenen, aber – wie ich meine – ausgezeichneten Marx-Biographie zu verdanken ist.³⁸ Wheen hat fast zehn Jahre um die Realisierung dieses Filmprojekts gekämpft. Es ist schon bemerkenswert, dass ein Marx für das 21. Jahrhundert – ein junger Marx – nun zuerst von einem Haitianer und einem Engländer mit französischem Geld in die Kinos gebracht wird. Und es gibt zu denken, dass weitere Filmprojekte zum Thema wahrscheinlich eher von chinesischen und indischen Produzenten als von der deutschen Filmindustrie vorangetrieben werden.

38 Francis Wheen: Karl Marx: A Life, W. W. Norton, London 2000 (deutsch: Karl Marx, München 2001).

Literatur

Richard Friedenthal: Karl Marx, München 1981
MEW, Band 35
Mohr und General, Berlin 1983 (1964)
Marlene Vesper: Marx in Algier, Köln 1995

DIETMAR WITTICH

Klassenlage

Entwurf für ein HKWM-Stichwort

1. Der Begriff der Klassenlage ist ein grundlegender Begriff der Klassenanalyse. Klassenlage wird verwendet, wenn in der Gesellschaft große Gruppen existieren mit typisch ungleichen Lebenslagen und Lebenschancen, die mit den sozialökonomischen Verhältnissen im Zusammenhang stehen, der Verfügung bzw. Nichtverfügung über verwertbare Ressourcen.

2. Das Wort Klassenlage wurde von Friedrich Engels zuerst 1877 verwendet bei der Arbeit am Anti-Dühring. Bis dahin sprachen er und Karl Marx von der »Lage der arbeitenden Klasse« oder der »Lage der Arbeiter«. 1845 erschien in Leipzig die klassische Schrift »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« von Friedrich Engels, darin heißt es: »Die Lage der arbeitenden Klasse, das heißt die Lage der ungeheuren Majorität des englischen Volks, die Frage: Was soll aus diesen besitzlosen Millionen werden, die heute das verzehren, was sie gestern verdient haben, die mit ihren Erfindungen und ihrer Arbeit Englands Größe geschaffen haben, die täglich ihrer Macht sich mehr und mehr bewußt werden und täglich dringender ihren Anteil an den Vorteilen der gesellschaftlichen Einrichtungen verlangen – diese Frage ist seit der Reformbill die nationale Frage geworden.« (MEW 2, 251)

2.1 Etwa zeitgleich reflektierte Karl Marx in den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten« über Zusammenhänge zwischen dem Krisenzyklus (Krise, Aufschwung, Stabilität) und der Lage der Arbeiter. Er schreibt dabei u. a.: »Nehmen wir nun eine Gesellschaft, in welcher der Reichtum fortschreitet. Dieser Zustand ist der einzige dem Arbeiter günstige. Hier tritt Konkurrenz unter den Kapitalisten ein. Die Nachfrage nach Arbeitern überschreitet ihre Zufuhr. Aber: Einmal: Die Erhöhung des Arbeitslohns führt *Überarbeitung* unter den Arbeitern herbei. Je mehr sie verdienen wollen, je mehr müssen sie ihre Zeit aufopfern und vollständig aller Freiheit sich entäußernd im Dienst der Habsucht Sklavenarbeit vollziehen. Dabei kürzen sie dadurch ihre Lebenszeit ab. Diese Verkürzung ihrer Lebensdauer ist ein günstiger Umstand für die Arbeiterklasse im ganzen, weil dadurch immer neue Zufuhr nötig wird. Diese Klasse muß immer einen Teil ihrer selbst opfern, um nicht ganz zugrunde zu gehn.« Insgesamt kommt er zu dem Schluss: »Also im abnehmenden Zustand der Gesellschaft progressives Elend des Arbeiters, im fortschreitenden Zustand kompliziertes Elend, im vollendeten Zustand stationäres Elend.« (MEW 40, 473, 475)

In dieser frühen Phase bleibt der Wortgebrauch noch in der Tradition der zeitgenössischen Armen- und Fabrikberichte. Die Beson-

Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Mitglied der Redaktion UTOPIE kreativ. Zuletzt in der Zeitschrift: In welcher Gesellschaft leben wir?, Heft 165/166 (Juli/August 2004).

Der Text entstand als Entwurf für das Stichwort »Klassenlage« im Band 7 des »Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus« (HKWM), der demnächst erscheinen wird.

»Im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus, einer atemberaubenden Unternehmung, wird die epochale Theorie von der Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Zustände durch die Menschen an das neue Jahrtausend weitergegeben. Die Zeichen stehen sehr dafür, dass sie gebraucht wird.«

Robert Cohen,
New York University

»Die Ausdehnung der Warenform auf die menschliche Arbeitskraft bringt asymmetrische Aneignungsverhältnisse in die Welt, bei der die eine Seite Geld »entfremdet«, um sich die Arbeitskraft der anderen Seite anzueignen, eine Ware also, an der ihr Besitzer/Verkäufer mit Leib und Seele festhängt, eigene Lebenszeit und -tätigkeit verkaufend; der Lohnarbeiter kann sich das Lebensnotwendige nur aneignen, indem er sich *selbst* entfremdet.«

Wolfgang Fritz Haug:
Aneignung, in: HKWM,
Bd. 1, S. 240.

derheit besteht zum einen darin, dass ein unmittelbarer Zusammenhang mit den Kapitalverhältnissen hergestellt wird, die Lage wird als entfremdet reflektiert, zum anderen ist die emanzipatorische Sicht charakteristisch, die Lage als aufzuhebend, als Frage nach dem Anteil am wachsenden Reichtum in der Gesellschaft.

2.2 In seiner Untersuchung zur Lage der arbeitenden Klasse in England hatte Friedrich Engels einen großen Kreis von Aspekten der Klassenlage betrachtet: die Arbeitsverhältnisse und Einkommen, den Einfluss der Entwicklung der Maschinerie, die Beschäftigungsrisiken und die Arbeitslosigkeit, die Wohnverhältnisse, die gesundheitlichen Probleme und die Lebenserwartung, die Bildungssituation bis hin zur Auflösung von Familien, zu Trunksucht und zu Verbrechen.

Diese Analyse war so vielfältig und tiefgreifend, dass z. B. Karl Marx im »Kapital« auf entsprechende Untersuchungen verzichtete und stattdessen wiederholt auf die Schrift von Friedrich Engels verwies. Es gibt allerdings im Kapital wiederholt Aussagen wie die folgende: »Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß.« (MEW 23, 675).

2.3 Zehn Jahre nach Erscheinen des »Kapitals« kommt Friedrich Engels im »Anti-Dühring« auf die Problematik zurück, dabei verwendet er erstmals den Begriff Klassenlage. Er schrieb: »... daß die kapitalistischen Produktions- und Austauschformen mehr und mehr eine unerträgliche Fessel werden für die Produktion selbst; daß der durch jene Formen mit Notwendigkeit bedingte Verteilungsmodus eine Klassenlage von täglich sich steigernder Unerträglichkeit erzeugt hat, den sich täglich verschärfenden Gegensatz von immer weniger, aber immer reicheren Kapitalisten und von immer zahlreicherem und im ganzen und großen immer schlechter gestellten besitzlosen Lohnarbeitern; und endlich, daß die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, massenhaften Produktivkräfte, die von jener nicht mehr zu bändigen sind, nur der Besitzergreifung harren durch eine zum planmäßigen Zusammenwirken organisierte Gesellschaft, um allen Gesellschaftsgliedern die Mittel zur Existenz und zu freier Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu sichern, und zwar in stets wachsendem Maß.« (MEW 20, S. 139-140) An anderer Stelle heißt es bezogen auf die frühen Sozialisten: »Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage entsprachen unreife Theorien.« (Ebenda, 241)

2.4 Für die Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation erarbeitet Karl Marx 1871 einen Vorschlag für die »statistische Untersuchung der Lage der arbeitenden Klasse« ein »Untersuchungsschema, je nach Umständen zu verändern und zu ergänzen:

1. Gewerk, Name.
2. Alter und Geschlecht der Arbeiter.
3. Zahl der beschäftigten Arbeiter.
4. Löhne:
 - a) Lehrlinge und Gehilfen.
 - b) Tagelohn oder Stücklohn? Von Zwischenunternehmern gezahlte Löhne. Wöchentlicher und jährlicher Durchschnitt.

5. a) Arbeitsstunden in Fabriken.
- b) Arbeitsstunden bei kleinen Meistern und in der Hausarbeit, falls das Gewerbe in diesen verschiedenen Weisen betrieben wird.
- c) Nacht- und Tagesarbeit.
6. Mahlzeitsstunden und Behandlung.
7. Beschaffenheit der Werkstätten und der Arbeit, Überfüllung, mangelhafte Ventilation, Mangel an Tageslicht, Gasbeleuchtung, Reinlichkeit usw.
8. Wirkung der Arbeit auf den Körperzustand.
9. Moralitäts- und Bildungszustand, Erziehung.
10. Charakter des Geschäfts; ob mehr oder weniger gleichförmig für das ganze Jahr oder an gewisse Jahreszeiten gebunden; ob großen Schwankungen ausgesetzt, ob fremder Konkurrenz unterworfen, ob hauptsächlich für den innern oder auswärtigen Markt arbeitend.
11. Besondere Gesetzgebung über das Verhältnis zwischen Arbeiter und Meister.
12. Nahrungs- und Wohnungszustände der Arbeiter.«
(MEW 17, 449)

Deutlich erkennbar wird das außerordentlich differenzierte Herangehen an die Analyse der Klassenlage, es reicht von den Betriebsgrößen und den Löhnen bis zur Ernährungs- und Wohnsituation.

Zum Entwurf für das neue Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie, dem späteren »Erfurter Programm« schlug Friedrich Engels 1891 u. a. vor, statt »klassenbewußt« zu formulieren »mit den zum Bewußtsein ihrer Klassenlage durchgedrungenen Arbeitern« (MEW 22, 232).

2.5 Wie lässt sich der Beitrag von Karl Marx und Friedrich Engels zur Analyse der Klassenlage zusammenfassend charakterisieren?

1. Sie haben von Beginn an die Lage der Arbeiterklasse nicht an sich, sondern in Bezug auf das Kapital, im Zusammenhang mit den Kapitalverhältnissen untersucht.

2. Sie haben ein sehr differenziertes Programm entwickelt und verwendet, um die verschiedenen Momente der Klassenlage zu erfassen. Sie verwenden den Begriff nicht nur für Analysen, er hat von Beginn an einen emanzipatorischen Zuschnitt.

3. Bei ihnen haben aber auch Einseitigkeiten und Vereinfachungen ihren Anfang, indem sie z. B. von einer permanenten Verschlechterung der Klassenlage ausgehen (Verelendungsthese) oder von der Klassenlage auf Bewusstseinsprozesse schließen.

3. Auch Max Weber verwendet den Begriff der Klassenlage. Er beginnt das Kapitel »Stände und Klassen« so: »»Klassenlage« soll die typische Chance 1. der Güterversorgung, 2. der äußeren Lebensstellung, 3. des inneren Lebensschicksals heißen, welche aus Maß und Art der Verfügungsgewalt (oder des Fehlens solcher) über Güter oder Leistungsqualifikationen und aus der gegebenen Art ihrer Verwertbarkeit für die Erzielung von Einkommen oder Einkünften innerhalb einer gegebenen Wirtschaftsordnung folgt.« (Weber 1972, 177) Auch bei Max Weber ist der Begriff der Klassenlage ein Instrument der Klassenanalyse. Zwar verweist die Fassung als »Chance« auf mögliche Differenzierungen innerhalb der Klassenlage und mit dem Verweis auf das innere Lebensschicksal werden auch subjektiv-

»Marx jedenfalls hat die Untersuchung der Lage der Arbeiter in den verschiedenen kapitalistischen Ländern für eine ständige Aufgabe der Sozialisten aller Couleur gehalten.«

Michael Krätke:
Arbeiterklasse, in: HKWM,
Bd. 1, S. 455.

»In der Produktion ziviler Güter war die Arbeitsstätte selbst zu einem ›Schlachtfeld‹ geworden. Im ›sozialen Krieg, wie ihn Engels 1845 beschreibt, ist der Besitz der Produktionsmittel ›die Waffe, mit der gekämpft wird‹. Ihr Nichtbesitz bedeutet den Hungertod oder gesundheitszerstörende, verkrüppelnde, tödliche ›Zwangsarbeit‹...«

Kurt Jakobs:
Destruktivkräfte, in:
HKWM, Bd. 2, S. 614 f.

tive Momente mit einbezogen, eine Anregung, die in der Folge kaum aufgegriffen wurde. Aber im Vergleich zu Karl Marx und Friedrich Engels verschwindet der Zusammenhang mit den Kapitalverhältnissen hinter der Verallgemeinerung und der Begriff ist rein deskriptiv, ein emanzipatorischer Anspruch fehlt völlig. Weber hat eine interessante Hypothese zum Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Klassenlage aufgestellt: »Zeitalter und Länder vorwiegender Bedeutung der nackten ›Klassenlage‹ sind in der Regel technisch-ökonomische Umwälzungszeiten, während jede Verlangsamung der ökonomischen Umschichtungsprozesse alsbald zum Aufwachsen ›ständischerer‹ Bildungen führt ...« (Ebenda, 539)

4. In den nachfolgenden Jahrzehnten wurde in der Arbeiterbewegung und ihrem Umfeld das Programm von Karl Marx und Friedrich Engels zu den Klassenlagen im wesentlichen beibehalten. Rosa Luxemburg kam an vielen Stellen auf den Zusammenhang von Klassenlage und sozialdemokratischer Politik zu sprechen. »Die praktische alltägliche Tätigkeit behufs Aufbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist ... der einzige Modus überhaupt, sich sozialdemokratisch zu betätigen und auf den Zusammenbruch des Kapitalismus hinzuarbeiten.« (Luxemburg 1970, 258) Soweit bestehe Einigkeit in der Sozialdemokratie. Die Kontroverse drehe sich darum, »ob sie eine unmittelbare sozialisierende Wirkung haben, die durch einen einfachen sozialen Stoffwechsel die kapitalistische Gesellschaft unmerklich in eine sozialistische verwandelt, d. h., ob sie den Sozialismus stückweise verwirklicht – dies der Standpunkt des Opportunismus – oder ob der praktische Kampf bloß dazu dient, die Arbeiterklasse materiell zu konsolidieren, politisch zu organisieren und aufzuklären, um sie zur Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine politische und soziale Umwälzung und zur Einführung des Sozialismus vorzubereiten.« (Ebenda 259) Karl Kautsky blieb überwiegend auf einer deskriptiven Ebene, er schrieb 1892: »Überarbeit, Arbeitslosigkeit und Auflösung der Familie, das bringt die kapitalistische Produktionsweise dem Proletariat, und zugleich sorgt sie dafür, dass der proletarische Zustand auf immer weitere Kreise sich ausdehnt und zusehends der Zustand der großen Masse der Bevölkerung wird.« (Kautsky 1965, 53) Ähnlich Lenin, der bei der Entwicklung des Kapitalismus in Russland vier Klassenlagen ausmacht. Besonders fällt auf, dass bei entsprechenden Analysen und Aussagen zur Lage der Arbeiter in Deutschland die Auswirkungen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (Krankenversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung) kaum berücksichtigt werden, oder – wie durch August Bebel – als »ungenügend« bezeichnet werden. (Bebel 1910, 175). Eine Ausnahme bildete Eduard Bernstein, der u. a. auf die Konsequenzen der Übernahme der Ortskrankenkassen durch die Kommunen für sozialdemokratische Kommunalpolitik aufmerksam machte. (Bernstein 1991, 185)

5. In den 20er Jahren erfährt die systematische Beobachtung der Klassenlagen einen deutlichen Aufschwung, der nicht zuletzt mit den ersten Aktivitäten von Jürgen Kuczynski zusammenhängt, der Anfang der 30er Jahre dann auch seine ersten Bücher über die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und in anderen Ländern zu veröffentlichen beginnt (Kuczynski 1947, Bd.1, 355). Jürgen Kuczynski

»In der Hauptsache verwenden Marx und Engels jedoch das Wort E (Elend) als Substantiv oder Adjektiv, um die Lage der Arbeiterklasse oder der von ihrem Land vertriebenen Bauern zu charakterisieren. Dabei hat das Wort E zweierlei Bedeutung, eine rein ökonomische oder eine allgemeinere, eine gesellschaftliche Position charakterisierend.«
Jürgen Kuczynski:
Elend, in: HKWM, Bd. 3,
S. 259.

war es auch, der in den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die Beobachtung der Soziallagen der deutschen Arbeiter vom Exil aus weiter führte. So stellte er fest, dass sich Löhne und Kaufkraft zwischen 1932 und 1938 kaum verändert hatten, aber zu konstatieren sei gewesen: »die Verknappung an Lebensmitteln und die Verschlechterung ihrer Qualität ... 1938 beklagten sich die Hausfrauen in ganz Deutschland über die schlechte Qualität einer Reihe von Nahrungsmitteln, über Versorgungsschwierigkeiten, und Schlangen beim Einkauf gewisser Waren werden eine regelmäßige Erscheinung.« (Ebenda, Bd. 2, 201) Im emigrierten Institut für Sozialforschung wurde vor allem die Entrechtung der Arbeiter konstatiert, »... dass der Arbeiter keinerlei Freiheit genießt. Er kann seinen Arbeitsplatz und die Art seiner Tätigkeit nicht selbst wählen, er kann nicht aus freien Stücken kündigen, aber auch in der Regel nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes entlassen werden – freilich heute ein durch- aus unnötiger Schutz.« (Neumann, 203)

6. Die Entwicklung der Soziallagen und damit auch der Klassenlagen im geteilten Deutschland der Nachkriegsepoche und des Kalten Krieges wäre einer gesonderten Betrachtung genau aus dem Grund wert, der hier nur kurz rekapituliert werden kann: Jene historische Auseinandersetzung, die in einer späteren Phase als »Wettbewerb der Systeme« bezeichnet wurde, fand in Deutschland zwischen den beiden deutschen Staaten statt, und zu formulieren, sie hätte auch die Ebene der Klassenlagen berührt, wäre eine glatte Verniedlichung. Dieser deutsch-deutsche Wettbewerb hatte in den Klassenlagen ein Kernstück, der Kampf um die Köpfe und um Akzeptanz des jeweils eigenen Systems ging auch durch den Magen (und später durch die Garage). In den Klischees ausgedrückt: Vom »Wirtschaftswunder« in der alten BRD bis zur »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« in der DDR, immer war auch die andere Gesellschaft im Blick.

Dabei sind zwei Seiten zu berücksichtigen – die Seite der objektiven Entwicklung der Lebensverhältnisse und die Seite ihrer Beobachtung und Reflexion in den Sozialwissenschaften. Die Deutungsmuster »Wohlstandsgesellschaft« hier und »Mangelgesellschaft« da halten einer ernsthaften Prüfung jedenfalls nicht stand.

6.1 Für die BRD ist im Nachhinein wohl eine mehr oder weniger kontinuierliche Entwicklung der Lebensverhältnisse und damit der Soziallagen und auch der KL hin zu einer, wie häufig formuliert wurde, »modernen, hochindustrialisierten und wohlfahrtsstaatlich verfassten« (Glatzer und Zapf, 391) Gesellschaft bis in die 80er Jahre hinein zu konstatieren, wobei es immer auch Benachteiligungen und Ausgrenzungen gegeben hat.

6.2 Für die DDR ist die Kontinuität in der Entwicklung der Lebensverhältnisse immer offiziell behauptet worden. Zumindest zwei Zäsuren sind zu erinnern. Die erste begann nach dem 17. Juni 1953, als es zu einem Kompromiss zwischen der SED, der Partei der »Arbeiterklasse« und der realen Arbeiterklasse kam. Dieser Kompromiss wurde bis 1958 formiert, bis zur Abschaffung der Rationalisierung und damit der Lebensmittelkarten; bis dahin waren für Arbeiter (weniger für Arbeiterinnen) die Einkommen weitgehend angeglichen worden, bei gleichzeitiger Benachteiligung von Angestellten,

»Als FdW (Fetischcharakter der Ware) bezeichnet er (Marx) bestimmte Aspekte im komplexen Zusammenhang der kapitalistischen Verkehrung von Subjekt und Objekt, der Entfremdung der Arbeit sowie der Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die zentrale These besagt in diesem Zusammenhang, dass nur im Kapitalismus die sozialökonomischen Verhältnisse der Gesellschaftsmitglieder durch Waren und Geld auf eine Weise vermittelt sind, deren Effekte ins Leben von Individuen, Völkern und ganzer Erdteile wie »übermächtige, sie willenlos beherrschende Naturgesetze« eingreifen. Es handelt sich um eine Macht, die nicht durch Aufklärung, sondern einzig durch Aufhebung ihrer Ursachen zu brechen ist.« Thomas Marxhausen: Fetischcharakter der Ware, in: HKWM, Bd. 4, S. 343.

»Marx und Engels hatten schon seit den 1840er Jahren registriert und gefordert, dass die Arbeiterklasse um die Sicherung ihre materiellen wie kulturellen Lebensniveaus kämpfen muss. ... Zugleich warnt Marx vor einer Überschätzung des Kampfes um höheren oder gL (gerechter Lohn). Die Arbeiterklasse dürfe nicht vergessen, »dass sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen.« Gilles Campagnolo, Thomas Marxhausen: Gerechter Lohn, in: HKWM, Bd. 5, S. 357.

»Erst wenn also Geldmacht sich in *Verwertungsmacht* verwandelt und *Verwertungsverhältnisse* begründet, treten ›Geldeliten‹ als personifiziertes Kapital auf, werden zur Kapitalistenklasse, die sich im Zuge der Erweiterung der Produktion in verschiedenen ›Verwertungseliten‹ ausdifferenziert. So steht schließlich der Arbeiterklasse (Fabrikarbeiter, Büroangestellte, Dienstleistungsberufe) ein komplexes kapitalistisches Management gegenüber.«
Hans Jürgen Krysmanski:
Herrschende Klasse, in:
HKWM, Bd. 6.1, S. 166 f.

Kleingewerbetreibenden und zunächst auch der Bauern. Dieser Kompromiss hielt bis in die 80er Jahre hinein. Die zweite fand Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre statt und umfasst zwei Entwicklungen. Zum einen war klar geworden, dass Sozialismus nicht als ein nur kurzes Durchgangsstadium zum Kommunismus gelten konnte, in dem es keine Klassen und keine sozialen Unterschiede mehr geben sollte. Der Sozialismus, so hieß das, sei eine »relativ selbstständige Gesellschaftsformation«, damit stand die Frage nach der Situation der Klasse, die als die führende ausgegeben wurde, der Arbeiterklasse und der »mit ihr verbündeten anderen werktätigen Klassen und Schichten«. Hinter diesen ideologischen Vernebelungen wurde das Ende der Ära Ulbricht für eine gesellschaftspolitische Umsteuerung genutzt, genannt wurde das »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Die zweite relevante Entwicklung dieser Phase hat im Prager Frühling und seinem Ausgang seine objektive Symbolik. Sie steht dafür, dass das staatssozialistische Modell seine Lernfähigkeit nicht nur verloren, sondern auch aufgegeben hatte, bereits zu diesem relativ frühen Zeitraum war es in der Systemauseinanderetzung auf einem entscheidenden Gebiet in nicht wettzumachende Rückstände geraten, in der technologischen Entwicklung. Die DDR-Gesellschaft befand sich damit in einem entwicklungspolitischen Dilemma: Sie realisierte erhebliche Umverteilungen in den sozialen Bereich mit durchaus relevanten Wirkungen für das Alltagsleben der Menschen (von der Anti-Babypille bis zum Wohnungsbauprogramm); aber das fand statt bei insgesamt abnehmenden oder nicht hinreichend wachsenden ökonomischen Ressourcen.

6.3 Die DDR hatte – allen Gerüchten zum Trotz – eine hoch entwickelte Sozialstatistik, wohlbemerkt, was die Erhebung und den Bestand an Daten betraf, nicht deren Publikation, das blieb Herrschaftswissen. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang vor allem auf die Haushaltstatistik, die repräsentative statistische Analyse der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in der DDR. Hier gibt es ein reichhaltiges Material, das detaillierte Auskunft geben kann, wie sich die soziale Situation und dabei auch die Klassenlagen in der DDR gestaltet und entwickelt haben. Die gesellschaftswissenschaftliche Diskussion der Klassenlagen wurde zunächst durch die Arbeiten von Jürgen Kuczynski, seine 40bändige »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«, dominiert (vgl. Kuczynski 1947, 1961 ff.). Im Zusammenhang mit der Zäsur um 1970 herum fanden allerdings Veränderungen statt. Zum einen wurden Fragen der Soziallagen und der Klassenlagen wieder präziser und zugleich komplexer thematisiert, das wesentliche Stichwort war »Lebensweise« (vgl. Taubert und Wittich 1981). Zum anderen wurden von da an in der Soziologie der DDR Sozialstrukturforschungen intensiviert. Hier ist vor allem an Manfred Lötsch zu erinnern, der 1984 bezogen auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz das »... konkrete Maß in der Dialektik von Gleichheit und sozialen Unterschieden« (M. Lötsch 1998, 279) thematisierte. Er formulierte: »Die Dialektik von sozialer Gleichheit und sozialen Unterschieden ist in jeder Phase der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft neu aufzuarbeiten.« (Ebenda, 281) Er wusste, wovon er sprach, aber es war zu spät.

6.4 Die entsprechenden sozialwissenschaftlichen Diskurse in der alten BRD mit ihren Thematisierungen von Klassenlagen (oder nicht) verliefen natürlich völlig anders. Es gab zunächst bis in die 70er Jahre hinein so etwas wie eine Koexistenz von klassenanalytischen Konzepten und Ansätzen, die die Gesellschaft der Bundesrepublik als »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« ansahen und die Klassenanalyse und damit den Begriff der Klassenlage strikt ablehnten. Entsprechende, durchaus umfangreiche und seriöse Analysen formierten sich um den Begriff der »Lebensbedingungen« und später der »Lebensqualität« (vgl. Glatzer und Zapf 1984). Daneben existierten mehrere Ansätze, die Instrumentarien der Klassenanalyse an die Prozesse der gesellschaftlichen Modernisierung anzupassen und damit für deren Analyse und Interpretation nutzbar zu machen. Zu denken ist dabei nicht nur an die Arbeiten des Instituts für Marxistische Studien (vgl. IMSF 1974), sondern auch an Untersuchungen des SOFI Göttingen (vgl. Osterland 1975), an die Sozialistischen Studiengruppen (vgl. Bischoff 1980), an die Projektgruppe Automation (vgl. F. Haug u. a., 1979) und auch an eine frühe Arbeit von Michael Vester (vgl. Vester, 1970), in der er an Arbeiten des englischen Sozialhistorikers Edward P. Thompson, die erst viele Jahre später in deutscher Sprache erschienen (vgl. Thompson 1987), anknüpfte und sie in deutsche Diskurse einbrachte, und sicher an viele andere.

Anfang bis Mitte der 80er Jahre kippte das Kräfteverhältnis auf diesem sozialwissenschaftlichen Diskursfeld in der BRD um. Das Signal kam wohl von Andre Gorz, der seinen »Abschied vom Proletariat« formulierte und die »Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter« entdeckte (Gorz 1980, 63). Es wurde im Mainstream der bundesdeutschen Sozialwissenschaften sehr schnell aufgegriffen. Besonders zugespitzt formulierte Ulrich Beck: »Wir leben trotz fortbestehender und neu entstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft ...« (Beck 1986, 121). Und weiter: »Die Besonderheit der sozialstrukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der ›Fahrstuhleffekt‹: die ›Klassengesellschaft‹ wird insgesamt eine Etage höher gefahren.« (Ebenda, 122) Stefan Hradil, der schon vorher kein Freund von Klassenanalyse und Klassentheorie war, begründete im Nachhinein: »Nur die Schaffung neuer Begriffe, Modelle und Methoden macht aber neue Strukturen sichtbar.« (Hradil 1992, 18) Keine Klassengesellschaft – keine Klassenlage, die hegemoniale Positionierung wollte das Problem zum Verschwinden bringen. Es gab nur ganz wenige Stimmen, die es wagten, sich dem Mainstream zu widersetzen, zu ihnen gehörte Max Koch. Er stellte sich der Aufgabe, »... die Klassentheorie auf einer Konkretionsebene zu reformulieren, die es erlaubt, sie empirisch zu überprüfen und dabei ihre Erklärungskapazität festzustellen.« (Koch 1994, 9) Er kam zu dem Ergebnis, »... dass der verbreitete Abgesang auf die Klassentheorie unbegründet ist.« (Ebenda, 193)

7. Und wieder fliegen die Eulen der Minerva. Zunächst konnte man bei der Beobachtung der Umbrüche in der Sozialstruktur in Ostdeutschland den Eindruck gewinnen, »... als käme die Sozialstruktur der Bundesrepublik als das auf Ostdeutschland, was sie

»Die permanente Weiterentwicklung der neuen Technologien und ihre Durchsetzung in Produktion, Distribution und Verwaltung bedeutet Einsparung an notwendiger Arbeitszeit, und das bedeutet im Kapitalismus den Wegfall von Arbeitsplätzen. Mit der Tendenz zu mangelnder Nachfrage schreiten neben der klassischen Massenarbeitslosigkeit die Flexibilisierung der Arbeit, Teilzeit, ungesicherte Verhältnisse usw. ungeahnt voran.«

Paul Boccard:

Informationelle Revolution, in: HKWM, Bd. 6.2, S. 1060.

»Die Herkulesarbeit am HKWM geht weiter! Wie in den vorherigen Bänden sind ähnliche hochwertige Artikel zu Schlüsselbegriffen der Sozial- und Geisteswissenschaften zu erwarten, die für Lehrende und Lernende sowie für das allgemeine Lesepublikum von hohem Nutzen sind.«
Marc Silberman, University of Wisconsin, Madison.

möglicherweise in den letzten Jahren schon nicht mehr war: als Klassengesellschaft. ... klassenanalytische Modelle sind in Ostdeutschland gegenwärtig durchaus geeignet, Ausdifferenzierungen von Lagegruppen zu beschreiben.« Das wurde Mitte des Jahres 1993 niedergeschrieben (Wittich 1998, 184). Die Prozesse der Reproduktion von Klassenlagen und damit von Klassengesellschaft beschleunigten sich Mitte der 90er Jahre. Sie stehen im Zusammenhang mit den Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise infolge der informationellen Revolution, mit der Dominanz der internationalen Kapitalmärkte und der Realisierung neoliberaler Umbauprojekte. Die Verwandlung von Langzeitarbeitslosen in Arme, die Ausbreitung prekärer Arbeit, die Ausweitung von Niedriglohnssektoren, die Erhöhung von Druck auf und die Verstärkung sozialer Risiken für alle Lohnabhängigen, die bis in die Mittelschichten reichen, dies und die diversen Formen von »Klassenkampf von oben« lassen klassengesellschaftliche Züge wieder deutlicher erkennbar werden. Nimmt man Länder wie Indien oder Pakistan mit ihrer millionenfachen Kinderarbeit mit in den Blick, dann vervollständigt sich das Bild. Um das Zitat von Ulrich Beck noch einmal aufzugreifen: Wird die Klassengesellschaft nun wieder eine Etage nach unten gefahren? Vielleicht hat ja auch Max Weber mit seiner Vermutung recht, dass in Zeiten von Krisen und wirtschaftlichen Umbrüchen, die »nackten« Klassenlagen deutlicher werden, in ruhigeren Phasen gesellschaftlicher Entwicklung andere Rasterungen. Vor einigen Jahren hat Michael Vester das bezogen auf »ungleiche Lagen« und »ungleiche Milieus« wieder in die Diskussion gebracht (Vester 1998, 110). Das alles darf nicht als Rechtfertigung gelten, in traditionelle und orthodoxe Modelle von Klassentheorie und Klassenanalyse zurückzufallen. Die Differenziertheit ist die Existenzweise der Klassenstruktur in den kapitalistischen Metropolen der Gegenwart, Existenz und Verschärfung klassengesellschaftlicher Strukturen einerseits und Individualisierung und Pluralisierung sozialer Strukturen andererseits schließen sich nicht aus. Die Klassenanalyse, die Analyse von Klassenlagen, muss dem Entwicklungsniveau der kapitalistischen Produktionsweise angemessen sein und entsprechend immer wieder reformuliert werden.

Bibliographie:

- A. Bebel: Aus meinem Leben, Stuttgart 1910.
 E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Berlin 1991.
 U. Beck: Risikogesellschaft, Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.
 P. A. Berger und M. Vester: Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen, Opladen 1998.
 J. Bischoff (Hg.): Die Klassenstruktur der BRD, Hamburg 1980.
 J. Bischoff und R. Detje: Massengesellschaft und Individualität, Hamburg 1989.
 P. Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982.
 R. Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992;
 P. Fleissner, U. F. Deppe: Arbeiterklasse – gibt's die noch?, Wien 1985.
 R. Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinigten Deutschland, Opladen 1992.
 A. Giddens: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt/M. 1984.
 Ders.: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M. 2001.
 A. Gorz: Abschied vom Proletariat, Reinbek 1980.
 W. Glatzer und W. Zapf, Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. und New York 1984
 J. Handl, K. U. Mayer, W. Müller: Klassenlagen und Sozialstruktur. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik, Frankfurt/M., New York 1977.
 F. Haug u. a.: Automation in der BRD, Argument-Sonderband 7, Berlin 1979.
 M. Horkheimer u. a.: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1981.

- S. Hradil: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987.
 S. Hradil (Hg.): Zwischen Sein und Bewußtsein, Opladen 1992.
 Ders. u. S. Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1997.
 IMSF: Klassenstruktur und Klassenbewusstsein in der BRD, Frankfurt/M. 1974.
 K. Kautsky: Das Erfurter Programm (1892), Berlin 1965.
 M. Koch: Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster 1994.
 Ders.: Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa, Wiesbaden 2003.
 R. Kreckel: Klassentheorie am Ende der Klassengesellschaft, in: P. A. Berger u. M. Vester 1998.
 J. Kuczynski: Die Lage der Arbeiter in Deutschland, 2 Bände, Berlin 1947.
 Ders.: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, 40 Bände, Berlin 1961 ff.
 W. I. Lenin: Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland (1899), in: LW 3, Berlin 1968.
 I. Lötsch und H. Meyer (Hg.): Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung, Berlin 1998.
 M. Lötsch: Sozialstruktur und Triebkräfte (1984), in: I. Lötsch und H. Meyer 1998.
 R. Luxemburg: Erörterungen über Taktik (1898), in: R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1970.
 W. Müller (Hg.): Soziale Ungleichheit. Neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik, Opladen 1996.
 F. L. Neumann: Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, in: M. Horkheimer u.a. 1981.
 M. Osterland (Hg.): Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential, Frankfurt/M., Köln 1975.
 N. Poulantzas: Klassen im Kapitalismus – heute, Hamburg 1975.
 H. Taubert und D. Wittich (Hg.): Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, Berlin 1981.
 E. P. Thompson: The Making of the English Working Class, London 1963 (dt.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bd., Frankfurt/M. 1987).
 H. Strasser und J. H. Goldthorpe (Hg.), Die Analyse sozialer Ungleichheit, Opladen 1985.
 M. Vester, P. V. Oertzen, H. Geiling, Th. Hermann, D. Müller: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln 1993.
 M. Vester: Klassengesellschaft ohne Klassen, in: P. A. Berger und M. Vester 1998.
 Ders.: Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, Frankfurt/M. 1970.
 M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 1972.
 D. Wittich: »Dysfunktionale Entdifferenzierung«, Mobilität und Wanderung, in: I. Lötsch und H. Meyer 1998.
 Ders.: Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten, Hamburg 2001.
 Ders.: Berichte aus der sozialen Hängematte, Berlin 2003.
 E. O. Wright: Was bedeutet neo und was heißt marxistisch in der neomarxistischen Klassenanalyse?, in H. Strasser und J. H. Goldthorpe 1985.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Paul Levi unter den »Doppelzünglern«

1927 erinnerte sich Paul Levi (1883 bis 1930) an seinen idyllischen Aufenthalt in der Schweiz, den ihm während des Weltkrieges eine Lungenerkrankung – ausgelöst durch einen unentdeckten Hungerstreik während des Frontdienstes – und offensichtlich die Finanzen seiner Familie gestattet hatten:

»Es war an einem Februartag des Jahres 1917. Ich wohnte in einem kleinen Häuschen außerhalb von Davos-Dorf, in einem Häuschen daneben Karl Radek; über den Häusern lag breit das Basler Hospiz, in dem Radeks Frau als Ärztin waltete. Wir pflegten (...) morgens nach Davos-Platz durch den Schnee zu stapfen und die Depeschen zu lesen, die die Schweizerische Telegrafagentur dort anschlagen ließ (...) Das zweite Telegramm: In Petersburg sind Bewegungen entstanden; es heiße, der Zar sei abgedankt.

Wir wußten genug. Wir gingen, fast ohne ein Wort zu sagen, nach unseren Häuschen zurück, gingen hinauf nach der Basler Heilstätte in Frau Radeks Zimmer: Ich erinnere mich noch des kurzen Wortwechsels (...), als Radek ins Zimmer trat: *revoluzzia w Rossii!* Sie ganz erstaut: *Tschto?* Antwort: *revoluzzia w Rossii!* (...)

Sonst besprachen wir an dem Tag kaum etwas anderes, als daß wir am nächsten Morgen nach Zürich reisen würden, wo Lenin wohnte.

Das Zimmer Lenins in Zürich ist eine Unvergeßlichkeit (...) Ein Zimmer mit zwei armseligen Betten, ein kleiner Tisch, zwei oder drei Stühle, ein großer Koffer und eine Nähmaschine (...) Dort wohnte er mit seiner Frau: In puritanischer Einfachheit und fast gewollter Armut pflegte er im 222 oder einem anderen alkoholfreien Restaurant in Zürich für 60 Rappen zu Mittag zu essen, und nur manchmal, wenn wir jüngeren »Verschwender« da waren, ließ er sich verführen, das »bessere« Menü für 80 Rappen zu essen.

An jenem Tage nun (...) sah es in dieser Bude seltsam aus. Die Nachricht von der Revolution in Rußland hatte nicht nur uns in die Spiegelgasse getrieben: Ich glaube, es war Sinowjew aus Bern herübergekommen, es war auch Bronski da (...); jedenfalls es saß auf Betten, Koffern, Stühlen und standen in den Ecken Menschen über Menschen. Auf dem Tisch lag ... ein Buch, das mit geheimer Schrift aus Schweden gekommen war, und vor diesem Buch saß Lenin und entwickelte die seltsamsten Ideen. Fest stand für ihn nur eines: Er mußte nach Rußland um jeden Preis. Aber wie? (...) Er entwickelte den Plan, als Blinder die Reise über Deutschland anzutreten. Wir stellten ihm entgegen, daß das nichts anderes sei, als sich wegen Spionageverdachts in Deutschland erschießen zu lassen (...).

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,
Dr. phil. Historiker, Redakteur bei UTOPIE kreativ, zuletzt: Unter ausgebliebener Flagge: die »Linke«, Heft 200 (Juni 2007).

Vorabdruck aus:
»Die Wache ist müde«.
Neue Sichten auf die russische Revolution 1917 und ihre Wirkungen, herausgegeben von Wladislaw Hedeler und Klaus Kinner, Karl Dietz Verlag Berlin, 415 Seiten, 24,90 Euro

Doch dann kam es tatsächlich zu einer solchen Reise – jener legendär gewordenen per Eisenbahnzug und unter ausgehandelten Bedingungen –, und auch hiervon berichtet Paul Levi:

»Ich erinnere mich noch des Tages der Abreise der ›Russen‹ aus Bern. Lenin war die letzten Tage vor der Abreise, der Schlußverhandlungen mit dem deutschen Gesandten von Rosenberg, nach Bern gekommen, um dabei zu sein, wenn der Mittelsmann mit den einzelnen Propositionen kam und ging. Als alles geregelt und der Fahrplan festgelegt war, saßen wir die letzte Nacht in einem Fremdenzimmer des Volkshauses, um die letzten Dinge zu besprechen ... Ich erinnere mich, in jener Nacht noch irgendeinen Aufruf entworfen zu haben, weiß aber nicht mehr, was es war¹ (...) So gegen sieben gingen wir an die Bahn, frühstückten noch im Wartesaal, und dann stand der reservierte Wagen da. (...) So fast als letzter stieg Lenin ein. Ich sehe ihn noch, wie er auf der Plattform des Wagens stand und sich mit den zwei oder drei Zurückbleibenden unterhielt. Ich weiß noch, wie ich ihm, als der Zug schon anfuhr, zurief: Na, also, feste druff! Und er fast wehmütig lächelnd antwortete: ja, ja, feste druff (...)

Das nächste Mal habe ich Lenin erst wieder im Sommer 1920 in Petrograd gesehen, als zweihunderttausend Menschen vor ihm vorbeizogen.«²

Dies war am Vorabend des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der am 19. Juli 1920 durch Lenin im Taurischen Palais eröffnet wurde. Paul Levi, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, seit der Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches der Kopf der kleinen Kommunistischen Partei Deutschlands, leitete deren Delegation. Er hatte anderthalb Jahre ständiger Auseinandersetzung mit verbitterten Menschen hinter sich, die im Krieg radikalisiert und nach links getrieben worden waren und sich anfangs in der KPD, ab April 1920 vorwiegend in der KAPD³ organisiert hatten.

Levi war am 18. Juli 1920 von Riga kommend in Sowjetrußland eingereist; über die Reise und über seine Stimmung notierte er: »Sommerfrische. Auswandern.«⁴ Tags darauf nahm er an der erwähnten Demonstration und der Eröffnung des Weltkongresses teil; am 20. reiste er mit anderen Teilnehmern zur Fortsetzung des Kongresses nach Moskau. Für den 21. Juli hielt er fest: »Nachmittags Sitzung mit L(enin).«⁵ In Ergebnis der Debatten verfaßte er am nächsten Tag folgenden Brief:

»An das Z.K. der K.P.R. Werte Genossen, aus Eurer Mitte wurde gestern die Absicht geäußert, die Zulassung der K.A.P.D. mit beschließender Stimme beim Kongreß beantragen zu wollen. Schon der Zulassung dieser Partei mit beratender Stimme haben wir widersprochen. Die Zulassung mit beschließender Stimme würde für unsere Partei folgendes bedeuten: Unsere Kämpfe mit der K.A.P.D. über die Gewerkschaftsfrage, über den Parlamentarismus und über die Rolle der Partei haben in hohem Maße dazu beigetragen, in Deutschland einen festen Kern kommunistischer Arbeiter zu bilden. Gerade diese Kämpfe haben der kommunistischen Partei, deren Ansehen im vergangenen Jahre in Folge der in ihren Reihen eingetretenen Verwirrung erheblich gesunken war, wieder das politische Anse-

1 Lenin hingegen konnte sich – allerdings zehn Jahre zuvor – an ein Papier erinnern, das anlässlich seiner Abreise entstanden war: die Ehrenerklärung der Vertreter der in der Schweiz anwesenden europäischen Linken für die durch Deutschland reisenden Russen. Für die Deutschen hatte als einziger Levi dieses Papier unterschrieben und möglicherweise zuvor auch entworfen. »Alle Unterhandlungen wurden unter Beteiligung einer Reihe ausländischer internationalistischer Sozialisten und in vollster Solidarität mit ihnen geführt. Das Protokoll über die Reise wurde unterzeichnet: von zwei französischen Sozialisten, Lorient und Guilbeaux, einem Sozialisten der Liebknechtgruppe (Hartstein), dem Schweizer Sozialisten Platten, dem polnischen Sozialdemokraten Bronski, den schwedischen sozialdemokratischen Abgeordneten Lindhagen, Karlson, Ström, Ture Nerman und anderen.« W. I. Lenin: *Wie wir gereist sind* (1917), in: Ders.: *Werke*, Bd. 24, Berlin 1974, S. 10. Hart und Hartstein, von der in der Nähe von Levis Geburtsort Hechingen gelegenen Burg Hart abgeleitet, waren die wichtigsten Pseudonyme, die Levi in dieser Zeit verwendete.

2 Paul Levi: *Vom Anfang der russischen Revolution. Einige Erinnerungen*, in: *Volksblatt-Almanach 1927*, Zwickau 1926, S. 70 ff.

3 Die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) wurde vom – auf dem sogenannten Heidelberger Parteitag der KPD (20.-23. Oktober 1919) durch die Zentrale Leitung unter Paul Levi ausge-

schlossenen – linksradikalen Flügel der KPD gegründet. Ihr Hauptziel war die sofortige Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und die Konstituierung einer Diktatur des Proletariats, wobei eine Diktatur einer Partei nach russischem Vorbild verworfen wurde. Die KAPD lehnte, anders als die KPD, insbesondere die leninistische Organisationsform des sogenannten demokratischen Zentralismus, die Teilnahme an Wahlen und die Mitarbeit in reformistischen Gewerkschaften ab. Eine wichtige Rolle für die KAPD spielten die niederländischen kommunistischen Theoretiker Anton Pannekoek und Herman Gorter. Hintergrund für die Gründung der KAPD war der Kapp-Putsch. Er hatte nach Ansicht des linksradikalen Flügels in der KPD gezeigt, daß das Verhalten der KPD-Parteileitung gleichbedeutend mit einem Aufgeben des revolutionären Kampfes war, insbesondere da die KPD eine mehrmals wechselnde Haltung zum Generalstreik eingenommen und im Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920 einer Entwaffnung der »Roten Ruhrarmee« zugestimmt hatte. Die Berliner Bezirksgruppe rief zum 3. April 1920 einen Kongreß der linken Opposition ein. Dort wurde beschlossen, sich als die »Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands« zu konstituieren. Die Delegierten vertraten nach Schätzungen 80 000 KPD-Mitglieder. Die neu gegründete Partei trat für die Ablehnung der parlamentarischen Tätigkeit und den aktiven Kampf gegen den bürgerlichen Staat ein. Sie arbeitete in der Folgezeit eng mit der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands (AAUD) zusammen, die,

hen verschafft, dessen sie bei der Lösung ihrer Aufgaben bedarf. Bis in die Reihen der unabhängigen Arbeiter einerseits, und selbst der Arbeiter in der K.A.P.D. andererseits hat die Klarheit und Unbeirrtheit unserer politischen Linie ihren Eindruck nicht verfehlt. Diese unsere Haltung verbunden mit der Tatsache, daß die Arbeiter der K.A.P.D. die Verfehltheit ihrer Taktik sowohl durch den Bankrott ihrer Arbeiterunions (Betriebsorganisationen) als durch die völlige Einflußlosigkeit ihrer Partei erlebt haben, hat bewirkt, daß die Arbeiter in der K.A.P.D. diese Partei schon heute nahezu völlig verlassen haben. Der größere Teil von ihnen ist zu uns zurückgekehrt, ein anderer Teil verhält sich wohl zur Zeit apathisch, wird aber von uns wieder gewonnen werden. Was namentlich in den letzten Wochen der K.A.P.D. verblieben ist, sind im Wesentlichen Elemente, die für eine politische Organisation ungeeignet sind. Wir können mit Bestimmtheit erklären, daß diese Reste der K.A.P.D., soweit sie Kommunisten auch nur dem Gefühl nach sind, in kurzem wieder bei uns sein werden. Dies alles freilich nur unter der Voraussetzung, daß uns möglich wird, diese klare Linie, die wir bisher eingehalten haben, auch weiter einzuhalten. Der von Euren Genossen beabsichtigte Antrag schließt diese Möglichkeit aus. Er öffnet die Tore der III. Internationale Leuten, die wie Wolffheim, Lauffenberg, Rühle vom Exekutivkomitee der III. Internationale selbst als offene Gegenrevolutionäre bezeichnet worden sind, Vertretern des Nationalbolschewismus, der »Parteilosigkeit« und Leuten, die uns Verräter heißen, weil wir den Bürgerkrieg gewollt hätten. Solchen Leuten das Tor der III. Internationale zu öffnen – und das bedeutet der beabsichtigte Antrag –, bedeutet – um in den Worten des Exekutivkomitees der III. Internationale zu reden – die Wiedereinführung »der Praxis der II. Internationale, Parteien um sich zu sammeln, die in Wirklichkeit nicht zusammengehören«. Keine Vorbedingung für die Aufnahme in die III. Internationale hat die der K.A.P.D. erfüllt. Sie hat weder Wolffheim, Lauffenberg, Rühle ausgeschlossen, noch erklärt, daß sie sich den Beschlüssen der Kongresse unterwirft. Ihre hiesigen Vertreter haben das Gegenteil erklärt; die Hamburger Organisation hat den Ausschluß von Wolffheim und Lauffenberg mit allen gegen etwa 10 Stimmen am 5. Juli d. J. – also nach Rückkehr des Delegierten Appel – abgelehnt. Der von Euren Genossen beabsichtigte Antrag ist nicht nur ein Bruch mit alledem, was dieselben Genossen, soweit sie im Exekutivkomitee der III. Internationale sitzen, bisher kundgegeben haben. Er wird der K.P.D. die schwerste moralische Einbuße bringen und wird vor allem auch die Millionen von Arbeitern, die in der U.S.P sind und die, entgegen den Willen ihrer Führer, heranzuholen unsere Pflicht ist, uns für lange Zeit wieder entfremden.

Wenn angesichts dieser unserer, nicht aus Parteiegoismus, sondern aus genauester Kenntnis der Dinge stammenden Bedenken und Befürchtungen Eure Genossen auf ihrem Antrage bestehen sollten und dieser etwa angenommen werden sollte, so ist für uns eine neue Situation gegeben.

Wir erklären: Wir werden in diesem Falle aus dem Kongreß ausscheiden und nach Deutschland zurückkehren.

Die Schwere dieses von uns geplanten Schrittes entspricht nur der Schwere der Gefahr, in die Euer Antrag uns bringt. Wir glauben, ihn

Euch zuvor mitteilen zu müssen, um Euch die ganze Verantwortung vor Augen zu stellen, die Ihr mit diesem Antrag übernehmt.«⁶

Soweit Paul Levi in seinem Brief. Die nächsten Tage betreffend notierte er in seinem Tagebuch: »22-24 Gefangen im Kreml.«⁷

Und in seinem »Bericht über die Verhandlungen in Moskau« vom 25. August 1920 heißt es dann: »Dieser Konflikt, der sich zuspitzen drohte, wurde gelöst durch die K.A.P.D. selbst, dadurch, daß Rühle⁸ und Merges⁹ erklärten, sie würden an dem Kongreß nicht teilnehmen, und illegal aus Rußland verschwunden sind.«¹⁰

Levi und die Delegation der KPD hingegen beteiligten sich doch noch am Kongreß. In einer Konferenzpause entstand jenes Foto, das die Herausgeber des auf S. 222 angekündigten Bandes für die erste Umschlagseite ausgewählt haben: Lenin, Sinowjew und Bucharin in das Gespräch vertieft, davor – sichtbar allein – ein erschöpfter Levi.

Nach allen bisher erreichbaren Unterlagen vermied Levi im weiteren Verlauf des Kongresses den Dissens mit der russischen Delegation und machte sich sogar zum Fürsprecher der 21 Aufnahmebedingungen,¹¹ begriff aber nicht, daß sein Verhältnis zu den führenden Bolschewiki schon irreparabel zerstört war. »Ich wurde in Rußland vom Genossen Lenin bereits am ersten Tage gefragt: ›Wenn wir etwa an der deutschen Grenze stehen, wird das deutsche Proletariat sich erheben?‹ Und ich sagte ihm, wie mein Gefühl ist, wird sich die Frage, wann das deutsche Proletariat sich erhebt, nicht nur nach auswärtigen Gesichtspunkten bestimmt, sondern dieser Zeitpunkt wird abhängig sein wesentlich vom inneren Standpunkt.«¹²

Das war eine durch und durch »marxistische« Antwort, für Lenin aber war sie Anlaß zum vollständigen Bruch, den er am 22. September 1920, wenige Wochen nach dem II. Weltkongreß, auf der IX. Konferenz der KPR (B) mit der Darstellung seiner Ambitionen endgültig besiegelte. In einer den Ansichten von Paul Levi völlig entgegengesetzten Weise referierte er:¹³ »Wir standen vor einer neuen Aufgabe. Die Verteidigungsperiode des Krieges gegen den Weltimperialismus ist zu Ende, und wir können und müssen die militärische Lage für den Beginn des Angriffskrieges nutzen. Wir haben sie geschlagen, als sie uns angriffen. Wir werden jetzt versuchen, sie anzugreifen, um die Sowjetisierung Polens zu unterstützen. Wir werden die Sowjetmacht Litauens und Polens unterstützen – so hieß es in unserer Resolution. (...)

Daraus ergab sich auch die weitere allgemeine Politik (Hervorhebung – J. S.).

Wir haben dies nicht in der offiziellen Resolution formuliert, die im Protokoll des ZK steht und Gesetz für die Partei bis zum nächsten Parteitag ist. Aber unter uns sagten wir, daß wir mit dem Bajonett erkunden müssen, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist. Und hier stellten wir praktisch die Frage, die, wie sich zeigte, *für die besten kommunistischen Elemente der Internationalen Assoziation, das heißt der Kommunistischen Internationale, theoretisch nicht ganz klar ist* (Hervorhebung – J. S.).

Als der Kominternkongreß im Juli in Moskau tagte, war das zu der Zeit, als wir diese Frage im ZK entschieden. Auf dem Kominternkongreß konnten wir diese Frage nicht aufwerfen, weil dieser Kongreß offen vor sich gehen mußte. Darin bestand seine große, re-

orientiert am britischen Closed-Shop-System, versuchte, alle Arbeiter eines Betriebes einheitlich sowohl gewerkschaftlich als auch politisch zu organisieren. Hochburgen der Partei lagen in Berlin, Hamburg, Bremen und Ostachsen, wo sich jeweils ein Großteil der KPD-Strukturen der neuen Partei anschloß. Nach 1921, als die KAPD über 43 000 Mitglieder verfügte, verlor die Partei mehr und mehr an Bedeutung und spaltete sich 1922 in die *Berliner Richtung* und die *Essener Richtung*. Nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Kommunistische_Arbeiterpartei_Deutschlands

4 Paul Levi: Eintragung im Tagebuch (Tovarišču Delegaty 2go Kongressa III Kommunističeskovo Internationala peterburg ljul – 1920 g.), in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (im Folgenden: ASD), NL Levi, Box 241, Nachlieferung II.

5 Ebenda.

6 ASD, NL Paul Levi, Box 100, Mappe 214.

7 Paul Levi: Eintragung im Tagebuch, a. a. O.

8 Karl Heinrich Otto Rühle (* 23. Oktober 1874 in Großvoigtsberg bei Freiberg in Sachsen; † 24. Juni 1943 in Mexiko) war ein sozialdemokratischer, später rätekommunistischer Politiker und Schriftsteller. Zwischen 1907 und 1913 war Rühle Wanderlehrer des Zentralbildungsausschusses der SPD, von 1912 bis 1918 Mitglied des Reichstages. Am 20. März 1915 stimmten er und Karl Liebknecht als einzige Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegs-

kredite, nachdem er sich wie Karl Liebknecht am 4. August 1914 noch dem Fraktionszwang der SPD gebeugt hatte und der Abstimmung vom 2. Dezember 1914 ferngeblieben war. Rühle gehörte zu den Mitbegründern der KPD Ende 1918, später der KAPD und zwischen 1921 und 1925 der Allgemeinen Arbeiterunion (AAUE). Er löste sich um 1925 von der rätekommunistischen Richtung der deutschen Arbeiterbewegung und näherte sich zunehmend dem Anarchismus und der Adlerschen Individualpsychologie an. In der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ging er mit Alice Rühle-Gerstel nach Mexiko ins Exil. Mitte der 1930er Jahre wirkte er in einer Kommission mit, die die im Moskauer Schauprozeß gegen Leo Trotzki erhobenen Vorwürfe überprüfte. Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Rühle

9 August Ernst Reinhold Merges (* 3. März 1870 in Malstatt-Burbach {Saarbrücken}; † 6. März 1945 in Braunschweig) war ein deutscher Politiker und Revolutionär, Mitglied verschiedener kommunistischer und syndikalistischer Organisationen. Einer der Hauptakteure der Novemberrevolution in Braunschweig, Präsident der Sozialistischen Republik Braunschweig, Abgeordneter der Weimarer Nationalversammlung und des Braunschweiger Landtags. Nach 1933 war er Mitglied in einer Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime. Er starb an den Folgen von Mißhandlungen durch die Gestapo. Im Juli 1920 reiste er zum II. Weltkongreß der Komintern nach Moskau, um dort gemeinsam mit Otto

volutionäre, allgemeinpolitische Weltbedeutung, die um vieles größer sein wird, als das bisher der Fall war. Auf diesem Kongreß gab es Elemente, zu denen die deutschen Unabhängigen gehören, die jetzt die ekelhafteste Politik gegen die Sowjetmacht betreiben. Hinauswerfen konnte man sie zu jener Zeit nicht. Man mußte der kommunistischen Weltpartei zeigen, daß wir sie nicht in unsere Reihen lassen wollen.

Also mußten wir auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale offen sprechen. Daher wurde diese Frage auf dem Kongreß bewußt nicht berührt. Der Übergang zur Offensive gegen die Verbündeten der Entente konnte dort nicht zur Sprache gebracht werden, weil dort nicht das Entwicklungsstadium vorhanden war, das für die Diskussion dieser Frage notwendig ist. Wir mußten (sie) dulden.

Die ›Rote Fahne‹ und viele andere können nicht einmal den Gedanken zulassen, daß wir mit unseren Händen die Sowjetisierung Polens unterstützen. Diese Leute halten sich für Kommunisten, aber einige von ihnen sind Nationalisten und Pazifisten geblieben.«¹⁴

Im weiteren zeichnete Lenin *sein* Bild von der Lage in Deutschland:

»Das Vordringen unserer Truppen zu den Grenzen Ostpreußens, das durch den Polnischen Korridor, der bis Danzig führt, abgetrennt ist, hat gezeigt, daß es in ganz Deutschland zu brodeln begann. Es begannen Nachrichten einzugehen, daß Zehntausende und Hunderttausende deutscher Kommunisten unsere Grenze überschreiten. Es gingen Telegramme ein, es würden deutsche kommunistische Regimenter (gebildet). Es mußten Beschlüsse gefaßt werden, um zu helfen, (diese Nachrichten) nicht zu veröffentlichen und weiterhin zu erklären, daß wir Krieg (gegen Polen) führen. (...)

Und wir sehen, daß Ostdeutschland brodelte. Es bildet sich ein wider natürlicher Block mit Generälen von der Art Kornilows an der Spitze, die Menschen mit militärischem Verstand sind und nur eine Losung haben – ›Krieg gegen Frankreich um jeden Preis, egal mit wem und egal unter welchen Bedingungen‹ (...) ein Block, der nicht auf Grund eines Vertrages gebildet, nicht irgendwo niedergeschrieben und verkündet wurde, aber ein Block, in dem die Kapp- und Kornilow-Leute, die gesamte Masse des patriotisch eingestellten Elements mit den Bolschewiki war.«

Und Lenin weiter:

»Das war das Problem, das damals stand, und dieses Problem konnten die deutschen Kommunisten zu dieser Zeit nicht lösen, sie konnten es deshalb nicht lösen, weil sie zu dieser Zeit hier in Moskau saßen und die höchst primitive Frage zu lösen versuchten, wie man Elemente einer wirklich kommunistischen Partei in Deutschland schaffen kann, und die grundlegende Frage nach der Haltung zu den rechten Unabhängigen, die Führer von der Art unserer Martows hatten, wo die Arbeiter aber bolschewistisch gestimmt waren, zu lösen versuchten. Sie waren mit der Lösung dieser Frage von Weltbedeutung, die in allem Ländern entsteht, beschäftigt. Und zu dieser Zeit übersprangen die Ereignisse in Deutschland alle Lösungen dieser Fragen (...)

Ohne Bürgerkrieg ist die Sowjetmacht in Deutschland nicht zu haben.«¹⁵

Und dann kam er auf die eigentliche Bedeutung des II. Weltkongresses zu sprechen: »(Um uns von den Opportunisten zu trennen), brauchten wir den II. Kongreß der Komintern, wo Vertreter aller Länder zusammenkamen. (...) Dort bildete sich jetzt eine Spaltung heraus, auf jeden Fall eine Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki in ausnahmslos allen Ländern der Welt. (...) (Auf dem Kominternkongreß) mußten wir qualvoll Aufgaben von unermeßlicher Schwierigkeit lösen. (Aber) der Fortschritt der Arbeiterbewegung lohnt es, daß man ideologisch mit den Menschewiki bricht (...)

Die Entwicklung aller Parteien verläuft einstweilen nach unserem Wunsche, so wie es die Komintern vorgeschrieben hat. Ohne jede Übertreibung kann man sagen, daß wir in dieser Hinsicht beruhigt sein können. (...) Unsere grundlegende Politik ist die gleiche geblieben. Wir nutzen jede Möglichkeit, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. (...)

Die Komintern hat Dutzende Verbindungen und Agenten in jedem Land. ... Wir fahren fort, das Vertrauen zu wahren, das die westeuropäische Front und das zentrale Kommando verdienen (...)

Und daß wir wirklich im internationalen Maßstab von der Halbrevolution, von dem mißlungenen Vorstoß dazu übergehen, daß es keine Fehlschläge gibt, und dabei werden wir den Angriffskrieg lernen.

Darüber werden wir in der Resolution nicht sprechen.«¹⁶

Damit war der tiefste Grund für den Dissens mit Levi ausgesprochen. Lenin redete von Angriffskrieg, dafür benötigte er die Ausstoßung aller Kräfte, die sich nicht seiner Disziplin zu unterwerfen gedachten oder dessen auch nur verdächtigt wurden, also die Spaltung aller Parteien; Levi hingegen redete von der Schaffung einer neuen Partei.

Wenige Monate später, am 8. März 1921, erinnerte der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, Grigori Sinowjew, die Delegierten des X. Parteitages der KP Rußlands an diesen Kominternkongreß:

»Der zweite Kongreß tagte damals, als unsere Armee sich Warschau näherte. Im Sitzungssaal des zweiten Kongresses hing eine große Landkarte, auf der täglich das Vorrücken unserer Truppen aufgezeichnet wurde, und die Delegierten sammelten sich jeden Morgen vor dieser Karte. Das war bis zu einem gewissen Grade ein Symbol: Die besten Vertreter des Weltproletariats verfolgten mit spannendem Interesse, sozusagen stockenden Herzens, jeden Fortschritt unserer Armee, und alle waren sich vollkommen darüber im klaren, daß, wenn das Kriegsziel, das unserer Armee vorschwebte, verwirklicht werden würde, dies eine bedeutende Beschleunigung der internationalen proletarischen Revolution bedeuten würde (...)«¹⁷

»Ein anderes Mitglied, das aus der Zentrale der V.K.P.¹⁸ ausgestreut ist,¹⁹ ist im Gegenteil durch seine ganze Vergangenheit dazu bestimmt, in einem solchen Augenblick nach rechts abzuschwenken. Ich spreche von dem Gen(ossen) Paul Levi, der in den letzten Jahren hervorgetreten ist, nachdem die Bourgeoisie die deutsche kommunistische Partei enthaupet hatte. An der Geschichte Deutschlands können wir sehen, wie weit blickend mitunter die räuberische Poli-

Rühle über die Aufnahme der KAPD in der 3. Internationale zu verhandeln. Das Exekutivkomitee wollte der KAPD-Delegation zunächst eine beratende Stimme einräumen und drängte sie zu einer Teilnahme am Kongreß. In den Vorberatungen mit den Mitgliedern des Exekutivkomitees der Internationalen Lenin, Bucharin und Sinowjew, lehnten Merges und Rühle die von Karl Radek entworfenen »Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale« ab, die auf dem Kongreß beschlossen werden sollten und Aufnahmebedingungen in die Komintern enthielten. Sowohl Merges als auch Rühle sprachen sich gegen den zentralistischen und bürokratischen Aufbau der Internationale aus und wollten die Abhängigkeit der einzelnen Parteien von der »Machtzentrale« nicht akzeptieren. Die in den Leitsätzen formulierten Grundsätze zur Frage des Verhältnisses von Partei, Klasse und Masse zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage standen den Auffassungen der KAPD entgegen. Merges und Rühle reisten deshalb schon vor Beginn des Kongresses wieder ab. Noch auf dem Rückweg erreichte sie eine erneute Einladung des Exekutivkomitees mit der Zusage, daß die KAPD das volle Stimmrecht bekäme, ohne daß dafür Forderungen irgendeiner Art zu erfüllen seien. Merges und Rühle ließen sich aber nicht von ihrem Entschluß der Nichtteilnahme abbringen. Ihr Verhalten führte nach ihrer Rückkehr zu heftiger Kritik innerhalb der KAPD, in deren Folge die politische Strömung um Rühle und Merges aus der Partei ausgeschlos-

sen wurde. Quelle:
http://de.wikipedia.org/wiki/August_Merges

10 Bericht über die Verhandlungen in Moskau, Rede des Genossen Levi auf der Zentralausschußsitzung am 25.8.20, in: ASD, NL Levi, Mappe 286, S. 4 des maschinenschriftlichen Manuskriptes.

11 In seinem 22-seitigen Bericht schilderte er zwar die Auseinandersetzungen wegen der KAPD, war ansonsten aber eher darauf bedacht, die Übereinstimmungen mit der russischen Delegation selbst bei Kleinigkeiten hervorzuheben. Insgesamt zeigt dieser Bericht einen sehr verunsicherten Levi, wie er aus den Quellen weder zuvor noch danach erkennbar ist. – Ebenda.

12 Bericht über die Verhandlungen in Moskau, S. 14 f.

13 Diese Rede Lenins wurde auf Russisch erstmals publiziert in: Istoritski Archiv, 1/1992, S. 14-27; eine deutsche Fassung erschien 1997 unter dem Titel: »Ich bitte Sie, weniger aufzuschreiben, das darf nicht in die Presse gelangen.« Rede W. I. Lenins auf der IX. Konferenz der KPR (B) am 22. September 1920, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 3/1997, S. 43-67. Ich schrieb damals über die Bedeutung dieses Quellenfundes: »Es war die Zeit kurz nach dem ›Wunder an der Weichsel‹, also dem Scheitern der Roten Armee bei der Eroberung Polens. Hier wird wie in keiner sonstigen Rede Lenins deutlich, wie weit sich die russischen

tik der Bourgeoisie ist. Freilich, wir alle wissen als Marxisten, daß die Rolle der einzelnen Person in der Geschichte nicht so entscheidend ist, wenn es sich um die Bewegung von vielen Millionen handelt. Doch am Beispiel der deutschen kommunistischen Partei sehen wir immerhin, welche entscheidende Bedeutung es hatte, daß die Bourgeoisie die Führer der deutschen kommunistischen Partei ermordet hatte. Der Gen(osse) Levi mußte das Steuer der Partei ergreifen in einem Moment, da sie zerschlagen war, nachdem sie im ersten Januar-Aufstand eine Niederlage erlitten hatte. Er betrat seine politische Laufbahn im Kampfe gegen die ›linken‹ Elemente, die in der Tat viel durcheinander brachten und auch jetzt noch vieles verwirren, aber unter denen man auch viele der Revolution ergebene Arbeiter findet. Er war die gesamte Zeit hindurch geneigt, die deutsche kommunistische Partei nach rechts zu lenken. Wir hatten einen Streit mit dem Gen(ossen) Levi auf dem II. Kongreß der Kom(munistischen) Intern(ationale). Wir alle, die wir wußten, wie wenig gebildete Führer in den Reihen der K.P.D. übrig geblieben sind, und insbesondere Gen(osse) Radek, der die deutschen Verhältnisse besser kannte als jeder von uns, waren bemüht, den Gen(ossen) Levi zu stützen und ihm in seinem Kampfe gegen die Gegner beizustehen; aber je weiter, umso mehr überzeugten wir uns davon, daß Gen(osse) Levi dem Opportunismus zuneigt. Und jetzt, während ich vor Ihnen Rechenschaft ablege, besteht unter uns nicht der leiseste Zweifel, nicht mehr die leiseste Meinungsverschiedenheit darüber, daß der geistige Kampf gegen diesen Genossen absolut notwendig ist. Und auch diejenigen unter uns, die wie Gen(osse) Radek aus begreiflichen Gründen, in Anbetracht ihrer Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterbewegung, am meisten bestrebt waren, den Augenblick unseres Bruches mit Gen(ossen) Levi hinauszuschieben, denken jetzt im Interesse der Arbeiterpartei Deutschlands anders. In dieser Hinsicht besteht jetzt unter uns vollkommene Solidarität: Es läßt sich nicht weiter hinziehen, und Gen(osse) Radek hat als erster den geistigen Kampf gegen Levi und seine Gruppe in Deutschland selbst eröffnet.«

Und Sinowjew weiter:

»Die Ereignisse nahmen folgenden Verlauf. Neulich fand die Sitzung der erweiterten Zentrale der V.K.P.D. statt, wo die italienische Frage sowie die Stellungnahme zu den linken Elementen in Deutschland und in der ganzen Kom(munistischen) Intern(ationale) aufgeworfen wurden. Dabei trat auch die Ihnen bekannte Scheidung ein. Ich kann mit Genugtuung konstatieren, daß der Zentralausschuß der V.K.P.D. schnell die Zentrale ergänzte, an ihre Spitze linke Elemente stellte und in diesen schweren Augenblicken nicht schwankend wurde. Es besteht aller Grund anzunehmen, daß die Schwankungen, die wir momentan in Deutschland wahrnehmen, auf die Spitzen beschränkt bleiben werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sobald die Frage den breiten Massen unterbreitet werden wird, sie sich in überwiegender Majorität für die intransigente Politik der Exekutive der Kom(munistischen) Intern(ationale) entscheiden werden. In Deutschland spielt eine gewisse Rolle die Frage der Stellungnahme zu der K.A.P.D. Das ist eine verhältnismäßig kleine Partei, die sich nach der Januar-Niederlage vom Kern des Spartakusbundes

abgespalten hatte²⁰ und die nachher zum Teil in die Reihen der K.P. zurückgewandert ist. Aber ein Kern, und zwar ein ziemlich kompakter, blieb als besondere Partei zurück. Es ist keine zahlreiche Partei, ihr Programm ist außerordentlich verworren. Sie zahlt hohen Tribut an die syndikalistischen und anarchistischen Strömungen. Aber dennoch gibt es entschieden unter ihren Mitgliedern, laut allgemeiner Ansicht aller Genossen, einige Tausend Arbeiter, die der Idee der proletarischen Revolution tief ergeben sind und die gerade der opportunistische Flügel der alten Partei abgestoßen hatte. Bei einer derartigen Sachlage hielt es die Exekutive für notwendig, alles Mögliche zu tun, um diesen kleinen, aber dennoch revolutionären, wenn auch teilweise syndikalistisch angehauchten Arbeiterkern nicht zu verlieren. Unsere Stellungnahme zu den revolutionären anarchistischen Elementen mußte auf internationaler Basis etwas anders gear- tet sein als in Sowjet-Rußland. Sie mußte so sein wie bei uns 1917, als wir wiederholt gegen die Bourgeoisie, gegen Kerenski und gegen die Menschewiki gemeinsam mit einem bestimmten Flügel der Anarchisten und Syndikalisten marschierten. Damals handelte es sich um den Kampf mit der Bourgeoisie. Da gab es etwas, das uns einigte. Jeder von uns, der an der Revolution teilgenommen hat, wird sich an verschiedene Fälle erinnern, da wir mit den syndikalistischen und anarchistischen Elementen gewisse Kampfesabmachungen treffen mußten. Ein Teil von ihnen ist nachher in unsere Reihen getreten, ein Teil arbeitet auch jetzt noch bei uns an vielen verantwortlichen Posten der Sowjet-Republik, assimiliert durch die proletarische Revolution. Natürlich mußten wir unser Verhältnis zu ihnen *nach* der Eroberung der Macht durch das Proletariat ändern, als die anarchischen, zerstörerischen, desorganisatorischen Elemente des Syndikalismus und Anarchismus uns ebenso feindlich wurden, wie sie es früher der Bourgeoisie gegenüber waren. Aber auf internationaler Plattform, auf der wir den Vorabend der proletarischen Revolution erleben, sehen wir uns gezwungen, gestützt auf die Erfahrungen der russischen Revolution, unseren Genossen eine größere Toleranz anzuraten, insbesondere gegenüber den *Arbeitergruppen* und Arbeiterorganisationen, die noch nicht ganz die Bedeutung unserer Taktik erfaßt haben und irre gehen nach der ungeheuren Krise des Sozialismus, die die internationale Bewegung infolge des Krieges durchgemacht hat. Das war unsere Taktik auf dem II. Kongreß der Kom(munistischen) Intern(ationale), und in Anwendung dieser Taktik ließen wir mit beratender Stimme als sympathisierende Partei die K.A.P.D. zu. Das hat die Situation in der Zentrale der V.K.P.D. gewissermaßen zugespitzt. Der Gen(osse) Levi und seine Gruppe, die gerade im Kampfe gegen diese Elemente hochgekommen war, erblickte darin einen Sündenfall der Kom(munistischen) Intern(ationale) und eine gewisse Unterstützung dieser Elemente gegen die Levi-Gruppe unsererseits. Das führte zu der Sachlage, die wir jetzt haben. Auf dem nächsten Kongreß gedenken wir diese Frage direkt zu stellen. Natürlich ist es ein unhaltbarer Zustand, wenn ein Land durch zwei Parteien vertreten ist. Aber wir werden alles Mögliche tun, um aus der K.A.P.D. die gesündesten Elemente in die Reihen der V.K.P.D. überzuführen. Ich meine, unsere Taktik war und bleibt richtig. Die Schwankungen, die sich in

Revolutionäre in linksradikalem Größenwahn von der Wirklichkeit entfernt hatten. Besonders anzumerken sind Lenins Anwürfe gegenüber der deutschen Partei (die damals von Paul Levi und Clara Zetkin geführt wurde), weil die sich weigerte, auf Lenins Geheiß hin in Deutschland einen Bürgerkrieg zu entfachen. Diese Rede wirft ein neues Licht auf die Entstehung des Linksradikalismus in der KPD.«

Jörn Schütrumpf: Editorial, in: UTOPIE kreativ, Heft 83 (September 1997), S. 4.

14 »Ich bitte Sie, weniger aufzuschreiben ...«, S. 47 f.

15 Ebenda, S. 50 f., 52.

16 Ebenda, S. 54, 61, 64, 65, 66. Gemeint war die Resolution, die die IX. Konferenz der KPR(B) verabschieden sollte.

17 Dieses Papier – eine hastig hingeworfene Übersetzung der Rede Sinowjews – stammt aus dem Nachlaß Paul Levis. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß dieses Papier Levi sofort nach dem russischen Parteitag erreichte, denn im März 1921, wenige Tage nach seinem Rücktritt als KPD-Vorsitzender, hatte er noch Verbündete in der KPR (B) (auch: RKP) wie überhaupt in der Kommunistischen Internationale. Vom X. Parteitag der R.K.P. Berichte des Gen(ossen) Sinowjew über die Kom(munistische) Intern(ationale), ASL, NL Levi, Mappe 243.

18 V.K.P.(D.) – Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, die im Dezember 1920 durch den Zusammenschluß der KPD und dem linken Flügel der

USPD auf einem Parteitag in Halle/Saale entstanden war.

19 Aus Protest gegen die Spaltung der italienischen Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale waren am 24. Februar 1921 fünf Vorstandsmitglieder der VKPD zurückgetreten, unter ihnen die gerade gewählten paritätischen Parteivorsitzenden Paul Levi und Ernst Däumig sowie Clara Zetkin.

20 Sinowjew hatte sich nicht einmal die Mühe gemacht, sich mit der Geschichte der KAPD zu beschäftigen. Siehe Fußnote 4.

21 Vom X. Parteitag der R.K.P. Berichte des Gen(ossen) Sinowjew über die Kom(munistische) Intern(ationale), a. a. O., S. 5-9 des maschinenschriftlichen Manuskriptes.

22 Sitzung der Zentrale mit dem Vertreter für Deutschland. Freitag, den 28. Januar 1921, in: ASL, NL Levi, Mappe 288, S. 1 f. des maschinenschriftlichen Manuskriptes.

23 Ebenda.

24 Ebenda, S. 2.

25 Ebenda, S. 1.

den Spitzen bemerkbar gemacht haben, werden uns keineswegs veranlassen, unsere Stellungnahme gegenüber diesen Elementen zu ändern.«²¹

In dieser entwaffnenden Darlegung bolschewistischer Strategie und Politik hatte Sinowjew allerdings den eigentlichen Dissens zwischen dem Exekutivkomitee der III. Internationale und Levi nur angedeutet. Viel deutlicher war da sechs Wochen zuvor auf der Sitzung der Zentrale der KPD vom 28. Januar 1921 der »Vertreter des Exekutivkomitees für Deutschland«, Karl Radek, geworden, der, um in den Worten Sinowjews zu bleiben, »als erster den geistigen Kampf gegen Levi und seine Gruppe in Deutschland selbst eröffnet« hatte: Seine Rede hatte Radek mit der These begonnen, »daß jetzt einer der wichtigsten Machtfaktoren die Rote Armee« sei.²² Und dann führte er aus:

»Während des Polenkrieges war die Auffassung der Exekutive, daß in Westeuropa die Bewegungen heranreifen, daß es sich bei dem Vorstoß nach Westen jetzt nicht darum handelt, auf der Spitze der Bajonette den Bolschewismus zu bringen, sondern die Kruste der Militärgewalt der herrschenden Klassen zu brechen, daß schon genug innere Kräfte in Deutschland ausgelöst seien, die die Sache halten könnten. Der zweite Eckpfeiler der Politik der Exekutive war die Beurteilung der konkreten Lage in Deutschland. Die Exekutive glaubte, in Deutschland reiften die Dinge schon zur Eroberung der politischen Macht. Man glaubte, wenn wir in Warschau stehen, brauchen wir gar nicht nach Deutschland gehen. Die deutsche Regierung würde durch die Besetzung des Korridors ohnehin in einen scharfen Gegensatz zur Entente kommen.«²³

Auch bei der Darlegung der weiteren Absichten ließ es Radek an Deutlichkeit nicht fehlen: »Die Rote Armee wird nicht demobilisiert; sie wird geschmeidiger gestaltet und an die südwestlichen und westlichen Grenzen herangeführt. Im Winter werden wir keinen Krieg führen. Bei der Größe der deutschen Nation wäre ein direktes, offensives Eingreifen immer ein Fehler. Es würde den Nationalismus und die Bourgeoise so stärken, daß die Arbeiter zurückgeworfen werden. Aber wenn wir den Korridor besetzen und an der Grenze stehen, ist in Deutschland eine ganz andere und viel bessere Kampfsituation. Ich kann sagen, daß der Gedanke an die offensive, äußere Politik bei uns stärker ist als früher.«²⁴

Als zweiter zu entflammender Revolutionsherd neben Deutschland galt Radek Italien: »In Ländern mit agrarischem Zündmaterial, Ostgalizien, Rumänien, Ungarn, daß, wenn wir an der Trau und Sau stehen, die Revolution in den Balkanländern beschleunigt werde und das notwendige agrarische Hinterland geschaffen werde für die italienische Revolution. Die Schaffung eines agrarischen Hinterlandes ist für die italienische Revolution dieselbe entscheidende Frage wie für die deutsche Revolution.«²⁵

»Man kann heute noch nicht sagen«, fuhr Radek fort, »kommen wir zu Konflikten oder nicht. Man kann nur sagen: Will man sie oder will man sie nicht. Und die Exekutive sagt: Wir wollen sie! Man muß die Geschichte vorwärts treiben.« Und dann kam er auf das Motiv für diese Politik zu sprechen: »Ich bin überzeugt, die innere Lage in Rußland ist so, daß wir zwar große Schwierigkeiten mit den

Bauern haben werden, aber das wir(d) halten. In der inneren russischen Lage liegt nicht das Motiv des Vorwärtsdrängens, aber je später wir zur Macht gelangen in Westeuropa, umso größer ist die Zersetzung. Man bekommt dann die Macht und hat nicht das Notwendigste, um es den Arbeitern zu geben. Das ist der treibende Gedanke, warum wir auf die Aktivierung drängen.«²⁶

26 Ebenda, S. 3.

Diese Betrachtung – selbst wenn die Aussage über die angeblich nicht notwendige Entlastung der russischen Revolutionäre kaum der Wahrheit entsprochen haben dürfte – war die Konsequenz aus dem Avantgardeparteikonzept: Nicht die Arbeiterschaft als eine herrschaftswillige Klasse – wie einst das Bürgertum, das der Herrschaft des Adels überdrüssig geworden war und deshalb auf die eigene Herrschaft gedrängt hatte – übernimmt die Macht, sondern »Man«. Die Aufgabe dieses »Man« ist es anschließend, das, was von der vorherigen Gesellschaft übrig ist, zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft einzusetzen, um sie zu befriedigen und zu befrieden – im Namen einer Diktatur des Proletariats.

In Radeks Worten hieß das: »Daraus ergibt sich für Deutschland die Schlußfolgerung: Das Verhältnis zur K.A.P.D. wird von der Exekutive dauernd unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß, wie unreif diese Elemente sind, der Kern doch in einem unzufriedenen proletarischen Teil besteht, der im Momente eines aktiven Kampfes zuschlagen wird. Und darum suchte die Exekutive keinen Abgrund zwischen sich und diesen Leuten aufkommen zu lassen. Wenn wir eine ruhige Entwicklung vor uns sehen würden, würden wir sagen: Wir werden sie prügeln, bis sie klar werden. Wenn die Exekutive der Meinung ist, es gilt zu beschleunigen, sagt sie: Aufnehmen können wir sie nicht, weil sie sich nicht unterwerfen wollen; aber wir dürfen den Draht nicht abbrechen lassen (...)

Das Verhältnis zu den Syndikalisten ist im internationalen Maßstabe klar. Ohne ein Verhältnis zu den französischen Syndikalisten, zu den amerikanischen Syndikalisten und zu den Shop-Stewards können wir nicht auskommen. Die englischen Kommunisten stehen außerhalb jedes Kontakts mit den Massen. Diese Linke muß also herangezogen werden. Weil aber diese Gewerkschaften noch unklar sind, sagten wir uns, wir gründen ein gewerkschaftliches Zimmerwald.«²⁷

27 Ebenda, S. 3 f.

Hier ist die ganze Offensivtheorie, für die die KPD nach der Niederlage in den Mitteldeutschen Märzkämpfen vom Exekutivkomitee der III. Internationale heftig kritisiert wurde, vollständig entfaltet. Schöpfer dieser Offensivtheorie war indes nicht die vom Ausscheiden Levis und Clara Zetkins beflügelte KPD-Führung, sondern das Exekutivkomitee der III. Internationale selbst.

Das Exekutivkomitee orientierte auf wenig organisierte und unorganisierte, dafür aber radikalisierte Arbeiter, die es als Sturmtruppen einzusetzen gedachte. Organisierte Arbeiter waren nicht so leicht manipulierbar. Noch einmal Radek: »In einem Lande, wo starke gewerkschaftliche Organisationen bestehen, kann man nicht darauf rechnen, daß spontane Bewegungen ausbrechen und sie uns als Führer in die Höhe schmeißen. Die Organisationen sind die Wellenbrecher der Bewegung.«²⁸

28 Ebenda, S. 3.

Levi, der auf dieser Sitzung seine Rede mit der Frage begonnen hatte: »Hält die Exekutive meine Entfernung vom Posten des Vorsit-

29 Ebenda, S. 6.

zenden für wünschenswert?«²⁹ vertrat die entgegengesetzte Auffassung, versuchte aber, eine Brücke zu bauen: »In Westeuropa ist das Verhältnis der Kommunisten zu den organisierten Massen von viel größerer Bedeutung verglichen mit dem Verhältnis, das sie zu den unorganisierten haben – obgleich die Wichtigkeit dieses Verhältnisses auch nicht unterschätzt werden darf –, als das in anderen Ländern der Fall ist. In Ländern mit nicht so hohem Kapitalismus spielt sich die Entwicklung des Proletariats zur Revolution im Wesentlichen ab im Verhältnis der Kommunisten zu den unorganisierten Massen. In Deutschland ist viel größer und wichtiger das Verhältnis zu den organisierten Massen. Auch in Deutschland spielen die Unorganisierten eine Rolle. Sie sind ein wichtiger Faktor, aber nicht von der überwältigenden Bedeutung wie in anderen Ländern. In Deutschland stehen wir jetzt in einem schweren Kampf um die Massen in den Gewerkschaften.«³⁰

30 Ebenda, S. 9.

Doch das Exekutivkomitee der III. Internationale wollte keine Brücken, es wollte die Revolution endlich auch in Deutschland. Dabei störten organisierte Massen, dabei störten Gewerkschaften, und dabei störten Levi und seine Anhänger. So wie in Italien die Serrati-Gruppe aus der III. Internationale ausgeschlossen worden war, weil sie ihre Spaltung verweigert hatte – Serrati war Radek zufolge »vor die Frage (...) (gestellt worden), wen er in der Partei zu behalten wünsche und wen er bereit sei zu opfern«³¹ –, wurde der selbständig agierende Teil der VKPD-Führung herausgedrängt. Das Exekutivkomitee der III. Internationale wollte für die »Endschlacht« an die radikalisierten, angeblich zu allem bereiten und letztlich leicht lenkbaren deutschen Massen heran, ganz egal ob kommunistisch, anarchistisch, syndikalistisch. Dafür war es bereit, jeden Preis zu zahlen bzw. andere zahlen zu lassen.

31 P. B. (d. i. Karl Radek): Levi als sein eigener Historiker, in: Die Rote Fahne, 16. April 1921.

32 Darauf zielte Rosa Luxemburg, als sie schrieb: »Allein, es heiße gegen Übel des Bürokratismus mit rein bürokratischen Mitteln aufkommen zu wollen, wenn sich unsre Partei bei der Verstärkung des Parteivorstands beruhigen und wieder passiv von den ›neuen Männern‹ alles Heil erwarten würde [...] Kein Parteivorstand in der Welt kann die eigne Tatkraft der Partei in ihrer Masse ersetzen, und eine millionenköpfige Organisation, die in einer großen Zeit im Angesicht großer Aufgaben klagen wollte, daß sie nicht die richtigen Führer hat, würde sich selbst ein Armutszeugnis ausstellen, weil sie beweisen würde, daß sie das historische Wesen selbst des proletarischen Klassenkampfes nicht begriffen hat, das darin besteht, daß die proletarische Masse keine ›Führer‹ im

Levi hatte mit seiner Politik das Urteil über sich selbst gesprochen: bolschewismusunfähig. Denn als einer der wenigen wirklichen »Luxemburgisten« verstand er unter Führung des Proletariats etwas grundlegend anderes als die Bolschewiki. So wie einst die Aufklärer das Bürgertum zur Erkenntnis ihrer eigenen politischen Interessen geführt und so irreversibel zu eigenständiger politischer Aktion befähigt hatten, sollte die sozialistische Partei dem Proletariat helfen, diese Irreversibilität zu erreichen.³² Dieses Konzept, das zumindest in Deutschland hätte ernsthaft geprüft werden können, starb im Lärm der detonierenden Dynamitstangen, mit denen Freischärler von KPD und KAPD in der Osterwoche 1921 im Mansfelder Bürgerhäuser in die Luft sprengten, und unter den Axthieben, mit denen einem verwundeten Schutzpolizisten das Gesicht zertrümmert wurde.

Anfang 1928 – anlässlich Trotzki's Verbannung – kam Levi noch einmal auf den Dissens mit den Bolschewiki zurück: »Hätten die Bolschewiki nie etwas anderes getan, als die Diktatur des Proletariats ausgeübt, so wären sie nie so weit heruntergekommen, als sie jetzt sind. Sie taten etwas anderes. Sie übten nicht die Diktatur des Proletariats gegen eine feindliche Klasse aus, sondern begannen, das Proletariat: erst zu ›führen‹, dann zu lenken, dann zurechtzuschieben, dann zu schulmeistern, dann zu exerzieren, dann zu kommandieren, dann zu bütteln, dann zu quälen und dann zu terrorisieren im

Namen der ›Diktatur‹. In dieser völlig verkehrten und verfehlten Theorie von der ›Rolle der Partei‹, von der Allmacht eines Zentralkomitees in der Partei, von der Gottähnlichkeit von ein paar Bonzen: In ihr liegt der Anfang und das Ende von dem beschlossenen, was jetzt in Rußland vor sich geht. Nicht der Sozialismus und nicht das Proletariat haben in Rußland bankrott gemacht: Bankrott hat in Rußland eine Schule gemacht. Das Proletariat ist ein großer und starker Körper, gewaltiger in seinen Kräften als eine andere Klasse. Das, was der starke Körper braucht, um zu herrschen, den *Willen* zur Macht, den kann ihm keiner geben, muß er selbst sich schaffen aus einem tausendfältigen Spiel von tausend Zellen und Zellchen, von denen jedes sein eigenes Leben hat. Das ist der Sinn der *Demokratie* innerhalb der Arbeiterklasse und innerhalb der Partei, so diesen Willen zu bilden. Die Bolschewiki haben geglaubt, mit der Weisheit und Allmacht eines ›Zentralkomitees‹ den geraden Weg in den Himmel zu gehen, und haben nicht im Himmel, sondern in der sibirischen Tundra geendigt. Dorthin haben sie in Wirklichkeit nicht drei Dutzend ›Oppositionelle‹, sondern ihre eigene Parteigeschichte gebracht.«³³

Das einzige, was Levi nach seiner Vertreibung aus der Kommunistischen Internationale noch tun konnte, war, sich wenigstens treu – also: beim klaren Wort – zu bleiben. Das tat er, der immer bei der Bewegung und nie in einer Sekte hatten wirken wollen, zuerst in der nicht lebensfähigen Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, dann in den sterbenden Resten der USPD und schließlich – mangels Alternative – in der SPD; entgegen dem Willen deren Parteivorstands wurde Levi bis zu seinem Tode immer wieder im unruhigen Westsachsen als Kandidat für den Reichstag aufgestellt und auch gewählt.

Von Levis unbolschewistischer Geradlinigkeit angetan, schrieb ihm Einstein 1929 nach seinem Plädoyer im Jorns-Prozeß, in dem es um die Vertuschung des Mordes an Rosa Luxemburg gegangen war: »Aber Spaß beiseite. Es ist erhehend zu sehen, wie Sie durch Gerechtigkeitsliebe und Scharfsinn als einzelstehender Mensch ohne Rückhalt die Atmosphäre gereinigt haben, ein wunderbares Pendant zu Zola. In den Feinsten unter uns Juden lebt noch etwas von der sozialen Gerechtigkeit des alten Testaments.«³⁴

bürgerlichen Sinne braucht, daß sie selbst Führer ist.«
Rosa Luxemburg: *Wieder Masse und Führer* [1911], in: dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 3, Berlin 1973, S. 41 f.

33 Paul Levi: *Wiederkunft*, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, 1928, Nr. 2, S. 1 f.

34 Albert Einstein an Paul Levi, 8. August 1929, in: ASD, NL Levi, Box 22, Mappe 54.

WOLFRAM ADOLPHI

Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und linke Theorie und Praxis heute

XI. Internationale Tagung des InKriT
vom 7. bis 10. Juni 2007

Wieder InKriT, wieder HKWM. Immer im späten Frühjahr entfalten diese nüchternen Abkürzungen für die Freundinnen und Freunde anspruchsvollen, in Gemeinsamkeit erlebten marxistischen Denkens und Debattierens ihre magische Kraft, lockt das kollektive Erlebnis der Suche, des Streits, des Herantastens an neue Argumentationsstränge – und lockt natürlich auch der am Abend auf der Terrasse überm weitläufigen Neckartal im Tagungsort Esslingen in anregender Runde zu genießende Rotwein. InKriT – das Berliner Institut für kritische Theorie – der Einlader; die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Instituto Italiano per gli Studi Filosofici die Mitveranstalter; das HKWM – das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus – der Hauptgegenstand der Diskussionen: Das ist die Mischung, die auch 2007 wieder über hundert Diskutier- und Forschungsfreudige aus vielen Ländern nach Esslingen zog.

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: Asiaticus, China 1937 (Heft 200, Juni 2007); zum HKWM siehe auch den Bericht »Kapitalismus zwischen Konsumismus und Krieg. IX. Internationale Konferenz des Berliner Instituts für kritische Theorie (InKriT)« (Heft 180, Oktober 2005) und den Artikel »Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort« (Heft 193, November 2006).

Das unmittelbar Drängende: Band 7

Am Beginn der Beratung stand eine kritische Bilanz des Vorankommens am HKWM. *Wolfgang Fritz Haug* (Esslingen), Begründer des Projekts schon im Jahre 1983 und Herausgeber, erinnerte an die günstige Zeit zu Beginn der neunziger Jahre, da, gestützt auf eine Fülle von Vorarbeiten, die ersten Bände rasch an die Öffentlichkeit gelangen konnten.¹ Nun aber sei die Produktion ins Stocken geraten. Dies liege zunächst daran, dass natürlich viele Autorinnen und Autoren älter geworden sind, des weiteren und ganz erheblich am Zustand der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung an den Universitäten und Instituten im Allgemeinen, schließlich aber auch an der einen und anderen Differenz in der Auffassung darüber, was das HKWM zu leisten habe und was nicht.

In der Diskussion darüber wurde deutlich, wie kompliziert sich die Dinge in der Tat darstellen, wenn über nun schon Jahrzehnte intensiver Zusammenarbeit hinweg ein gleichmäßig hoher, ja wachsender Anspruch an die Qualität der Texte gehalten werden soll. Jeder Wörterbucheintrag für sich genommen ist Neuland – für die Autorin oder den Autor ebenso wie für die Redakteurin oder den Redakteur und für die ihr Urteil abgebenden Votantinnen und Votanten. Der Weg vom Exposé für einen Eintrag über den ersten, zweiten, nicht selten auch dritten Entwurf hin zum endgültigen Text ist lang; es braucht eine Fülle von Ideen, dazu eine große Bereitschaft, Anregungen aufzunehmen und zuweilen auch den Mut, sie selbstbewusst abzulehnen, und in diesem Prozess des Gebens und Nehmens blei-

1 Band 1 (Abbau des Staats bis Avantgarde) erschien 1994 (2. Aufl. 1997); Band 2 (Bank bis Dummheit in der Musik) 1995 (2. Aufl. 1997); Band 3 (Ebene bis Extremismus) 1997 (2. Aufl.

ben Verletzungen nicht aus, und immer wieder ist neue Kraft zu tanken, denn man ist ja erst beim Buchstaben K.

Und dieser Buchstabe, fürwahr, hat es besonders in sich. Unter K stehen Kapitalismus und Kommunismus, Klassen und Kapital, und allein schon dies mit etlichen unmittelbar zugeordneten Begriffen wie etwa Klassenbewusstsein, Klassenherrschaft, Klassenjustiz, Klassenkampf, Klassenlage² und klassenlose Gesellschaft oder Kapitalfraktionen, Kapitalexport, Kapitallogik, Kapitalmobilität, Kapitalumschlag, Kapitalentwertung und -vernichtung, aber auch: Kapital-Editionen und Kapital-Lektüre – das ist ein Berg an Herausforderung, der in knapper Zeit nicht zu bewältigen ist, denn es geht ja nicht um längst feststehendes, nur noch zu ordnendes und auf Wörterbuchformat zu bringendes Wissen, sondern um die Erforschung und Aufdeckung von gesellschaftlichen Zusammenhängen, die sich in ständiger Veränderung befinden und deren Beschreibung immer auch scheinbar längst Gewusstes wieder in Frage oder in eine andere Ordnung stellt.

Was bleibt, wenn – wie InkriT-Vorsitzende *Frigga Haug* feststellte – »die Kraft der Redaktion geringer geworden« ist? Vor allem die Einladung an junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sich dem großen HKWM-Projekt anzuschließen. Es ist eine Schule des geistigen Arbeitens wie kaum eine andere.

Band 7 also – dies wurde in Esslingen bekräftigt – wird (wie zuvor auch schon Band 6) in zwei Teilbänden erscheinen: Band 7.I mit den Einträgen von »Kaderpartei« bis »Klonen« im Jahre 2008, Band 7.II – von »Knechtschaft« bis »Krisentheorien« reichend – voraussichtlich 2009.

Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und »Revolutionäre Realpolitik«

Mit der »Linie Luxemburg-Gramsci«, die der Tagung den Titel gab, war ein Wörterbucheintrag für den Band 8 aufgerufen – und zwar einer, der typisch dafür gelten kann, wie es beim HKWM um das kollektive Erarbeiten neuer Erkenntnisse und Einsichten geht. Was *Frigga Haug* als Autorin des Eintrags mit diesem Begriff insgesamt im Auge hat, hat sie im Kapitel 5 ihres Buches »Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik« aus dem Jahre 2007 ausführlich dargestellt.³ In einer Planskizze von Peter Weiss für die »Ästhetik des Widerstands« hat sie diese Formulierung »Linie Luxemburg-Gramsci« gefunden und es dann unternommen, an den Themen »Revolution«, »Demokratie und Diktatur des Proletariats«, »Die Rolle der Intelligenz«, »Politik des Kulturellen«, »Staat, Produktivkräfte und Arbeits-subjekte« sowie »Der ›integrale Staat« diese Linie zu beschreiben und einen Anstoß dafür zu geben, sie – wie *Peter Jehle* (Berlin) in der Diskussion meinte – als etwas bisher nicht Gegebenes »zu gewinnen«. Man könne – so *Frigga Haug* in ihrem Buch – »Luxemburg von Gramsci her lesen als eine organische Intellektuelle der Arbeiterklasse, die eine Erneuerung der Politik betrieb und dabei die Lücken und Mängel bisheriger sozialistischer Politik aufdeckte, ohne an strategischen Stellen schon vorher kohärent weitergearbeitet zu haben«. Gramsci dann habe an eben diesen Stellen (die mit den oben genannten Kapitelthemen bezeichnet sind) gearbeitet »auf eine Weise, dass es nicht als Bruch mit Luxemburg, sondern als

1998); Band 4 (Fabel bis Gegenmacht) 1999; Band 5 (Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat) 2001; Band 6/I (Hegemonie bis Imperialismus) 2004; Band 6/II (Imperium bis Justiz) ebenfalls 2004. Dies alles und mehr zum HKWM siehe unter www.inkrit.org. Dort – übrigens – sind auch Erkundigungen darüber einzuholen, wie man das Projekt finanziell unterstützen kann.

2 Siehe dazu im vorliegenden Heft den Beitrag von Dietmar Wittich.

3 *Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*, Hamburg 2007.

4 Ebenda, S. 177 f.

5 Zu diesem »Stillstand« führte Boer aus: Noch immer werde »Reform« praktisch als »Reformismus« verstanden, und »Revolution« sei entweder eine »Idee, die nicht praktisch werden will, weil sie die Massen nicht ergreift«, oder »real existierender Sozialismus«. Über den »Reformismus« hinaus gehend sei nur die Aufklärung darüber, dass innerhalb des »Systems« der kapitalistischen Produktionsweise die anstehenden globalen Probleme nicht – oder jedenfalls nicht sozial – lösbar sind.

6 Gemeint sind die Bücher: Antonio Negri, Michael Hardt: *Empire*, Frankfurt/New York 2002, und: Dieselben: *Multitude*, ebendort 2004.

7 Gáspár Miklós Tamás: Ein ganz normaler Kapitalismus (dt. von Gerold Wallner), in: *Grundrisse*, Wien, Nr. 22 Sommer 2007, S. 9-23. Es heißt dort zum Beispiel: »Gerade in der letzten Sekunde seiner Existenz hat das ›kommunistische‹ System sein Geheimnis verraten: Es war nicht irgendeine Art von ›Nicht-Eigentum‹, das in Privateigentum umgewandelt wurde, sondern die eine Art von Privateigentum wurde in die andere umgewandelt. Die Rolle der zentralen staatlichen Autorität stellte sich als die Funktion eines Schiedsrichters heraus wie in jedem bürgerlichen Gemeinwesen, das auf sich hält, und die Abwicklung der Überbleibsel eines egalitären Wohlfahrtsstaats wurde so erfolgreich bewerkstelligt, weil keine antikapitalistischen Kräfte übrig waren« (S. 20). Oder: »Ost-

Fortführung luxemburgischen Denkens und der Kunst der Politik begriffen werden kann«, denn: Er habe »die analytischen Begriffe für Luxemburgs Versuche im Politischen« geformt: »Hegemonie, Zivilgesellschaft, integraler Staat, historischer Block und historisches Milieu, Politik des Kulturellen – und das Plädoyer an die politischen Subjekte, in ihrer Verhaftetheit in gegensätzlichen und widersprüchlichen Traditionen, Sitten, Kulturen sich kohärent zu arbeiten durch Teilhabe an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft«. ⁴ *Jehle* kommentierte dies zustimmend, meinte aber auch, dass man sich der Versuchung entziehen müsse, Gramsci nun »zu direkt« an Luxemburg heranzurücken. *Sobhanlal Datta Gupta* (Kalkutta) arbeitete als wichtige Gemeinsamkeit bei Luxemburg und Gramsci heraus, dass für beide »Kultur« nicht einfach »eine Politik« gewesen sei, sondern viel mehr, nämlich: »Strategie«.

In der Debatte zu den haugschen Überlegungen wurde dann – angeregt durch die unmittelbar angeschlossene Themenstellung »Revolutionäre Realpolitik« – auf bemerkenswerte Weise die Nähe zur Politik heutiger sozialistischer Parteien gesucht. *Dick Boer* (Amsterdam) brachte es auf den Punkt: Sowohl die Überlegungen Luxemburgs und Gramscis als auch die Notiz von Peter Weiss seien »spürbar vor der ›Wende‹ angesiedelt, ihre Träger hätten »noch real existierende sozialistisch orientierte Organisationen« voraussetzen und »darauf hoffen« können, »dass diese sich auf ihre ›kritische Theorie‹ rückbesinnen und so erneuern konnten«. Wir Heutigen hingegen lebten »nach der ›Wende‹ und müssten »ohne diese Voraussetzung auskommen«. Daraus erkläre sich Stillstand.⁵ Gegen das Projekt eines real existierenden Sozialismus – oder auch: Sozialismus in einem Land, Revolution von oben, Erziehungsdiktatur – habe das Postulat der »Weltrevolution« und des langen Weges durch die Institutionen zur Hegemonie gesprochen, aber gegen dieses wiederum deren neueste theoretische Ausarbeitung im »Empire« von Negri und Hardt mit der »romantischen Verklärung« eines imaginären revolutionären Subjekts »Multitude«. ⁶ »Realpolitisch« müsse man daher seine Hoffnungen für einen Ruck nach Links auf Lateinamerika setzen – also auf einen neuen Versuch, einen »real existierenden Sozialismus« zum Gelingen zu bringen. Damit werde klar: Was Not tut, sei die immer noch fehlende grundlegende »Kritik des real existierenden Sozialismus«. Eine solche wäre ein wichtiger Beitrag zur »revolutionären Realpolitik«.

Dass die Debatte hierzu einerseits tatsächlich noch in den Kinderschuhen steckt, andererseits aber durchaus weiter entwickelt ist, als es in Boers Beitrag zum Ausdruck kam, zeigt ein Aufsatz des Ungarn Gáspár Miklós Tamás, der für die geplante, dann aber leider ausgefallene Wörterbuchwerkstatt zum Eintrag »Kapitalismen« die Runde gemacht hatte. Unter dem Titel »Ein ganz normaler Kapitalismus« hat Tamás dort eine fundamentale Kritik des Realsozialismus vorgenommen.⁷

Die von Tamás aufgemachte Forderung, die Auseinandersetzung »in der altehrwürdigen Art« zu beginnen – nämlich »mit der Analyse der Oktoberrevolution und ihrer verschiedenen Nacheiferer in Teilen Osteuropas, Südasiens und anderswo nach dem Zweiten Weltkrieg«⁸ –, fand ihren Widerhall auf der Konferenz unter ande-

rem in einer Diskussion zu Rosa Luxemburgs Revolutionsverständnis. *Isabel Loureiro* (São Paulo) brachte an dieser Stelle den interessanten und anregenden Streit in Erinnerung, der sich dazu in der Literatur zwischen Frigga Haug und Jörn Schütrumpf entwickelt hat,⁹ und hob in Zustimmung zu Frigga Haug hervor, dass Rosa Luxemburg in ihrem von »dialektischer Nuancierung« geprägten Denken die Revolution immer »von unten« betrachtet und Politik als »Aktion, die sich selbst erfindet«, begriffen habe. Dies sei der entscheidende Unterschied zu Lenin gewesen, und daher treffe die Kritik Schütrumpfs nicht den Kern. Der Verfasser dieses Berichtes brachte hierzu die kurz vor der Tagung von Helmut Bock vorgelegte Analyse der »April-Thesen« Lenins von 1917 ins Spiel,¹⁰ mit der zum einen zu zeigen ist, dass in der Tat – wie von Boer und Tamás gefordert – die grundlegende Kritik des Realsozialismus ihren Anfang mit aller Konsequenz in der Oktoberrevolution zu nehmen hat, und zum anderen, dass auch das Ausloten der Sicht Rosa Luxemburgs auf die russische Revolution und ihrer für Deutschland gezogenen Konsequenzen noch nicht an ein Ende gekommen sein kann.

Frigga Haug trieb die Diskussion entschieden weiter in Richtung praktischer Politik. Es sei kritikwürdig, dass die Linkspartei den Parlamentarismus für die »Zentralachse der Politik« halte. Die soziale Frage sei im Kapitalismus nicht lösbar – also müsse immer wieder nach Projekten gesucht werden, die über den Kapitalismus hinausweisen. Die Linke befände sich – um mit Gramsci zu sprechen – »überdeutlich im Stellungskrieg«; ihre »organischen Intellektuellen« hätten die Aufgabe, »die Sprache zurückzugewinnen«, damit man aus der allgemeinen Sprachlosigkeit herauskommen könne; es bedürfe geradezu eines »Handbuchs der Projekte des Aussteigens« aus einem System, dessen Unfähigkeit zur Lösung der sozialen Frage so unübersehbar auf der Hand liege. *Rainer Schultz* (Boston/Berlin) machte auf Felder des Sammelns sozialer und politischer Erfahrung wie den »Bürgerhaushalt« aufmerksam, woran sich eine Debatte darüber anschloss, ob soziale Bewegungen ein wichtigerer Ort der »revolutionären Realpolitik« als Parteien sein könnten. *Dick Boer* nannte es einen »Grundfehler«, einer Argumentation zu folgen, die Opposition als »Defekt« begreife. Opposition – sei es im Parlament oder außerhalb desselben – sei wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Luxemburgismus

Wer die Auseinandersetzung um den Realsozialismus »in altherwürdiger Art« (Tamás) beginnen will, kommt am »Luxemburgismus«-Verdikt nicht vorbei. Mit seiner Skizze zum für den Band 8 des HKWM geplanten Eintrag zu diesem Stichwort schlug *Klaus Kinner* (Leipzig) einen Bogen vom August 1922, als in der Disposition zu einem Schulungskurs »Die politische und wirtschaftliche Weltlage« der zentralen Parteischule der KPD Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie ganz selbstverständlich als »theoretische Grundlegung des deutschen Kommunismus« gegolten hatte, bis zum 12. (Weddinger) Parteitag der KPD 1929, mit dem, wie er sagte, die »Verbindung zur Frühgeschichte des deutschen Kommunismus gekappt« und »inhaltlich und personell der Bruch mit Rosa Luxemburg voll-

europa könnte wieder zum *schwächsten Glied* in der Kette kapitalistischer Regimes werden, weil der östliche Kapitalismus so rein, so gesäubert und geläutert wurde durch den leninistisch-stalinistischen Massenmord, durch Zwang und umfassende Knechtschaft« (ebd.). Und: »Die einzige Art von Widerstand ist schlicht nostalgisch und *passéiste* (die Vergangenheit verherrlichend), entweder vom symbolischen Standpunkt der »natürlichen Weltordnung« einer agrarisch-ländlichen Ständegesellschaft oder von dem der Tragödie emanzipatorischer Anläufe aus, die in Staatskapitalismus, Tyrannei und gemeinsamer Aufgabe endeten. (...) Der erste Schritt für eine osteuropäische Linke sollte der sein, zu Erinnerung und Klassenrealität zu erwachen, was einen Schritt zur Anerkennung von Autonomie und Subjektwerdung bedeutet« (S. 22).

8 Ebenda, S. 12.

9 Vgl. Jörn Schütrumpf: Rosa Luxemburg. Der Preis der Freiheit, Berlin 2006, und Frigga Haug: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik, a. a. O. – Frigga Haug setzt sich in ihrem Buch mit Schütrumpfs Aussage auseinander, wonach sich Rosa Luxemburg »gerade am Punkt Revolution (...) am wenigsten vom traditionellen Marxismus emanzipiert« habe, weil sie, »statt Revolutionen wirklich als »Lokomotiven der Weltgeschichte« zu nehmen, mit denen die bis zum Platzen aufgeladenen Widersprüche entspannt werden und Wege zu demokratischen Entwicklungen freigesprengt werden können, in dem

Gedanken befangen« geblieben sei, »dass die ›sozialistische‹ Revolution zu einer völlig anderen Qualität führen würde als die ›bürgerliche‹ Revolution« (Schütrumpf S. 38 – bei Frigga Haug zitiert in Anm. 110 auf S. 155). Einen solchen Widerspruch bei Luxemburg sieht Frigga Haug gerade *nicht*, verweist stattdessen vielmehr darauf, dass dem berühmten Satz von der Freiheit, die »immer die Freiheit der Andersdenkenden« sei, auch im Kontext des Revolutionsverständnisses eine zentrale Rolle zukomme. »Bei Luxemburg«, schreibt sie, bestehe »sozialistische Politik eben darin, die unkundigen und noch stumpfen Massen überhaupt erst ins politische Leben zu ziehen und für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft zu gewinnen«, womit die Freiheit der Andersdenkenden »nicht Toleranz« sei, »sondern das Daseinsmoment lebendiger Diskussion und des Experiments« (S. 156).

10 Helmut Bock: Was tun? Russlands Februarrevolution und Lenins April-Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 198 (April 2007), S. 297-308. – Vgl. in UTOPIE kreativ außerdem: Roy Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, in: Heft 77 (März 1997), S. 63-75; auch Wolfgang Ruge: Vom Roten Oktober zur Alleinherrschaft der Bolschewiki. Machtkämpfe nach der Machtübernahme, in: Heft 205 (November 2007), S. 1012-1031; und schließlich den Aufsatz von Jörn Schütrumpf im vorliegenden Heft.

11 Siehe hierzu auch den

zogen« worden sei. Mit der Denunziation Levis durch Lenin als »Überläufer«¹¹ und dem rigiden und oberflächlichen Umgang Lenins mit Rosa Luxemburgs Werk sei dem späteren Luxemburgismus-Verdikt der Boden bereitet worden. Bei Lenin bereits angelegt gewesen sei auch noch ein anderer Grundzug des späteren Umgangs mit Rosa Luxemburg: die Trennung von Leben und Werk, will sagen: die Würdigung des revolutionären Lebens und Wirkens auf der einen und die wachsende Distanz zu ihrem Werk auf der anderen Seite. Mit der Konstruktion des »Leninismus«-Begriffs auf dem V. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1924 sei auch der Begriff des Luxemburgismus entstanden – und zwar als Sammelbegriff für jene tatsächlichen oder angeblichen Schwächen der deutschen Partei, die den Erfolg des »deutschen Oktobers« vereitelt haben sollten.¹²

Den Bogen zur »revolutionären Realpolitik« spannend, resümierte Kinner, dass sich der Widerspruch zwischen dem Versuch einer linkssozialistisch intendierten, auf die Überwindung des Kapitalismus zielenden Realpolitik einerseits und einer Politik, die fundamentalistisch am Konzept der Weltrevolution und dem Glauben an die Machbarkeit dieser Revolution festhielt, andererseits in der Geschichte des Parteikommunismus des Komintern-Typs bis zu dessen Ende immer wieder reproduziert habe. Auch revolutionäre Realpolitik heute habe es nicht nur mit dem Feind »Bürokratisierung« zu tun, sondern auch dem Feind »linker Fundamentalismus«.

Die »Linie Luxemburg-Gramsci« in der politischen Bildung und Pädagogik

Dem Tagungsthema entsprechend umfasste die Debatte zur »Linie Luxemburg-Gramsci« noch ein weiteres Rundtischgespräch, und zwar zur Frage der politischen Bildung und Pädagogik.

Georg Auernheimer (Köln) machte als »fundamentale Gemeinsamkeit« bei Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci deren Auffassung aus, »die Menschen als diejenigen zu nehmen, die sie sein könnten«; Menschen also, »die sich mit dem Ändern der Umstände selbst verändern«. Daher stimmten auch die Bildungsziele zwischen beiden weitgehend überein. Für Gramsci sei Bildung »sich der objektiven Möglichkeiten bedienen zu können«; für Luxemburg »der freie Austausch mit dem Lehrer«. Ganz fraglos sei für beider Gesellschaftskonzepte Bildung von ganz zentraler Bedeutung. *Andreas Merks* (Hamburg) vertiefte diese Überlegung. Luxemburg wie Gramsci hätten Bildung als »Prozess der lernenden Aneignung von unten« verstanden; von Gramsci stamme das Bild von den Menschen, »die sich selbst zur Kunst der Regierung ermächtigen«. Nur durch Bildung könnten sich »die Regierten von den Regierenden unabhängig« machen.

Gerhard Zimmer (Hamburg) beschrieb die heute in Deutschland üblich werdenden Bachelor-Studiengänge als das »totale Gegenteil« dessen, was für Gramsci Bildung gewesen sei. Bildung brauche immer und unter allen Umständen *Zeit*. Und sie brauche das »Studium generale«, brauche die Einbettung der Bildung in Leben und Erfahrung. Auch hier sei man mit dem kompletten Gegenteil konfrontiert: der »Separierung« von politischer Bildung, wie sie etwa von den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung be-

trieben werde. *Josef Held* (Tübingen) umriss, was unmittelbar von Gramsci für die Bildung zu lernen sei: *cultura* als ästhetische Bildung; das individuelle und gesellschaftliche Selbstbekenntnis; das Verständnis von geistiger Krise als Ausgangspunkt für Neuorientierung; und schließlich auch: die Hochschätzung von Moral und Werten – was, wie er anmerkte, »für Linke oft wohl sehr komisch« klinge. *Ines Langemeyer* (Cottbus) verwies noch einmal auf Komplexität: bei Gramsci seien *alle* Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse als *pädagogische* Verhältnisse zu lesen. Und zu den Werten gehöre zweifellos die Leidenschaft: Man könne nicht *wissen*, ohne zu *verstehen*.

Kinder, Kindheit

Dies gehört zum besonders Spannenden der Erarbeitung der HKWM-Bände: dass die Debatte beständig changiert – changiert zwischen ganz vordergründig politischen Begriffen wie »Klasse« oder »Luxemburgismus« auf der einen und »allgemein-menschlichen« wie etwa »Kinder« und »Kindheit« auf der anderen Seite, wodurch aufs immer wieder Neue die Weite des Kosmos marxschen Denkens und die Gültigkeit der auf diesem aufbauenden Methoden zunächst von den Akteurinnen und Akteuren selbst erfahren und dann – hoffentlich! – auch den Leserinnen und Lesern erfahrbar gemacht werden.

Josef Held legte in Esslingen den Entwurf des »Kinder, Kindheit«-Wörterbucheintrags vor und begründete zunächst den Doppeltitel mit der Notwendigkeit, zwischen Kindheit als »historischem und kulturellem Produkt« bzw. »gesellschaftlicher Konstruktion« auf der einen und der konkreten Betrachtung der Kinder und des Umgangs mit ihnen auf der anderen Seite zu unterscheiden. So präsentierte er denn auch zunächst eine Darstellung der unterschiedlichen Rolle oder gar des völligen Fehlens von Kindheit in unterschiedlichen geschichtlichen Epochen sowie der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Kindheiten wegen deren Gebundenheit an Klassen- und Geschlechterverhältnisse, um sich dann den »konkreten Kindern« und damit den Fragen der Psychologie, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik zuzuwenden. Mit Problematisierungen heutiger Kindheiten wie der, dass Kinder in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften »immer mehr Optionen vorfinden, aber immer weniger Orientierungspunkte für ihren eigenen Weg«, war der Diskussion reichlich Stoff gegeben.

Klaus Weber (München) zitierte das Matthäus-Evangelium mit dem Satz »Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen« und stellte die These auf, dass die heutige Gesellschaft sich diesem Anspruch direkt entgegengesetzt verhalte: Die Kinder sollen sich ständig so verändern, dass – um im Bilde zu bleiben – niemand ins Himmelreich kommen kann. Wenn heute die Auffassung vertreten wird, Kinder seien vom 0. Lebensjahr an bildungsfähig, dann sei gemeinhin gemeint: *zurichtungsfähig*, *schneller verwertungsfähig*. »Kinder« sei »die vergessene Kategorie« in der Begriffsgruppe Klasse-Rasse-Geschlecht; zu fragen sei, welche Gesellschaft gebraucht werde, damit der Status »Kind« überflüssig wird, weil alles im Status »Mensch« vereint ist. *Gerhard Zimmer* machte – an die »Zurichtungs«-Überlegungen anknüpfend –

Aufsatz von Jörn Schüttrumpf im vorliegenden Heft.

12 Kinner zeichnete von den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Detail folgendes Bild: Seit 1925 habe sich eine immer klarer werdende Frontstellung zwischen den »Linken« der Richtung Ruth Fischer, Arkady Maslow und Ernst Thälmann hier und der »luxemburgistischen Rechten« da abgezeichnet. Zunächst jedoch hätten Ernst Meyer, Clara Zetkin und Paul Frölich noch dafür sorgen können, dass differenzierte Analysen der Geschichte der deutschen Linken und Editionen der Werke Rosa Luxemburgs im innerparteilichen Diskurs Gehör finden konnten. Mit dem Ausscheiden der Levi- und der Reuter-Friesland-Gruppe auf der einen und der Fischer-Maslow-Gruppe sowie der Kräfte um Korsch, Rosenberg, Scholem und Urbahns auf der anderen Seite habe sich die Partei dann jedoch des größten Teils der Funktionsärselite, die die Partei begründet und in ihren ersten Jahren geleitet hatte, entledigt. Damit sei der kommunistischen Bewegung entscheidendes kreatives Potential entzogen worden; von nun an sei die Partei endgültig auf den Kurs der von Stalin dominierten KPdSU (B) eingeschworen gewesen. Nicht mehr die Diskussion theoretischer Probleme sei fortan gefragt gewesen, sondern die bedingungslose Umsetzung der jeweils dominierenden Generallinie. Wer abweichende Positionen vertrat, habe sich unversehens im Lager der Konterrevolution wieder gefunden – im Stalinschen Terror der dreißiger Jahre oft mit tödlichem Ausgang. In den An-

klageschriften der Moskauer Prozesse fanden sich die »Abweichungen« der zwanziger und frühen dreißiger Jahre häufig als entscheidendes »Beweismaterial« wieder.

auf die Rolle der Einführung der Schulpflicht bei der Entwicklung der kapitalistischen Industrieproduktion aufmerksam. *Christian Wille* (Berlin) thematisierte die Bedeutung der Pflegephase des Kindes für Arbeitsteilung und Geschlechterverhältnisse. *Silke Wittich-Neven* (Hamburg) verwies auf den Zusammenhang von Kinder- und Menschenrechten. Es sei auffällig, wie in der heutigen Gesellschaft die Strafmündigkeit nach vorn verschoben werde – die demokratischen Rechte blieben aber davon unberührt. *Ingar Solty* (Toronto) forderte, den Blick auf die ganze Welt zu richten, um die Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Kindheiten in den Blick zu bekommen. Die Unterschiede ergäben sich selbstverständlich zuallererst aus den sozialen Bedingungen, aus der Kluft zwischen arm und reich, seien aber auch an kulturellen Zuschreibungen festzumachen – etwa dann, wenn ein 16jähriger Mexikaner in Mexiko rechtmäßig eine 13jährige Frau heiraten kann, dafür aber im benachbarten Kalifornien wegen Kindesmissbrauch verhaftet wird.

Die Liste der Vorschläge, Einwände, Ergänzungen war lang, so dass eintrat, was meist notwendig wird, wenn auf den Tagungen ein konkreter Wörterbuch-Eintrag zur Diskussion gestellt wird: die Einleitung einer umfassenden, per elektronisch vernetzter Debatte in kollektiver Arbeit realisierten Überarbeitung des vorliegenden Textes.

Klassenherrschaft

Auch der Entwurf des Wörterbuch-Eintrags »Klassenherrschaft«, entstanden als Gemeinschaftsarbeit der Autoren *Bob Jessop* (Lancaster) und *Werner Goldschmidt* (Hamburg), musste nach der Esslingen-Tagung einen solch umfangreichen Überarbeitungsprozess durchlaufen. Jessop stellte, nachdem er die ökonomische, politische und ideologische Form der Klassenherrschaft thematisiert hatte, selbst jene Fragen, für die er sich in der Diskussion weitere Aufklärung erhoffte: Warum erscheine die Klassenherrschaft im Kapitalismus an der Oberfläche nicht als solche? Ist es so, dass, wo die Ausbeutung die Form des Austausches annimmt, »die Diktatur als Demokratie erscheint«? Und er formulierte Thesen wie die: Der Kapitalist verliere, wenn der politische Klassenkampf den ökonomischen bestimme – z. B. im Falle eines Generalstreiks. Er gewinne jedoch, solange die Separierung der beiden Formen voneinander gelinge. Der ökonomische Klassenkampf bleibe in der Balance, solange er sich im Lohnsystem bewege; der politische Klassenkampf wiederum bleibe in der Balance, solange er im Rahmen der demokratischen Institutionen verbleibe. Goldschmidt dann konzentrierte sich in der Vorstellung des Beitrags auf die Überlegungen zur »Herrschaft als Überwindung der Herrschaft«, wie sie Marx in der Analyse der Pariser Kommune entwickelt hatte, und charakterisierte die »Diktatur des Proletariats« als »Aufgabe, an der der Kommunismus des 20. Jahrhunderts gescheitert ist«.

Die enge Verknüpfung zwischen »Klassenherrschaft« und »Klassenkampf« im Entwurf und in der Diskussion nahm *Mario Candeias* (Berlin) zum Anlass, generell eine Straffung des Textes anzuregen, der eigentlich schon für sich genommen ein Wörterbuch darstelle. Müsse es angesichts der vielen verwandten Stichworte im Band 7

nicht darum gehen, sich unter »Klassenherrschaft« auf einige wenige Hauptlinien zu konzentrieren wie etwa die, dass auch die demokratischste, progressivste Form des Kapitalismus unverändert Klassenherrschaft bleibe? *Wolfgang Fritz Haug* stimmte dem Strafungsgedanken zu, wandte aber zugleich ein, dass der Artikel nicht auf die *kapitalistische* Klassenherrschaft eingegrenzt bleiben dürfe. Es liege auch in anderen Gesellschaftsordnungen das Klassenverhältnis *nicht* klar zutage. Marx und Engels hätten schon in der »Deutschen Ideologie« das *Patriarchat* als früheste Form des Privateigentums und der Herrschaft über fremde Arbeitskraft beschrieben. Von Engels stamme die Beobachtung, dass zu den Stabilisatoren der Klassenherrschaft auch »die fürchterliche Macht der Gewohnheit« gehöre. Und wie habe sich Klassenherrschaft etwa in der DDR vollzogen? Man müsse der These vom »Aushandlungsstaat« nachgehen. *Victor Wallis* (Boston) rundete die Debatte mit Beobachtungen zu neuen Formen der Klassenherrschaft in den USA ab. Dort seien zunehmend private Firmen direkt in die Machtausübung einbezogen, ja trügen sie sogar – im Bereich der Medien, der Justiz und nun sogar im Krieg im Irak und in Afghanistan.

Ausblick

InkriT-Tagungen sind viel zu umfangreich, um von einem Einzelnen lückenlos referiert werden zu können. Etliche Wörterbuchwerkstätten finden gleichzeitig statt, und auch der Raum zum Abdruck ist begrenzt. Zwei vom Berichterstatter erlebte Werkstatt-Debatten zu Stichwörtern im Band 8 sollen hier noch kurz erwähnt werden. Erstens die über den von *Isabel Loureiro* vorgelegten Text zum Eintrag »Landlosenbewegung« mit Anregungen von *Rainer Schultz*, *Andreas Novy* (Wien), *Stefan Schmal* (Marburg), *Renato Caputo* (Rom) und *Mario Candeias*; und zweitens die zum Stichwort »Lassaleanismus«, das von *Montserrat Galcerán* (Madrid) erarbeitet wurde und in der sich *Thomas Marxhausen* (Halle/Saale), *Michael Flörshheimer* (Marburg), *Renato Caputo* und *Werner Goldschmidt* mit Kritik und Anregung zu Wort meldeten. Auf die Teilnahme an anderen Veranstaltungen wie etwa den Rundtischgesprächen zu den Themen »Klimakatastrophe« und gesellschaftliche Naturverhältnisse« und »Peter Weiss – und eine neue Politik der Erinnerung« musste der Berichterstatter zwangsläufig ebenso verzichten wie auf die Werkstätten zu den Stichwörtern »kulturelle Revolution«, »Kategorie«, »Kultur, Kulturpolitik«, »klassisch«, »Lüge«, »Liebesverhältnisse« und »Open Source«.

Das letztgenannte Stichwort verweist bereits auf Band 10 des HKWM. Das ist noch einige Jahre hin. Bereits in Sichtweite aber ist die XII. InkriT-Tagung im Jahre 2008, die voraussichtlich vom 22. bis 25. Mai stattfinden wird. Zur Mitarbeit ist aufgerufen.

URSULA SCHRÖTER

Die schwesterliche Verbundenheit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD)

Die DDR sollte eine Antwort auf die Arbeiterfrage sein. Insofern kann es nicht verwundern, dass die wichtigsten Institutionen auf dieses Ziel gerichtet waren: Die Partei der Arbeiterklasse, die Arbeitergewerkschaft, die Betriebe als Hochburgen der Arbeiterklasse... Sie sollte nicht eine Antwort auf die Frauenfrage sein.

Das Geschlechterverhältnis war demnach in der SED-Politik von Anfang an kein selbständiges, losgelöstes – gar ebenbürtiges – Thema im Vergleich zum Klassenverhältnis. Lotte Ulbricht hat bereits auf der I. Parteikonferenz im Januar 1949 scharf kritisiert, dass einige Genossinnen offenbar die Absicht hätten, »auf eine ›feministische Ebene‹ (zu rutschen), vor der Lenin seinerzeit schon die KPdSU(B) gewarnt hat, das heißt, sie kommen in die Gefahr, die Frauenarbeit als etwas Selbständiges, Losgelöstes von der Partei zu betrachten«¹. Die hierarchische Sicht auf grundlegende gesellschaftliche Widersprüche war gewollt und stand auch im Einklang mit Auffassungen der Theoretiker der Arbeiterbewegung, allen voran August Bebel, der in seinem Buch »Die Frau und der Sozialismus« das Fazit gezogen hatte: »Die Klassenherrschaft hat für immer ihr Ende erreicht, aber mit ihr auch die Herrschaft des Mannes über die Frau.«²

Genau 100 Jahre nach dem erstmaligen Erscheinen dieses Buches, also 1979, in einer Zeit, in der der feministische Aufruhr im Westen schon wieder verebbte, in der aber sehr viel publiziert wurde über das Verhältnis von Klasse und Geschlecht, in dieser Zeit fand in der DDR eine internationale wissenschaftliche Konferenz statt, auf der die Einordnung der Geschlechterfrage in die Klassenfrage bekräftigt wurde. Eine Einordnung, die letztlich als Unterordnung wirkte. In einem der zentralen Referate auf dieser Konferenz hieß es: »Es gibt keinen Klassenkampf gegen eine Männerklasse, aber es gibt den unerbittlichen Klassenkampf gegen die Herrschaft der Ausbeuterklasse, der die ge-einte Kraft der arbeitenden Menschen verlangt, unabhängig von ihrem Geschlecht.«³ Die Differenz zwischen Männern und Frauen – so könnte man es auch formulieren – war demnach zu vernachlässigen im Vergleich zur Differenz zwischen Klassenfreund und Klassenfeind.

Die Frauen waren gewissermaßen immer mit gemeint, sowohl in der DDR als auch bei vielen West-Linken. Und in dieses Konzept passte keine Frauenorganisation. In der Sowjetunion existierte ein »Komitee der Sowjetfrauen«, das auf höchster Ebene arbeitete und das bei Bedarf die Frauen des Landes repräsentierte, das aber keinen Unterbau im ganzen Land hatte. Den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) hätte es – konzeptionell betrachtet – folglich nicht geben müssen.

Ursula Schröter – Jg. 1941, Mathematikerin und Soziologin, Vorstandsmitglied im Institut für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin, Stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wer putzte in der DDR das Klo?, gemeinsam mit Renate Ullrich, Heft 148 (Februar 2003).

1 Lotte Ulbricht: Frauenarbeit – Aufgabe der Gesamtpartei. Diskussion zur I. Parteikonferenz Januar 1949, in: Lotte Ulbricht: Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S. 30/31.

2 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, 58. Auflage, Berlin 1954, S. 575.

Es gab ihn aber. Und das hatte damit zu tun, dass die Differenz zwischen Männern und Frauen in der Realität des Nachkriegsdeutschlands (wenn man so will: von unten gesehen) eben doch nicht zu vernachlässigen war. Das betraf nicht nur den quantitativen Unterschied, den so genannten Frauenüberschuss, der in Wirklichkeit kriegsbedingter Männermangel war. Das betraf auch und vor allem die spezifisch weiblichen Verhaltensweisen, die in der modernen Matriarchatsforschung »dissidente Verhaltensweisen« heißen und die in der bisherigen Menschheitsgeschichte immer nach politischen Katastrophen dafür gesorgt haben, dass das Leben weiter geht. Es waren Frauen, und eben nicht nur Arbeiterfrauen, die unmittelbar nach Kriegsende mit lebensnotwendigen Arbeiten begannen. Die legendäre Trümmerfrau gehörte genauso dazu wie Frauen, die sich in Nähstuben trafen und aus Soldatenmänteln Kinderkleidung produzierten. »Auf diese Situation«, so ist zu lesen, »in der sich Überleben, Nahrung, Kleidung, Heizung als die entscheidenden politischen Fragen erwiesen, war das traditionelle Politikverständnis in keiner Weise vorbereitet.«⁴ Folgerichtig entstanden, und zwar überall in Deutschland, nicht-traditionelle politische Strukturen, so genannte antifaschistische Frauenausschüsse, aus denen dann im März 1947 der DFD hervorging.

Wie das im Einzelnen vor sich ging, soll hier nicht ausgeführt werden. Die Literatur zu diesem Thema ist widersprüchlich. Vor allem zum Einfluss, den die jeweiligen Militärregierungen auf den Bildungsprozess der Frauenausschüsse und des DFD genommen haben, scheint es unterschiedliche Auffassungen zu geben. Ganz offensichtlich spielte bei der Geschichtsschreibung über diese Zeit der Klassenwiderspruch die entscheidende Rolle. Oder anders: Ganz offensichtlich haben die traditionellen politischen Strukturen darüber befunden, was über die nicht-traditionellen Organisationen aufgeschrieben werden sollte.

Aus Dokumenten des DFD-Archivs lässt sich jedoch zweifelsfrei entnehmen, dass der Wunsch nach politischem Zusammenschluss bei unterschiedlichen Frauen an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft war. So gab es beispielsweise die Fragen,

- ob es bei Wahlen gesonderte Frauenlisten geben sollte oder nicht,
- ob NSDAP-Aktivistinnen aufgenommen werden durften oder nicht,
- ob politische Aufgaben vor sozialen rangieren sollten oder nicht,
- ob die einzelnen Frauenausschüsse mit Gründung der einheitlichen Organisation aufzulösen sind oder nicht.
- Es wurde debattiert, ob die zu gründende Frauenorganisation der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation) angehören sollte,
- ob die Frauenorganisation in allen Besatzungszonen wirken sollte,
- ob sich die Frauenorganisation in den Betrieben etablieren sollte und
- ob sie relevante Gesetzesvorlagen erarbeiten sollte, vor allem aber
- ob der Frauenverband parteipolitisch neutral arbeiten sollte oder nicht.

Nur wenige der Kontroversen sind bis zum Gründungskongress des DFD ausgeräumt worden. Der Kongress hieß »Deutscher Frauenkongress für den Frieden« und sollte mit dieser Thematik sicherlich auf das verweisen, was die Frauen *einte*, nämlich ihre Friedenssehnsucht. Aus den Kongressprotokollen ist ersichtlich, dass dieses Ziel weitgehend erreicht wurde.

Am Ende legten die Delegierten ein Gelöbnis ab, an das heute nicht oft genug erinnert werden kann. Sie gelobten, »in schwesterlicher Ver-

3 Inge Lange: Die Frauen – aktive Mitgestalterinnen des Sozialismus. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1987, S. 252.

4 A.-E. Freier: Überlebenspolitik im Nachkriegsdeutschland, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Band 2, Düsseldorf/Schwann 1986, S. 46.

5 Autorenkollektiv: Zur Rolle der Frau in der Geschichte der DDR, 1945-1981, Eine Chronik, Leipzig 1986, S. 30.

bundenheit über Weltanschauung, Konfession und Beruf hinweg zu helfen, Militarismus und Faschismus völlig auszumerzen und das Sehnen der Menschen nach dauerhaftem Frieden zu verwirklichen⁵. Der Begriff »schwesterliche Verbundenheit« ist in keinem späteren DDR-Dokument wiederholt worden, dafür immer öfter die »brüderliche Verbundenheit« (die Bruderparteien, die Bruderländer). Hier ging es aber bekanntlich nicht um die Geschlechterstruktur, sondern hier wurde der Begriff »Bruder« als Synonym für »solidarisch verbundene Menschen« verwendet. Die brüderliche Verbundenheit ignorierte die Geschlechterdifferenz und meinte Frauen mit bzw. gab vor, Frauen mit zu meinen. Der DFD-Gründungskongress endete aber mit dem Bekenntnis zur schwesterlichen Verbundenheit über alle anderen Unterschiede hinweg. Und die schwesterliche Verbundenheit meinte Männer ausdrücklich nicht mit. Damit signalisierte dieses Gelöbnis nicht nur die Friedenssehnsucht und den Überlebenswillen aller Menschen, sondern auch tiefes Misstrauen gegenüber patriarchalen Machtstrukturen. Es ist ganz sicher kein Zufall, dass dieser Terminus in späteren DDR-Dokumenten nicht mehr zu finden ist. Die bekennend feministische Phase des DFD – so könnte man etwas salopp formulieren – endete auf seinem Gründungskongress.

Auf diesem Kongress war auch entschieden worden, dass die neue Frauenorganisation nur im Wohngebiet und nicht in den Betrieben tätig werden sollte. Das führte dazu, dass der DFD bereits ein Vierteljahr nach seiner Gründung etwa 150 000 Mitglieder hatte, aber vergleichsweise wenige Arbeiterinnen. Und das galt Mitte/Ende 1947 schon als Makel für eine Frauenorganisation. Im Oktober 1947 beschloss der DFD deshalb seine Betriebsarbeit. Vorausgegangen waren heftige und sicherlich nicht vollständig dokumentierte Auseinandersetzungen mit dem FDGB, der die Frauenarbeit in den Betrieben als seine Domäne betrachtete, und auch mit den SED-Frauensekretariaten, die eine »Überorganisation« der Frauenarbeit in den Betrieben befürchteten. Im Referat für den II. Bundeskongress des DFD ist nachzulesen, dass von den Mitgliedern 59 Prozent Hausfrauen und 17 Prozent Arbeiterinnen seien und dass sich »der Wunsch nach Schaffung von Betriebsgruppen des DFD als brennendste Frage« herauskristallisiert hatte.⁶ Ein Jahr nach Gründung des DFD gab es dann schon rund 150 Betriebsgruppen. Wiederum ein Jahr später, also Anfang 1949, wurden alle Betriebsgruppen aufgelöst. Die westliche Politikwissenschaft interpretiert diesen Fakt als Resultat der Kompetenzüberschneidungen zwischen DFD und FDGB.⁷ Die offizielle DDR-Geschichtsschreibung lässt uns hier im Unklaren. Sie erwähnt die Betriebsgruppen nicht, muss also auch ihre Auflösung nicht begründen. Im DFD-Archiv fand sich im Protokoll der 8. Bundesvorstandssitzung vom Mai 1949 der – ziemlich reumütige – Satz: »Mit Absicht oder ohne haben wir uns in den Betrieben mit Aufgaben befasst, die eigentlich nur den FDGB (...) etwas angehen. Der Bundesvorstand des FDGB ist nun erneut an uns herangetreten mit einem Beschluss, die Arbeit des FDGB unter den Frauen zu verbessern(...) Es liegt also praktisch keine Notwendigkeit für Betriebsorganisationen des DFD mehr vor.«⁸

6 Maria Rentmeister: Referat auf dem 1. Jahreskongress des DFD, in: Referentenmaterial des DFD 5/1948.

7 Siehe Elke Mocker: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Dissertation, Freie Universität Berlin 1992. »Kompetenzüberschneidung« spielt vor allem in Kapitel C-8 eine Rolle.

8 SAPMO-BArch: dort S. 23 ff., Protokoll der 8. Sitzung des DFD-Bundesvorstandes, Mai 1949.

Mehr als 50 Jahre später erklärte Ilse Thiele, die seit 1953 als Vorsitzende des DFD amtierte, zu diesem Thema: »Das hatte meines Erachtens nichts mit Konkurrenz zwischen FDGB und DFD zu tun. Es ging

um die Klassenfrage, wie wir sie damals gesehen haben. Die Blockparteien sollten nicht in den Betrieben, in den Hochburgen der Arbeiterklasse sein. Und wir hatten ja wirklich Frauen aus allen Schichten im DFD...«⁹.

Demnach ließ spätestens seit Ende der 40er Jahre der Kalte Krieg mit seinen «klaren Feindbildern» eine tatsächlich überparteilich arbeitende Frauenorganisation nicht mehr zu. Warum es überhaupt eine Frauenorganisation gab, warum der DFD beispielsweise in den 60er Jahren, als zwei zentrale Frauenkongresse stattfanden, nicht aufgelöst wurde, ist bisher noch nicht schlüssig beantwortet. Die DFD-Vorsitzenden der Anfangsjahre jedenfalls wurden nicht nur im Sinne Lotte Ulbrichts scharf kritisiert, sondern bis 1953 auch häufig ausgewechselt.

Mit anderen Worten, das Geschlechterverhältnis hatte keine Chance (mehr), einen zum Klassenverhältnis gleichrangigen Part in der DDR-Politik zu spielen. Oder um noch einmal auf Lotte Ulbricht zurückzukommen: Selbstverständlich sei die Frauenbewegung, ebenso wie die ökologische Bewegung oder die ethnische Bewegung etwas Selbständiges, Losgelöstes von der Arbeiterbewegung und ihrer Partei, aber sie sei nicht von vornherein etwas Wichtigeres oder Unwichtigeres. Prioritäten könnten und müssten von Fall zu Fall gesetzt werden, gehörten also nicht zu den Arbeitsprinzipien, gehörten nicht ins Statut. Im DFD-Statut stand aber schließlich (seit 1964) der Satz: »Der DFD anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei...«¹⁰. Damit wurde nicht nur die sehr vielfältige Arbeit an der Basis – beispielsweise die Bildungsarbeit – erschwert, damit wurde auch das Gründungsgelöbnis von der schwesterlichen Verbundenheit Lügen gestraft.

Das alles ändert nichts daran, dass es eine Zeit gab, in der schwesterliche Verbundenheit in Deutschland existenziell notwendig war und als Notwendigkeit reflektiert wurde. Und es ändert nichts daran, dass es beim Zusammenbruch der DDR noch Spuren dieser Verbundenheit gegeben haben muss. Anders ist nicht zu erklären, dass der DFD 1989/1990 die Kraft zu einem Neuanfang fand und bis heute Kraft für die tägliche Überlebensarbeit als gemeinnütziger Verein aufbringt. Obwohl er von der Treuhandanstalt gnadenlos geschöpft wurde, obwohl er von den jungen Bürgerbewegungen der Wendezeit erwartungsgemäß bekämpft wurde. (Auf der Demonstration vom 4. November 1989 wurden die drei Buchstaben bekanntlich mit »Dienstbar, Folgsam, Dumpf« übersetzt.)

Vor allem in manchen ländlichen Gebieten sind die DFD-Gruppen (heute dfb-Gruppen) die einzigen gewesen, die ihre Strukturen – marktwirtschaftlich angepasst – erhalten konnten. Und vor allem von dort kamen auch die etwa 5 000 Briefe, mit denen im Herbst 1989 der Bundesvorstand unter Druck gesetzt und die »Grundlegende Erneuerung des DFD« eingeleitet wurde.

Gegenwärtig zählt der Verein ca. 4 000 Mitglieder und gilt auf der politischen Ebene als ernst genommene NGO (Nichtregierungsorganisation) mit spezifisch ostdeutschen Frauenerfahrungen. Zusammen mit seinem »Sozialwerk«, das 1993 gegründet wurde, gilt er heute auch auf dem Arbeitsmarkt als zuverlässiger Träger von Projekten und auf der sozialen Ebene als unerlässliche Ergänzung zur dominierenden Profit-Politik.

9 Ursula Schröter, Eva Rohmann: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, hrg. von Gerd-Rüdiger Stephan u. a., Karl Dietz Verlag, Berlin 2002, S. 515.

10 Autorenkollektiv, 1989, Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Leipzig, S. 199.

RENATE ULLRICH

DDR-Frauen zwischen Emanzipation und Patriarchat

Nach der Wende hörten wir im Kontext der DDR-Frauenforschung immer wieder zwei Argumente. Das erste: Die DDR war eine *vor*-moderne Gesellschaft, also nicht auf der Höhe der Zeit. Und das zweite: Die Frauen in der DDR hatten – im Vergleich mit der BRD – einen *Modernisierungsvorsprung*. Dieser bemerkenswerte Widerspruch hat uns angeregt, im Archiv unseres Instituts für Sozialdatenanalyse (isda) e.V. zu recherchieren und auswahlweise auch zu dokumentieren, was in der DDR zu Frauen und zu Geschlechterverhältnissen geforscht und diskutiert worden war.¹

Bei der Durchsicht unserer Bibliothek fiel uns ein Buch aus der BRD des Jahres 1965 in die Hände: »Das Wunder drüben sind die Frauen«². »Drüben« – das war die DDR, das »Wunder« waren also auch wir gewesen. Zwei Journalisten der Frauenzeitschrift *Constanze* hatten DDR-Frauen interviewt und schon damals einen erheblichen »Modernisierungsvorsprung« entdeckt, besonders, was das Ausbrechen der Frauen aus der ihnen traditionell zugewiesenen »privaten« und ihr Eindringen in die so genannte »öffentliche« Sphäre betraf – in Berufsarbeit und teilweise sogar in verantwortliche Positionen, z. B. in die Position eines Bürgermeisters. Beinahe noch mehr hatten sie sich gewundert, dass Männer dieses Vordringen zu akzeptieren schienen. Die beiden Journalisten hatten gestaunt, berichtet und kommentiert: »Widersprüche! Widersprüche!«

In diesem Buch sahen wir nun unser eigenes damaliges, damals normales Alltagsleben – aber verfremdet, auffällig gemacht, quasi eingeordnet in die deutsche Geschichte der Frauenemanzipation. Bei unseren weiteren Recherchen ging es uns wie 1965 den beiden Journalisten. Wir entdeckten Widersprüche! Widersprüche! Aber mit unserem mittlerweile feministisch geschärften Blick stellten wir fest, dass es vornehmlich Widersprüche zwischen politisch gewollter Emanzipation und politisch gewolltem (?) sozialistischem Patriarchat waren.

Außerdem stellten wir fest, dass die sechziger Jahre – und besonders 1965 – entscheidend für die Emanzipation der Frauen in der DDR in Politik, Praxis und Theorie waren. Das war genau ein Jahrzehnt vor dem von der UNO beschlossenen Internationalen Jahr der Frau 1975.

Die Frauenfrage war Mitte der sechziger Jahre natürlich nicht »gelöst«, obwohl das gelegentlich von offizieller Seite behauptet wurde, eine problematische Einschätzung, weil sie, wann auch immer sie getroffen wird, dazu verleitet, alle aus den gegebenen Ge-

Renate Ullrich – Jg. 1938. Theaterwissenschaftlerin. Seit 1990 Mitarbeit am Institut für Sozialdatenanalyse Berlin (isda) e.V., Schwerpunkt: Frauen, Bildung, Kultur.

1 Ursula Schröter, Renate Ullrich: Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Berlin 2004.

2 Werner Commandeur, Alfred Sterzel: Das Wunder drüben sind die Frauen. Begegnungen zwischen Dresden und Rügen, Bergisch-Gladbach 1965.

3 1949 hatten nur 5 Prozent aller Arbeiterinnen eine Berufsausbildung und der Frauenanteil an Hochschulen und Universitäten lag unter 20 Prozent. Das änderte sich in den sechziger Jahren grundlegend, so

schlechterverhältnissen entstehenden Konflikte aus dem gesellschaftlichen in den privaten Bereich zu schieben, zu privatisieren. Die bisherige Geschichte zeigt aber, dass die Geschlechterproblematik nicht zu lösen, sondern ein fortgesetzter dialektischer Widerspruch ist, der permanent verhandelt werden muss und produktiv, aber auch kontraproduktiv (für jede/n einzelne/n und für die Gesellschaft) gehandelt werden kann – und gehandelt wird.

Aber eines ist dennoch richtig: Die wesentlichen Forderungen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegungen (namentlich die von August Bebel und Clara Zetkin) waren Mitte der sechziger Jahre – zumindest juristisch – erfüllt. In der Verfassung der DDR vom Oktober 1949 hatte es nicht nur geheißen: »Mann und Frau sind gleichberechtigt« (Art. 7, 1), sondern auch: »Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben« (Art.7, 2). Nicht etwa: »...sind aufzuheben«. Auch praktisch war ein gewisses Maß an Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht: das Recht auf gleiche Bildung und Ausbildung, auf Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf Mutterschutz und Kinderbetreuung, auf Gleichstellung ehelich und nicht ehelich geborener Kinder sowie die Rechte, ein eigenes Konto zu eröffnen und/oder einer Berufsarbeit nachzugehen – ohne Zustimmung des Ehemannes.

Das Sozialistische an alledem war, dass die Abschaffung der tradierten Benachteiligung von Frauen und Mädchen ausdrücklich mit der Abschaffung der tradierten Benachteiligung der sozial unterprivilegierten Klassen und Schichten verknüpft wurde.

Die sechziger Jahre selbst haben mehrere wesentliche Fortschritte gebracht³:

- Sie waren das Jahrzehnt der großen Bildungsinitiativen für Frauen (in der alten BRD waren das die 80er Jahre).

- Viele Arbeitsstätten wurden um diese Zeit auch zu »sozialen Orten« (beispielsweise durch die Schaffung von Kindereinrichtungen, Betriebsessen, Verkaufsstellen, medizinischer Versorgung, Freizeit- und Urlaubsangeboten), die den Werktätigen die so genannte »zweite« Schicht erleichtern sollten, allerdings weniger den Männern als vielmehr den Frauen, besonders Müttern. Dahinter steckte das überkommene Konzept der Verantwortung der Frauen für »ihre« bzw. »unser aller« Kinder.⁴

- 1965 lockerte eine Instruktion des Ministeriums für Gesundheitswesen das Abtreibungsverbot. Von da an war auch eine sozialmedizinische Indikation, zusätzlich zur medizinischen und eugenischen, rechtens. Trotzdem war die Geburtenrate nie höher als in diesen Jahren.⁵

- Im gleichen Jahr wurde das »Familiengesetzbuch der DDR«⁶ von der Volkskammer verabschiedet und wenig später in Kraft gesetzt, das auch international große Anerkennung fand. In der Verfassung der DDR von 1949 hatte es zwar geheißen, dass die Gleichberechtigung beeinträchtigende Gesetze und Bestimmungen aufgehoben seien, aber wie wir aus eigener Erfahrung und aus Studien wissen und im zweiten Teil unseres Buches auch ausführlich dargestellt haben, war (ist noch – wieder) gerade in der Familie – in der Verteilung der Hausarbeit und der Kindererziehung – Gleichberechtigung

dass in der DDR-Endzeit in der berufstätigen Bevölkerung keine signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen im formalen Qualifikationsniveau mehr nachgewiesen werden konnten.

4 Ursula Schröter: Patriarchat, 2005, S. 22.

5 Ebenda, S. 22.

6 Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. 12. 1965. GBl. I 1966, Nr. 1, S. 1.

gegen überkommene patriarchale Haltungen schwer durchzusetzen. Diesen Problemen widmete sich das Familiengesetz, an dem seit 1947 gearbeitet und von dem 1954 ein erster Entwurf veröffentlicht worden war. Der Gesetzestext war modern: der juristische Rahmen für die familiäre Entwicklung wurde nicht mehr – wie im bürgerlichen Recht üblich – mit ökonomischen Bedingungen, Besitz, Einkommen, Erbrecht etc. in Zusammenhang gebracht, sondern mit »den Beziehungen gegenseitiger Liebe, Achtung, des gemeinsamen Vertrauens« (aus der Präambel – R. U.). Daraus ergaben sich auch neue Festlegungen für das Scheidungsrecht u. a. m. Modern war auch, dass dieser Gesetzentwurf mehr als sechs Monate lang öffentlich diskutiert wurde, dass die schriftlichen und mündlichen Vorschläge gesammelt, auf ihre Umsetzbarkeit und juristische Formulierbarkeit hin geprüft und gegebenenfalls eingearbeitet wurden. Es war eine langfristige, weitgehend demokratisch durchgeführte und Emanzipation fördernde Maßnahme. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die damalige Justizministerin Hilde Benjamin, die berühmt-berüchtigte »rote Hilde«, es wesentlich initiiert, ausgearbeitet und durchgesetzt hatte. Widersprüche! Widersprüche!

- Im Gegensatz zu diesem Verfahren wurde im Jahr 1972 das Gesetz zur Aufhebung des Abtreibungsverbots⁷ hinter den Kulissen und so eilig zusammengeschustert, dass den Verfasser/innen ein peinlicher Fehler im Titel unterlief: Gesetz über die (wie auch die »Pille« kostenlose) »Unterbrechung (!) der Schwangerschaft«⁸. Dieses Gesetz wurde uns Frauen als Geschenk präsentiert und zwar in unmittelbarer Nähe eines symbolträchtigen Datums, des Internationalen Frauentages. Das Gesetz wurde von der Volkskammer am 9. 3. 1972 angenommen (erstmalig gab es Gegenstimmen). Es war – auch unter dem Aspekt der Kämpfe der Arbeiterbewegung, vor allem der Frauen, in der Weimarer Republik – ein historisch überfälliges Gesetz. Aber es war wahrscheinlich vor allem ein politischer Akt im Kalten Krieg, der den historischen Vorsprung der DDR beweisen und last not least dazu dienen sollte, in der DDR potentiell mögliche politische Aktivitäten von Frauen – unter Bezug auf die Kampagne »Ich habe abgetrieben« der bundesrepublikanischen Zeitschrift »Stern« – zu unterlaufen. Auch dieses Gesetz fand international gewisse Anerkennung. Zahlen über stattgehabte und gewünschte Abtreibungen wurden in der DDR jedoch nie veröffentlicht. Sie hätten als Kritik von Frauen an den sozialpolitischen Maßnahmen interpretiert werden können, die ebenfalls zu Beginn der siebziger Jahre beschlossen wurden.

- In das Jahr 1965 fällt auch die berühmt-berüchtigte 11. Plenartagung des ZK der SED, das so genannte Kahlschlag-Plenum, auf dem neben anderen Kunstwerken fast die ganze Jahresproduktion der DEFA-Spielfilme verboten wurde, darunter mehrere Filme, in denen Frauen die Protagonistinnen waren. Vor allem »Karla«⁹ und »Das Kaninchen bin ich«¹⁰, die beide auf realen Geschichten beruhten. Sie handelten bemerkenswerterweise von Frauen, die zu der ersten Generation gehörten, die durchweg in der DDR sozialisiert wurden und von denen viele aus unterprivilegierten Schichten gekommen waren. Diese sehr jungen Frauen-Figuren meldeten mit einer neuen Art von Selbstbewusstsein ihre eigenen Lebensansprüche an – auch gegen-

7 Damit wurde nicht, wie häufig gesagt wird, der § 218 außer Kraft gesetzt, den gab es längst nicht mehr, sondern der § 11 des Gesetzes vom 27. 9. 1950 über den Mütter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, GBl. Nr. 111, S. 1037.

8 Gesetz vom 9. 3. 1972 über die Unterbrechung der Schwangerschaft, GBl. I, Nr. 5, S. 89.

9 Regie: Hermann Zschoche, Buch: Ulrich Plenzdorf, Hermann Zschoche, Darstellerin der Karla: Jutta Hoffmann; Premiere am 14. 6. 1990 im Berliner Kino »International«.

10 Regie: Kurt Maetzig, Buch: Manfred Bieler, Darstellerin der Maria: Angelika Waller; Premiere am 8. 3. 1990 im »International«.

über denen, die ihnen diese Sozialisation ermöglicht hatten. Sie hatten die Losung, gerade auf sie komme es an (»Auf dich kommt es an, auf uns alle!«), ernst genommen und als Aufforderung verstanden, in einem durchaus produktiv gemeinten Sinne kritisch zu reden und zu handeln. In den Filmen stellten sie Fragen zu den herrschenden Moralnormen in den Geschlechterverhältnissen, vor allem aber stellten sie Fragen zu staatstragenden Institutionen: zum Rechtswesen, zum Bildungswesen, zur Kaderpolitik. Im Verständnis der jungen Schauspielerinnen waren die Filme Beiträge zur Emanzipation ihrer Generation; im Verständnis der Regisseure waren es Diskussionsbeiträge zur Überwindung des Stalinismus; im Verständnis der Partei- und Staatsführung, zu der auch (sehr wenige) Frauen gehörten, waren es fundamentale Angriffe auf die herrschenden Machtverhältnisse. So weit durften Emanzipationsbestrebungen nicht gehen. Die Filme wurden zwar nicht ausdrücklich wegen ihres Frauenbildes verboten, sondern wegen »Kosmopolitismus«, »Pornographie« und vor allem anderen wegen »Zweifel« als sozialismusgefährdender Grundhaltung. Mit den Filmen wurde ein Bild von Frauen verboten, das sie als Staatsbürgerinnen zeigte, die mehr oder weniger bewusst auf die Mitgestaltung der Gesellschaft und damit auf »Demokratie von unten« aus waren.

Die Botschaften dieser Filme kamen damals nicht bei uns »unten« an. Mit dem Verbot wurde verhindert, dass in die öffentliche Diskussion gebracht wurde, was wir damals privat natürlich diskutierten: die Lebensansprüche und auch die vielfältigen Konflikte junger Frauen. In der Filmproduktion folgte bis zum Beginn der siebziger Jahre nichts Adäquates. Dann wurden in Filmen wie »Paul und Paula«, »Der Dritte«, »Geschlossene Gesellschaft« u. a. wieder starke junge Frauen gezeigt, die politischen Akzente aber bereits anders gesetzt. Wie weit wir in den sechziger Jahren schon waren und wie es mit der Emanzipation/Demokratie hätte weitergehen können und müssen, haben viele von uns erst richtig begriffen, als wir nach dem Zusammenbruch der DDR die Gelegenheit hatten, die einst verbotenen Filme zu sehen.

- In die Jahre 1964/65 fällt auch die vergleichsweise späte Institutionalisierung der soziologischen Forschung sowie die vergleichsweise frühe Institutionalisierung der zeitgenössischen und historischen Frauenforschung. Wir haben die so genannten SID-Hefte¹¹ durchgesehen. Sie repräsentierten das, was heute als der Mainstream der soziologischen Forschung bezeichnet würde. Forschungsschwerpunkte lagen auf: Annäherung der Klassen und Schichten, Betriebssoziologie, Erhöhung des Kulturniveaus der Arbeiterklasse u. ä. Soziale Probleme der Frauen sowie sichtbare und notwendige Veränderungen der Geschlechterverhältnisse wurden marginalisiert. In diesen Zusammenhängen wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, dass Frauen wie Männer »Staatsbürger«, »Werk tätige«, »sozialistische Persönlichkeiten«, »Individuen«, »Mitglieder von Kollektiven« waren und zu den »Massen«, »Klassen«, »Schichten«, »sozialen Gruppen«, »Kollektiven« gehörten. Damit wurden die Geschlechter schon sprachlich zum Verschwinden gebracht. Das änderte sich auch nicht ab Ende der siebziger/ Anfang der achtziger Jahre, als Soziolog/innen angesichts der unzureichenden Produkti-

11 SID = Soziologische Informationen und Dokumentationen, hg. vom Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung der DDR, der an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED angesiedelt war.

vitätsentwicklung in der DDR die Theorie entwickelten, die konkreten Formen der sozialen Annäherung trügen zur Nivellierung der Interessen/Bedürfnisse und zur niedrigen Arbeitsproduktivität in der DDR bei, und als geschlussfolgert wurde, soziale Unterschiede in einer zu definierenden Qualität könnten belebend wirken. Dabei war stets die Rede von sozialen Differenzen zwischen Schichten und Gruppen, aber nie von sozialen Differenzen zwischen den Geschlechtern. Uns scheint das ein weiterer praktischer Beweis für die Unter- bzw. Nachordnung der Geschlechter- unter die Klassenfrage zu sein. Tatsächlich, so der damalige Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates für Soziologie, Rudi Weidig, sei diese Marginalisierung bewusst geschehen – allerdings nicht aus einer Unterschätzung der Frauenfrage, sondern aus Gründen wissenschaftlicher Arbeitsteilung.

- Denn es gab durchaus Frauenforschung – sowohl offizielle und institutionalisierte als auch zeitgenössische und historische. Der Wissenschaftliche Beirat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft« war im September 1964 – noch vor dem Wissenschaftlichen Rat für Soziologie – auf Initiative der Frauenkommission beim ZK der SED gegründet worden. Dieses Datum sollte in der deutschen Frauengeschichtsschreibung nicht unterschlagen werden. In den anderen sozialistischen Ländern und den kapitalistischen Ländern Europas gab es damals noch keine organisierte und institutionalisierte Frauenforschung. In den nordischen Ländern entstand sie etwa um diese Zeit. Der Wissenschaftliche Beirat hatte den Auftrag erhalten, zu erforschen: Wie ist gegenwärtig die reale Lage der Frauen und Mädchen? Und wie soll es weitergehen mit der Emanzipation? Der Begriff »Frauenforschung« wurde in der DDR allerdings bis in die siebziger Jahre hinein nicht benutzt – mit der ausdrücklichen Begründung, in der DDR gebe es keine Frauenfrage, sie sei Teil der Klassenfrage.

Dieser Beirat wurde beim Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR persönlich angesiedelt. Auf diese hohe Anbindung hatte Lotte Ulbricht als Mitglied der Frauenkommission gedrängt, wohl weil sie aus langer politischer Erfahrung wusste, wie oft – auch in der Arbeiterbewegung – Frauenfragen hinter andere, »wichtigere« politische Probleme zurückgestellt wurden. Wir haben die wegen ihres Einbands so genannten »grünen Hefte«¹² durchgesehen, in denen der Beirat seine Arbeitsergebnisse regelmäßig veröffentlichte (bis 1990), die aber nur an Insider/innen verteilt werden durften und weder käuflich zu erwerben noch öffentlich zugänglich waren, obwohl sie keine Staatsgeheimnisse enthielten. Chefredakteurin der »grünen Hefte« war Herta Kuhrig.

Die Frauenforschung wurde früh gegründet und hoch angebunden. Sie war lange dem Ministerrat der DDR unterstellt und hatte zeitweise sogar das Recht und die Pflicht, vor der Staatlichen Plankommission zu berichten. Aber – Widersprüche! Widersprüche! – sie wurde in signifikantem Unterschied zur sozialwissenschaftlichen Mainstream-Forschung personell und materiell schwach ausgestattet. Und es gelang bis zum Ende der DDR weder, sie als selbständige wissenschaftliche Disziplin an Universitäten und Hochschulen zu installieren, noch sie dort in alle Wissenschaftszweige als Querschnittsproblematik einzuführen. Frauenforschung wurde strukturell lange in einer Art Außenseiterposition gehalten, nutzte aber alle möglichen Gele-

12 INFORMATIONEN des wissenschaftlichen Beirats »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft«, Eigenverlag Berlin, genehmigt unter NR. A 2017/66 des Ministeriums für Kultur, Sektor nichtlizenzpflichtige Druckerzeugnisse, verantwortlich für den Inhalt: Dr. Herta Kuhrig.

genheiten, ihre Existenz nachzuweisen und ihre Notwendigkeit anzumelden (beispielsweise: Soziologiekongresse, Studium, gesellschaftswissenschaftliche Aus- und Weiterbildung von Funktionär/innen). Erst als die demografischen Probleme offensichtlich wurden, entstanden an der AdW Forschungsgruppen, die sich vor allem mit der Wirkung der sozialpolitischen Maßnahmen auf die Erhöhung der Geburtenzahlen befassen sollten.

Für Historiker/innen sind die »grünen Hefte« eine Fundgrube. Sie widerspiegeln den Fakt, dass es Mitte der sechziger Jahre theoretische Ansätze gab, die zu einem linken, sozialistischen und kritischen Feminismus hätten führen können. Der erste Jahrgang ist voll von Analysen zum Stand und zu Konzepten für Frauen-, Geschlechter- und Familienforschung. Diese vergleichsweise radikalen Denkansätze wurden – im Unterschied zu den genannten DEFA-Filmen – nicht verboten, wohl aber weggebrochen und zwar unter anderem durch Veränderungen von Verantwortlichkeiten. Die Forschung wurde Forschungszentren von Großbetrieben mit großem Frauenanteil überantwortet. Der Beirat erhoffte sich auf diese Weise größere Wirksamkeit in der gesellschaftlichen Praxis. Doch die Großbetriebe waren dann sehr wohl an Untersuchungen zur Situation, Problemen und Perspektive ihrer weiblichen Arbeitskräfte interessiert, aber naturgemäß nicht an Grundlagenforschung zu Geschlechterverhältnissen im sozialstrukturellen Gefüge der DDR.

Über Jahre basierte Frauenforschung wesentlich auf der Ermunterungs-, Jäger- und Sammlertätigkeit der Chefredakteurin. Möglicherweise sind gerade dadurch die »grünen Hefte« auf bemerkenswerte Weise multidisziplinär. Es gibt Untersuchungen zum Stand von Gesundheit, Bildung, Ausbildung, Studium, Arbeit, Arbeitsbedingungen, Zeitbudget, Auswirkungen von Berufsarbeit auf Kindererziehung etc., über Arbeiterinnen, Intellektuelle, Frauen in Organisationen, Gewerkschaften, Leitungsfunktionen.

Angesichts der Fülle des Materials haben wir in unserem Buch den Schwerpunkt auf die Untersuchung dessen gelegt, was in der DDR über die letzten 25 Jahre hinweg zu Haus- und Familienarbeit geforscht, diskutiert und vorgeschlagen wurde. Arbeit, die nicht bezahlt wurde (und wird), die aber als reproduktive Tätigkeit wesentlich (wenn auch meist ungesehen und ungewürdigt) zur Schaffung von gesellschaftlichen Werten beiträgt. Wie nicht anders zu erwarten, zeigten vor allem die Zeitbudgetuntersuchungen eine weit höhere Belastung der Frauen, mit einigen Umverteilungstendenzen im Lauf der Jahre, aber auch Stagnationen sowie Rückschritte zu tradierten Geschlechterrollen im Zusammenhang mit den sozialpolitischen Maßnahmen, die den Müttern, nicht den Vätern (!), mehr Zeit für die Kindererziehung einräumten.

- 1966, also international gesehen ebenfalls vergleichsweise früh, wurde an der Pädagogischen Hochschule Clara Zetkin in Leipzig die Forschungsgemeinschaft für proletarische Frauengeschichte gegründet, die den Namen »Die Befreiung der Frau durch die Arbeiterklasse« trug. Wir haben (noch) nicht herausgefunden, wer sich diesen problematischen Namen ausgedacht hat. Auf jeden Fall setzt er eine hierarchische Geschichtsauffassung vor die wissenschaftlichen Untersuchungen. Nicht nur, dass durch die Formulierung »die Frau« Frauen

ihrer Vielfalt, ihrer unterschiedlichen Interessen, ihrer Differenzen bebraut werden. Sprachlich wird eine soziale Klasse zum historischen Subjekt erhoben, das weibliche Geschlecht, ergo die Hälfte der Bevölkerung, zum Objekt degradiert. In den Mitteilungsblättern, die ab 1970 (bis nach der Wende) von der Forschungsgemeinschaft herausgegeben wurden, wurde allerdings nur in einigen Beiträgen diese apologetische Geschichtsauffassung vertreten. Am interessantesten sind die Forschungen zu emanzipatorischen Initiativen von Frauen, besonders Arbeiterinnen, im Raum Leipzig: detaillierte Untersuchungen zu den Dienstmädchenvereinigungen und ihren sozialpolitischen Forderungen, zu Frauen in Fabriken, zu Frauenstreiks, zum § 218, zu Haltungen der KPD und der SPD gegenüber den Frauen etc.

Die Entstehungsgeschichte dieser Forschungsgemeinschaft zeigt Einstellungen von Historiker/innen zur Frauenforschung in der Mitte der sechziger Jahre. Auf der Suche nach einem eigenen historischen Forschungsfeld nahm eine Delegation des damaligen Pädagogischen Instituts Leipzig an einer Tagung der Akademie der Wissenschaften in Berlin teil. Ihnen wurde vorgeschlagen, »das bis dahin noch von keiner Seite bearbeitete Thema ›Geschichte der proletarischen Frauenbewegung‹ zu übernehmen«. Das Thema, so erzählte der langjährige Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft Joachim Müller später, »entsprach weder unseren Vorstellungen noch unserem Geschmack«. Die Leipziger dachten mehr »an eine Untersuchung von Biographien einzelner Reichskanzler und anderen Repräsentanten der Weimarer Republik«. Sie hofften »der Kelch werde noch an uns vorübergehen. Aber Prof. – Dr. Hartke (...) nahm diese (...) Bemerkung in seinem Schlusswort auf und begrüßte die kleine Abteilung marxistischer Historiker, die sich nun anschickte, sich in ein Thema einzuarbeiten, zu dem die Liebe erst entdeckt werden musste.«¹³

Wie schnell sie nach dieser Überrumpelung begriffen, dass es sich um ein notwendiges Forschungsfeld handelte, machen folgende Sätze von Joachim Müller aus dem März 1967 deutlich: »Unsere Lehrbücher zeigen, dass unser Geschichtsbild nichts gemein hat mit der berüchtigten These der Vertreter der sogenannten kleindeutschen Schule der bürgerlichen Historiographie, Treitschke: Männer machen Geschichte. Dennoch gewinnt man den Eindruck, dass Männer die Geschichte gemacht haben und machen. Wir meinen, dass die Lehrprogramme, die Lehrbücher, Materialien der verschiedensten Art nicht nur die Fragen eines lesenden Arbeiters, sondern auch die Fragen einer lesenden Arbeiterin bedenken und beantworten sollten«¹⁴

Dass das bis zum Zusammenbruch der DDR ebenso wenig gelang wie die Installierung der Frauenforschung als universitäre Disziplin, zeigt eine »Erklärung« des Forschungszentrums von 1989/90. Darin heißt es: »Wir fordern die Überarbeitung der Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen im Fach Geschichte unter frauengeschichtlichem Aspekt.« Unterschrift: Forschungszentrum »Frauen in der Geschichte« an der Pädagogischen Hochschule ›Clara Zetkin‹ Leipzig.¹⁵

Nicht nur die Geschichte der Frauen, auch die Geschichte der DDR-Frauenforschung ist also eine Geschichte im Spannungsfeld zwischen Emanzipation und Patriarchat.

13 Siehe dazu A. Grandke: Frau und Wissenschaft, Berlin 1968, S. 103; Mitteilungsblätter 1981, H. 1.

14 Ebenda, S. 50.

15 Ebenda, S. 52 f.

GISELA NOTZ

Gegenkultur und Autonomie

Gegenkulturen und Alternativbewegungen gab es, solange es die kapitalistische Wirtschaft gibt und schon früher, man denke an die Frühsozialisten, es wird sie auch weiter geben. Auch der Vorwurf, dass sie mit ihren politischen Ideen und Idealen gescheitert sind und eigentlich nichts bewirkt haben oder vom kapitalistischen System vereinnahmt werden, ist alt. Dennoch gibt es Alternativprojekte, die bereits seit Jahrzehnten bestehen und »funktionieren«.

»Alternativökonomie« markiert einen Übergangsbereich zwischen der marktzentrierten kapitalistischen Wirtschaft, dem öffentlichen Sektor und der informellen Ökonomie. In diesem Grenzbereich haben wir es mit höchst unterschiedlichen Strukturen zu tun. Um eine Verständigungsbasis herzustellen, soll hier eine kurze Erklärung der wichtigsten Begriffe vorgenommen werden.¹ *Alternativbetriebe* sind danach Betriebe, in denen die Mitglieder selbst verwaltet und in kollektiven, nicht hierarchischen Strukturen unter selbst bestimmten Normen Tätigkeiten verrichten, die der Erstellung von Produkten oder Dienstleistungen dienen. Idealtypisch gibt es kein privates Eigentum, Betriebsvermögen und Betriebsertrag sind neutralisiert, d. h. der persönlichen Verfügbarkeit entzogen. *Selbstverwaltung* heißt, dass die Menschen die Lösung der Probleme in ihrem Arbeitsprozess selbst in die Hand nehmen. Das heißt nicht je individuell, sondern als kollektiver politischer und sozialökonomischer (Lern)Prozess einer überschaubaren Menge von Menschen. *Genossenschaften* sind Betriebe und Dienstleistungsunternehmungen, in denen die GenossInnen als Eigentümer gemeinsam die wichtigsten betriebsinternen sowie produktorientierten Entscheidungen treffen. Während bei Produktionsgenossenschaften im Wesentlichen die im Betrieb Beschäftigten mit den GenossInnen identisch sind, sind bei den absatzorientierten Konsumgenossenschaften die entscheidenden Mitglieder die Konsumenten oder Nutznießer der Produkte. Unter *Kommunen* werden freiwillige Zusammenschlüsse von Menschen verstanden, die auf Grundlage gemeinsamer Überzeugungen ihr Zusammenleben radikaldemokratisch organisieren. D. h. alle Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten, das betrifft sowohl das gemeinsame selbst verwaltete Arbeiten, wie auch die gemeinsame Alltagsgestaltung.

Die Ursache für die Gründung von Gegenkulturen und für Überlegungen mit veränderten betrieblichen Beteiligungsformen ist sowohl in der Frustration über die fremdbestimmte, partialisierte, hierarchisch organisierte Arbeit in Industrie und Verwaltung zu finden, als auch in der Erkenntnis über die Konflikte, die sich aus der psychischen, physi-

Gisela Notz – Jg. 1942, Dr. phil., Sozialwissenschaftlerin, Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt-, Sozialpolitik- und Familienforschung, Alternative Ökonomie, Historische Frauenforschung.

1 Gisela Notz, Klaus-Dieter Heß, Ulrich Buchholz, Theo Bühler (Hrsg.): *Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung?* Köln 1991, S. 21-22.

schen, sozialen und ökologischen Zerstörung der Lebensgrundlage der Menschen, besonders durch die großen Kapitalkonzentrationen ergeben. Angesichts zunehmender Globalisierung verlieren immer mehr Menschen den Glauben an alte Problemlösungen, neue scheinen auf breiter Ebene nicht in Sicht. Prekarisierung, Entgrenzung von Arbeit und Leben, projektförmige Arbeit, Arbeitskraftunternehmer und andere Modernisierungs- und Flexibilisierungsstrategien in kapitalistisch organisierten Betrieben, neue Selbstständige im Kulturbereich rechne ich nicht unbesehen zu den Gegenbewegungen.

Alternativökonomie als Gegenferment zur Erwerbslosigkeit?

Mit zunehmender Erwerbslosigkeit bildeten auch Initiativen aus Arbeitslosenselbsthilfegruppen selbstverwaltete Betriebe und andere alternative Arbeitsformen. Das ist im Sinne der Förderung von Selbsthilfe als Empowerment sicher zu unterstützen. Die Glorifizierung der alternativen Ökonomie als Gegenferment für Erwerbslosigkeit, wie sie von vornehmlich TheoretikerInnen der lokalen Ökonomie, der Subsistenzproduktion oder der gemeinwesenorientierten Wirtschaft in jüngster Zeit deklamiert wird, muss hingegen äußerst kritisch betrachtet werden. Wo die Arbeitsmarktpolitik versagt hat und auch Arbeitsförderbetriebe, soziale Betriebe oder vergleichbare Modelle nicht geschafft haben, Erwerbslose in großer Zahl zu integrieren, kann auch die alternative Wirtschaft nicht als Allheilmittel wirken. Diesen Anspruch hatten und haben die meisten AktivistInnen auch gar nicht. Die Ansprüche selbst verwalteter Betriebe sind ganz und gar ungeeignet für eine willkommene Förderung unzumutbarer prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich. Das gilt auch dann, wenn Sozial- und Produktivgenossenschaften in der bundesdeutschen Debatte über die Perspektiven aktiver Arbeitsmarktpolitik als Heilsbringer eine Rolle spielen sollen. Das heißt nicht, dass kollektive Zusammenschlüsse und soziale Innovationen nicht gefördert werden sollen. Die Förderung und Unterstützung kollektiver Zusammenschlüsse und sozialer Innovationen ist wesentlich sinnvoller als die Förderung von ICH-AGs und Selbst GmbHs. Es darf jedoch nicht suggeriert werden, dass die Gründung von »neuen Genossenschaften« als Hilfe zur Selbsthilfe sozialstaatliches Handeln ersetzen kann. Für fast vier Millionen Erwerbslose in der Bundesrepublik Deutschland sind andere Maßnahmen notwendig.

Neue Beteiligungsformen

In den 70er Jahren sind viele Alternativbetriebe oder selbst verwaltete Unternehmungen aus politischem Anspruch in engem Zusammenhang mit der StudentInnen-, Ökologie- und Frauenbewegung entstanden, mit der Zielsetzung der Schaffung demokratischer Betriebsorganisationen, humaner Arbeitsprozesse und einer ökologisch verträglichen, gesellschaftlich nützlichen Produktion. Zum Teil bestehen sie noch heute. Meist haben sie den Anspruch, in kollektiven, nicht hierarchischen, nicht patriarchalen Strukturen ebenbürtig unter Normen zu arbeiten und zu leben, die sie sich selbst gegeben haben. Die Beteiligungsformen, die in Alternativökonomie, selbst verwalteten Betrieben oder Kommunebetrieben praktiziert werden, sind mehr als Mitbestimmung und auch mehr als Demokratie am Arbeitsplatz.

Die meisten alternativen Betriebsformen praktizieren neue Möglichkeiten der Partizipation bis hin zu Experimenten mit weitgehend selbst bestimmten Arbeitsformen. Sie sind Ansätze radikaler Kritik an der abhängigen Erwerbsarbeit, eine gleichzeitige Kritik an der Kleinfamilie üben eigentlich lediglich die kommunitären Arbeits- und Lebensformen. Aber auch in den anderen Betrieben sind Mitarbeitende und EigentümerInnen meist identisch und alle Kollektivmitglieder haben im Idealfall ein gleiches Entscheidungsrecht in betrieblichen Belangen. Als Gruppe haben sie den Vorteil, dass sie sich die Menschen, mit denen sie arbeiten wollen und von denen sie freilich auch abhängig sind, selbst aussuchen. Viele haben ein kritisches Verhältnis zu Autoritäten, Propheten und Gurus jeglicher Art. Freilich gibt und gab es im Zuge der postmodernen Vielfalt auch spirituelle und andere rückwärtsgewandte Projekte.

Die Schätzungen über das Ausmaß der alternativen Betriebe der 70er und 80er Jahre reichen von 3 000 bis 12 000 Betrieben und von 25 000 bis zu 100 000 Personen, die in der BRD dort beschäftigt sind. Die Zahlen sind deshalb so unterschiedlich, weil Unterschiedliches unter dem Begriff »Alternativökonomie« subsumiert wird. Die ersten selbst verwalteten Betriebe waren Druckereien, Verlage und Buchläden. Es folgten ökologische und energiepolitische Aktivitäten, selbst verwaltete Produktions- und Handelsbetriebe z. B. für Naturkost und Naturtextilien. Viele nahmen sich umweltschonender und energiesparender Techniken an. Auch soziale und kulturelle Projekte wählten selbst verwaltete Betriebsformen. Berührungspunkte mit den Gewerkschaften bildeten Erfahrungen mit (versuchten) Betriebsübernahmen durch die Belegschaft² und mit Initiativen »Alternativer Produktion« oder Produktkonversion³. Im Rahmen dieser Aktivitäten zielten Belegschaften auf eine größere Einflussnahme auf die Unternehmenspolitik bis hin zur Selbstbestimmung und sinnvolle, ökologisch verträgliche und auf friedliche Zwecke gerichtete Produktion.

Vielfach wurde bereits problematisiert, dass auch in Alternativbetrieben oft traditionelle geschlechterhierarchische Arbeitsverteilungen erhalten bleiben. Die Entstehung der selbstverwalteten Wirtschaft schloss politische Forderungen der Frauen mit ein; zentrales Thema waren sie jedoch nicht.⁴ Dennoch finden sich Alternativbetriebe, in denen Frauen »typische Männerarbeiten« übernehmen und Männer sich an den Reproduktionsarbeiten gleichermaßen beteiligen, wie Frauen.

Dass sich die Formen des Zusammenlebens in den letzten Jahren über den Bereich der traditionellen Kleinfamilie hinaus pluralisiert haben,⁵ ist sicher ein Verdienst der Gegenkulturen und nicht als »Krise der Familie« zu bezeichnen.

Selbstausbeutung oder Fremdausbeutung?

Immer wieder problematisiert, besonders durch gewerkschaftlich organisierte Individuen, wird die »Selbstausbeutung« durch niedrige Entlohnung und lange Arbeitszeiten, verbunden mit mangelhafter sozialer Absicherung. Über kurz oder lang stellen sich tief greifende Widersprüche in ausnahmslos jedem alternativen Projekt ein, die den Kollektivzusammenhang in eine Existenz bedrohende Zerreißprobe zwischen Marktmechanismen einerseits und Emanzipationsan-

2 Rainer Duhm: Manege oder Parkett? – Die Rolle deutscher Gewerkschaften bei Betriebsübernahmen, in: ebenda, S. 73-86.

3 Vgl. Ulrich Briefs (Hg.): Anders produzieren – anders arbeiten – anders leben, Köln 1986; auch Mike Cooley: Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod – Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace, Reinbeck 1982.

4 Siehe Gisela Notz u. a., 1991, S. 188-215; vgl. Martine Racki (Hg.): Frauen(t)raum im Männerraum. Selbstverwaltung aus Frauensicht, München 1988.

5 Vgl. Gisela Notz: Familien. Lebensformen zwischen Tradition und Utopie, Neu Ulm 2003.

6 Gisela Notz: »Ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt«. Das Demokratiepotenzial von Alternativökonomie, selbstverwalteten Betrieben und kommunitären Lebens- und Arbeitsformen – ein Positionsbeitrag, in: Wolfgang G. Weber, Pier-Paolo Pasqualoni, Christian Burtscher (Hg.): *Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung*, Göttingen 2004, S. 268 f.

7 Vgl. Anneliese Braun: *Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit?* Berlin 1998.

8 Vgl. Frank Heider, Beate Hock, Hans-Werner Seitz: *Kontinuität oder Transformation? Zur Entwicklung selbstverwalteter Betriebe. Eine empirische Studie*, Giessen 1997.

9 Gisela Notz u. a., 1991, S. 14.

sprüchen andererseits führen.⁶ Die Selbstausbeutung der Ware Arbeitskraft ist ein strukturelles ökonomisches Prinzip, demzufolge die Mehrwertschöpfung eine besonders große Rolle einnimmt. Auch Betriebe der Alternativökonomie müssen auf dem »freien Markt« konkurrenzfähig sein. So hängen – wie im richtigen Leben auch – Erfolg oder Misserfolg der Betriebe von der jeweiligen Marktsituation ab. Von den Kunden werden sie bei Auftragsvergabe an den kapitalistischen Unternehmen gemessen. Menschen, die in Alternativbetrieben arbeiten, sind oft, wie andere ArbeitnehmerInnen Individuen, die um ihre Existenz kämpfen müssen und die in den wenigsten Fällen größere Produktionsmittel besitzen. Wenn das der Fall ist, haben sie gemeinsam Anteil daran. Oft wird die »Selbstausbeutung der Ware Arbeitskraft« bis an deren physische Grenzen getrieben. Dennoch finden sich in der jüngeren Generation der AktivistInnen heute Menschen, die das Leben in einem »normalen Betrieb« gar nicht kennen lernen wollen und auch nicht kennen gelernt haben. Sie wurden in selbst verwalteten oder genossenschaftlich organisierten Betrieben ausgebildet und haben immer dort gearbeitet. Freilich gilt auch in solchen Betrieben oft der harte Kampf ums Dasein und nicht selten führt das zu Ausgrenzungen. Bezeichnend ist, dass dennoch die »Selbstausbeutung« in alternativen Betrieben offenbar kritischer gesehen wird, als die der Fremdausbeutung in kapitalistisch organisierten Betrieben. Die hohe Identifikation der Beschäftigten mit ihren Betrieben, die hinter dieser »Selbstausbeutung« vermutet wird, mag andererseits einer der Gründe sein, die »normale« Unternehmer nach solchen Konzepten schielen lassen, die ihnen mehr Motivation und Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter versprechen. Trotz der andiskutierten Schwierigkeiten könnten die Erfahrungen einer demokratischen Betriebs- und Arbeitsorganisation für die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik genutzt werden. Wenn das gelänge, würde auch der Vorwurf, dass es sich bei den alternativen Unternehmungen oder gar der gesamten alternativen Ökonomie um nichts weiter als um Nischen oder Rückzugsräume für Dissidenten handele⁷, entkräftet werden.

Nach einer Studie, die 1997 in Hessen durchgeführt worden ist, ist es den meisten der 200 untersuchten selbst verwalteten Betriebe in den letzten zehn Jahren gelungen, effiziente und tragfähige Betriebsstrukturen in der Form professionell betriebener Kleinbetriebe herauszubilden und zu stabilisieren.⁸ Rund die Hälfte hatte sich Transformationsprozessen unterzogen und die kollektiven Strukturen aufgegeben. Kapitalmangel waren die am häufigsten angegebenen Gründe. Die Studie ergab auch, dass sich die Betriebe dort stabil entwickeln, wo politische Bindungen bestehen. Die Motivation, eigenverantwortlich die gemeinsam getroffenen Entscheidungen umzusetzen, war in *allen* in die Untersuchung einbezogenen Betrieben deutlich höher als in normalen Kleinbetrieben.

Wir haben bereits in unserem Buch über Selbstverwaltung in der Wirtschaft 1991 festgestellt, dass etliche, die einst Geborgenheit in der Gruppe fanden, ihre Identität als ManagerInnen von Tagungshäusern und Alternativprojekten finden.⁹ Sibylle Plogstedt stellt in einer neueren Studie über Frauenbetriebe fest, dass die Bezeichnung Kollektiv in den neuen Bundesländern aufgrund der DDR-Geschichte abgelehnt

wird und auch im Westen die Kollektivstruktur obsolet wurde, weil in einer Vielzahl von Projekten, GeschäftsführerInnen die Leitung übernahmen. Sie stellt aber auch fest, dass für diejenigen, die sich für Einzelunternehmen entschieden, das Lernen im Kollektiv ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Selbstständigkeit war. Den Rückgang der Frauenprojektebewegung führt sie freilich auch auf den mangelnden Zusammenhalt der feministischen Frauenbewegung zurück.¹⁰

Kommunen als Fenster in eine herrschaftsfreie Welt

Als Beispiel für gelebte Gegengesellschaften können die Kommunen als Experimente für neue Lebens- und Arbeitsformen betrachtet werden.¹¹ Kommunen sind das wohl radikalste Demokratiemodell innerhalb der alternativen Ökonomie. Ihnen geht es nicht nur um das gemeinsame andere Wirtschaften. Sie stellen die Partialisierung in »Leben« und »Arbeiten« oder in »Produktion« und »Reproduktion« zur Disposition und versuchen, in ihrer Alltagspraxis beides zusammenzubringen. Das unterscheidet sie von selbst verwalteten Betrieben. Sie üben Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem *und* Kritik an der bürgerlichen Kleinfamilie als Organisationsstruktur für Reproduktionsarbeiten.¹² Dadurch gehen auch Arbeitszeit und Freizeit ineinander über. Das wird durchaus nicht durch alle Mitglieder positiv bewertet, denn die Freizeit verliert so auch ihren Kompensationscharakter gegenüber der Erwerbsarbeit.¹³

Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit betraf immer nur einen kleinen Teil der Frauenbewegung. Der größere Teil wollte weder die Sklaverei am Fließband, noch die am Spülbecken, noch die Ausbeutung von Dienstbotinnen (meist aus fernen Ländern). Ihnen ging es um eine andere, kollektive Organisation der Hausarbeit. In den meisten Kommunen wird Hausarbeit ein kollektiv organisierter Arbeitsbereich, wie andere Arbeitsbereiche auch. Man kann also von der Abschaffung der isolierten Hausarbeit, wie sie in den kleinen Küchen der kleinen Familien stattfindet, sprechen.

Es geht den Lebens- und Arbeitsgemeinschaften darum, solidarisch und ganzheitlich zu leben und zu arbeiten, nach eigenen Regelungen und Absprachen.¹⁴ Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit den Schäden der modernen Zivilisation, damit sind Schäden gemeint, die die Umwelt, aber auch solche, die die zwischenmenschlichen Beziehungen betreffen. KommunardInnen wollen das Verlangen nach einem würdevollen Leben, nach demokratischen Arbeitsstrukturen, nach ebenbürtigen Geschlechterverhältnissen ohne geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und nach freier Ordnung, die sie in der kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft nicht finden können, im Hier und Jetzt verwirklichen. Das schließt nicht aus, dass sie ebenso gesellschaftliche Strukturen wie Familie und Kapitalverhältnisse hinterfragen.

Die meisten wollen sich möglichst weit lösen von den Prinzipien der neoliberalen marktwirtschaftlichen Ordnung und den damit verbundenen Warenbeziehungen. Daher betreiben sie einen Teil Selbstversorgung und auch der Tauschhandel mit bestehenden Gruppen floriert. Auch wenn sie »für den Markt« arbeiten müssen, was ihnen von anderen Alternativen immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, kau-

10 Sibylle Plogstedt: Frauenbetriebe: Vom Kollektiv zur Einzelunternehmerin, Königstein 2006, S. 221 f.

11 Vgl. Dieter Bensmann: Gemeinsame Ökonomie, in: Das Kommunebuch, Göttingen 1996, S. 196-230; siehe Gisela Notz: Kann »gemeinwesenorientierte Arbeit« einen Beitrag für eine ebenbürtige Neuverteilung von Arbeit leisten? in: Katrin Andruschow (Hg.): Ganze Arbeit, Feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie, Berlin 2001, S. 135 ff.

12 Vgl. Kommune Niederkauungen: In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod! »Grundsatzpapier«, Hamburg 1983.

13 Gisela Notz: Die neuen Freiwilligen, Neu-Ulm 1999, S. 129 ff.

14 »Ganzheitliche Arbeitsvollzüge« heißt, ihre Tätigkeiten umfassen Planung, Ausführung und Kontrolle des Produktionsprozesses.

15 Vgl. Benschmann, 1996, S. 196 ff.

fen die KommunardInnen für ihre Kommunebetriebe keine Arbeitskraft von anderen, wie es »normale« Unternehmer oder besser verdienende Familien tun. Sie vermarkten nur die eigene Arbeitskraft für Produkte, die direkt an die EndabnehmerInnen gehen. Alle Produktionsmittel gehören ihnen gemeinsam. Aus diesen kollektiven Besitzstrukturen ergeben sich auch kollektive Entscheidungsstrukturen. Darin liegt das Demokratiepotezial.¹⁵ Freilich bringt das Kommunaleben, wie andere Lebensformen auch, Probleme mit sich. Möglicherweise potenzieren sie sich durch die Zahl der Beteiligten, aber die Lösungsmöglichkeiten potenzieren sich auch. Marcuse bezeichnete Kommunen als Inseln der Zukunft, als Testboden humaner Beziehungen zwischen Menschen. Die Kommune Niederkaufungen, die kürzlich ihr 25jähriges Bestehen feierte, gilt heute als »Vorzeigekommune« auch bei Tagungen, Fernseh- und Rundfunksendungen. Hervorgehoben wird ihre hervorragende Integration in nachbarschaftliche Verhältnisse. Das hat den Bekanntheitsgrad von Kommunen erhöht, aber auch die Möglichkeit ihrer Vereinnahmung als Beispiel für bürgerschaftlich Engagierte.

Perspektiven für die Zukunft

Immer wieder gab und gibt es Alternativbewegungen. Im Grunde genommen gilt für alle, was Karl Marx in den ökonomischen Manuskripten aus dem Jahre 1844 sagt: »Es versteht sich, daß die Aufhebung der Entfremdung immer von der Form der Entfremdung aus geschieht, welche die herrschende Macht ist.«¹⁶ D. h. wenn die bürgerliche Gesellschaft aus dem Wert- und Kapitalbegriff begriffen werden soll, muss auch die Entwicklung der Kritik an dieser Gesellschaft mit dem Wert- und Kapitalbegriff in Zusammenhang gebracht werden. Rolf Schwendter denkt in diese Richtung, wenn er für Subkulturen – darunter können alternative Betriebe und Kommunen subsumiert werden – konstatiert: »Die Subkulturen entwickeln ihre aus der Negation der Normen und Institutionen der Gesamtgesellschaft entstammenden Normen und Institutionen zur Aufhebung der gesamtgesellschaftlichen Normen weiter (...). Dieser Prozess wird nicht ohne Widerstände vor sich gehen; inhaltlich hat er die grundsätzliche Veränderung des Bestehenden zum Ziel.«¹⁷ Um einen bestehenden Zustand grundsätzlich zu verändern, sind jedoch neue Ideen, neue Verhaltensweisen, neue Bedürfnisse erforderlich. Aber was sind »neue« Verhaltensweisen und Bedürfnisse? Entstehen sie nicht ebenso aus dem Alten? Die Frage, ob es möglich ist, im Schoße der bestehenden Gesellschaft die Vorstellungen vom »guten Leben« zu entwickeln, oder ob dies unmöglich ist, weil die Gesamtgesellschaft samt ihrer Subkultur vom Warenfetisch durchdrungen ist, sie ist so alt wie die Frage nach dem »guten Leben« selbst.¹⁸ Auch der Vorwurf, dass sich solche Projekte für Reformen statt für die Revolutionierung der Verhältnisse entscheiden hätten, hat einen grauen Bart.

Viele alternativ-ökonomischen Projekte und Kommunen scheitern bereits in der Anfangsphase. Oft, weil die Illusionen, die sie mit dem anderen Leben verbinden, so unermesslich sind, dass sie einfach nicht eingelöst werden können. Oder weil soziale Qualifikationen und Verantwortung, die zur Übernahme kollektiver Entscheidungsstrukturen notwendig sind, innerhalb der herrschenden Sozialisationsinstanzen

16 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte 1844, MEW Bd. 40, S. 552 ff.

17 Rolf Schwendter: Zum Geleit, in: Das Kommunebuch, 1996, S. 292 f.

18 Gisela Notz: Gibt es ein richtiges Leben im falschen? – Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft, in Gisela Notz u.a. 1991, S. 188 ff.

nicht gelernt werden. Mehr Autonomie heißt schließlich nicht nur mehr Selbstbestimmung, sondern auch mehr Selbstverpflichtung. Was dringend notwendig wäre, ist eine Auseinandersetzung mit der breiten Empirie des Scheiterns und der Barrieren, die den Erfolgen im Wege stehen. Daraus könnten die lernen, die nicht alle schon einmal gemachten Fehler selbst wiederholen wollen und auch die, die sich darüber Gedanken machen, wie ein Ausstieg aus oder eine Auflösung von Projekten sozial vertretbar für alle gestaltet werden kann.

Die großen politischen Zielvorstellungen einer Revolutionierung des gesamten Gesellschaftssystems betrafen immer nur einen Teil der ohnehin kleinen Alternativbewegung und sind in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten. Alternativökonomie und Kommunebewegung setzen, wie andere Alternativen auch, auf die Kraft des Experiments und des Vorlebens. Sie sind der Überzeugung, dass es notwendig ist, Macht, Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt in unserer Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, anstatt zu glauben, sie für die eigenen Zwecke gestaltbar und nutzbar machen zu können. An ihrer Existenz kann beispielhaft aufgezeigt werden, dass Möglichkeiten einer anderen, demokratischeren und ebenbürtigen Lebens- und Arbeitswelt nicht nur in den Köpfen und Büchern von Menschen zu finden sind, die sich theoretisch damit auseinandersetzen, sondern dass sie in Ansätzen hier und heute lebbar sind. Vielleicht gelingt es solchen Zusammenschlüssen wirklich, »ihre Anschauungen in neue Kreise zu tragen«¹⁹, wie es Anarchisten für die neu entstehenden Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg erhofft hatten, die die wirtschaftlichen und sozialen Mängel der Gesellschaft erkannt hatten und deren Absicht es war, strukturelle Veränderungen einzuleiten.

Mit zunehmender Globalisierung der warentauschenden Gesellschaft werden Konzepte notwendig, die nicht reduziert bleiben auf die Lenkung kleiner lokaler Betriebe durch die Produzenten selbst oder auf die Existenz eines wie auch immer bezeichneten neuen »alternativen« oder genossenschaftlichen Wirtschaftssektors, der gleichzeitig den Gesetzen der Warengesellschaft unterstellt ist, wenn nicht ein entsprechendes globales, politisches und ökonomisches System angestrebt wird und Handlungsstrategien zu seiner Verwirklichung eingeläutet werden. Was Karl-Heinz Roth 1980 geschrieben hat, gilt selbstverständlich auch heute: »Die Selbstverwirklichung ist ein sozialer Prozess, sie verlangt die soziale Aneignung und Umverteilung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums«. Darauf wollen die jetzt tätigen AkteureInnen freilich nicht warten. Sie haben ein Fenster in eine herrschaftsfreie Welt aufgetan. Sie setzen auf die Kraft des Vorlebens und des Experiments, stellen sich den Herausforderungen der GrenzgängerInnen und versuchen, aus Träumen Leben werden zu lassen. Und das, obwohl heute utopisches Denken nicht gerade hoch im Kurs steht.

Für die Rolle der Wissenschaftler im Zusammenhang mit diesem Prozess gilt, was Pierre Bourdieu über deren Aufgabe innerhalb der neuen sozialen Bewegungen sagte: »Es gilt, neue Kommunikationsformen zwischen Forschern und politisch Aktiven bzw. eine neue Arbeitsteilung zwischen ihnen zu erfinden.«²⁰

19 Siehe Rudolf Rocker: Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeit einer freiheitlichen Bewegung, New York-London-Stockholm 1947.

20 Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S. 65.

KLAUS HÖPCKE

Das »Auffliegen« des Reichstags 1933

Mittäter beim Erdrosseln des Parlaments:
sieben bürgerliche Parteien. Vor 75 Jahren
stimmten sie für Hitlers totale Macht

Trotz der durch die Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar 1933 ausgelösten Polit-Psychose gelang es der Nazi-Partei bei den am 5. März 1933 veranstalteten Reichstagswahlen nicht, die Mehrzahl der Mandate zu erreichen. Sie landeten bei 43,9 Prozent der Stimmen. Das verunsicherte Hitler: Konnten so – selbst im Bunde mit den von Hugenberg geführten Deutschnationalen und bei Unterstützung durch die Abgeordneten der Fraktionen der übrigen bürgerlichen Parteien – Zwei-Drittel-Mehrheiten für verfassungsändernde Gesetze zustande kommen? Kurzerhand wurden am 9. März 1933, vier Tage nach den Wahlen, die Mandate der 81 gewählten KPD-Abgeordneten annulliert, viele der Abgeordneten wurden verhaftet.

Sechs Millionen Wählerstimmen ausgelöscht – 81 KPD-Mandate geraubt

Wirkliche Demokraten unter den im Reichstag verbliebenen Abgeordneten hätten gesagt: Dies ist nun nicht mehr das Parlament, das gewählt wurde. Es ist nicht befugt, irgendwelche gesetzgeberischen Akte vorzunehmen. Die KPD-Abgeordneten sind sofort freizulassen; ihre rechtmäßigen Mandate sind ihnen wiederzugeben. Von den im Reichstag Verbliebenen hat keiner solche Feststellungen getroffen, solche Forderungen erhoben. Ein deutliches Zeichen dafür, dass mit der Austreibung der Kommunisten aus diesem Haus die Lähmung jeglichen demokratischen Verantwortungsbewusstseins bei allen zunächst noch Geduldeten einherging.

In seiner Schrift »Vor den Ruinen Deutschlands«, einem »Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung« schreibt F. A. Kramer: »Auf der äußersten Linken sind ... etwa 100 Sitze leer. Die 81 kommunistischen Abgeordneten und 20 sozialdemokratische Parlamentarier sind durch Fahndungsbefehl, Festnahme, Schutzhaft oder ähnliche polizeiliche Mittel von der Sitzung ferngehalten. Die Mehrheitsverhältnisse der Reichtagssitzung sind damit völlig verschoben. Jetzt erweist sich auch, weshalb Hitler die Kommunistische Partei, die er als des Hochverrats überführt bezeichnet hatte, nicht schon vor den Wahlen aufgelöst und verboten hat. In diesem Falle wären ihre Stimmen und Mandate der sozialdemokratischen Nachbarpartei zugewandert. Dadurch, dass er sie jedoch zunächst wählen ließ, dann *aber am Betreten des Reichstagsgebäudes verhinderte*, hat er mehr als 6 Millionen Wählerstimmen in das Nichts, ins Leere abgeleitet.«¹

Die so fabrizierte Wahlfälschung führte dazu, dass der prozentuale Anteil der Nazis an der Gesamtzahl der Abgeordneten nicht dem

Klaus Höpcke – Jg. 1933, 1973-1989 stellv. Minister für Kultur der DDR, 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 1990-1999 Abgeordneter des Thüringer Landtages sowie in PDS-Vorstandsfunktionen. Zuletzt in UTOPIE-kreativ: Die moralische Lücke, Heft 147 (Januar 2003).

Dem hier publizierten Beitrag liegt das aktualisierte Manuskript eines Kolloquium-Vortrages zugrunde, den der Autor in einer am 24./25. Januar 2003 in Jena vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. zum Thema »Erfahrung 30. Januar 1933. Gewalt, Terror und Krieg in der Sprache der Politik« veranstalteten Tagung gehalten hat.

1 F. A. Kramer: Vor den Ruinen Deutschlands. Aufruf zur geschichtlichen Selbstbesinnung, Historisch-Politi-

Wahlergebnis entsprechend 43,9 Prozent, sondern nun 53,5 Prozent betrug.

So konnten »Dr. Frick, Dr. Oberfohren und Genossen« zur Anzettelung der nächsten Untat schreiten. Sie stellten den Antrag: »Der Reichstag wolle beschließen: folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige (!) Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich«. Die »Drucksache« mit dem Entwurf des Gesetzestexts ist am 21. März 1933 ausgegeben worden. Bis zur Reichstagssitzung am 23. März hatten die Abgeordneten zwei Tage Zeit, über die fünf kurzen, jeweils nur einige Zeilen langen Artikel des vorgesehenen Gesetzes nachzudenken. Wirkliche Demokraten musste Abscheu erfüllen, wenn sie lasen, was ihnen da beschließen zu wollen zugemutet werden sollte: Entmachtung des Parlamentsrests Reichstag, Ermächtigung der Reichsregierung, des Hitler-Kabinetts. Und zwar beides total. Dazu nochmals F. A. Kramer: »So wird einem Catilina die Legalität zugesprochen! Kein Cicero tritt gegen ihn auf, um die Gültigkeit der Wahlen in Zweifel zu ziehen, die Rechtswidrigkeit der Festnahme von Abgeordneten klarzustellen, die formelle und materielle Rechtswidrigkeit des Ermächtigungsgesetzes darzulegen, den Reichspräsidenten vor seiner Unterzeichnung zu warnen, die Länder auf ihre Bedrohung hinzuweisen, an den Staatsgerichtshof als den Hüter der Verfassung zu appellieren, das Volk gegen die Beseitigung seiner Vertreter aufzurufen.«²

Artikel 1 bestimmte: »Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden.« Artikel 2 besagte: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen ...« In Artikel 3 hieß es: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.«³

94 mutige SPD-Abgeordnete

Konnte diese Ungeheuerlichkeit noch gekippt werden? Ich meine, diese Chance bestand. Ohne in Illusionen darüber zu verfallen, was die Nazis im Gefolge eines Scheiterns ihres Vorstoßes unternommen hätten, bleibt als unbestreitbare Tatsache festzustellen: Die Stimmen der Abgeordneten der Nazi-Partei allein hätten nicht gereicht, das Gesetz durchzubringen. Wie verhielten sich angesichts dessen die nach dem Raub der Mandate der KPD-Abgeordneten im Reichstag übrig gebliebenen Abgeordneten? Wie gingen sie mit den Möglichkeiten um, das Gesetz zu befürworten oder abzulehnen? Eine Ablehnung hätte das so sehr auf »zügig-zügig« und »von den gewählten Volksvertretern gedeckt« angelegte Manöver der sich weiter etablieren wollenden Nazi-Diktatur empfindlich gestört. Die Hitler-Partei wäre vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit blamiert worden.

94 Abgeordnete der SPD stimmten mit Nein; 20 weitere sozialdemokratische Abgeordnete, die das wohl auch getan hätten, konnten – wie erwähnt – an der Sitzung nicht teilnehmen, weil sie wie

scher Verlag Koblenz, o. J. (vermutlich 1946), S. 58.

2 Ebenda.

3 »Verhandlungen des Reichstags, VIII. Wahlperiode, Band 457, Stenographische Berichte/Anlagen zu den Stenographischen Berichten/Sach- und Sprechregister«, Berlin 1934, Druck und Verlag der Reichsdruckerei; einsehbar z. B. in der Bibliothek der Berliner Außenstelle des Bundesarchivs in der Finckensteinallee; auszugsweise nachgedruckt in der FAKSIMILE EDITION des Augsburgers Weltbild-Verlags, Folge 17, Dokument 1.

4 In dem von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann 1982 im Dietz Verlag Berlin vorgelegten Band »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« ist Otto Wels' Rede ebenfalls differenziert gewertet worden, und gewürdigt wurde der persönliche Mut, den die 94 SPD-Abgeordneten bewiesen, als sie ihre Nein-Stimmen abgaben (S. 331).

5 F. A. Kramer: Vor den Ruinen Deutschlands ..., a.a.O., Anmerkung 1. Übrigens hatten sich Otto Buchwitz, Otto Grotewohl, Ernst Reuter und andere in der SPD-Fraktionsberatung für ein Fernbleiben von dieser Reichstagssitzung ausgesprochen, blieben aber in der Minderheit.

ihre kommunistischen Abgeordnetenkollegen verhaftet worden waren. Otto Wels hielt vor der Abstimmung eine Rede, die nicht frei von kritikwürdigen Äußerungen der Anbiederung, z. B. an die Nazi-Außenpolitik war. Solche Redepassagen schmälerten das Gewicht des Nein, wie erst recht drei spätere beschämende Handlungen es zu entwerten geeignet waren: die am 17. Mai von 65 SPD-Abgeordneten gegebene Zustimmung zum außenpolitischen Programm der Hitler-Regierung, die Austrittserklärung der SPD aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Beschluss einer von Paul Löbe geleiteten Funktionärskonferenz, alle jüdischen Parteimitglieder aus dem Vorstand zu entfernen. Otto Wels, dem Redner vom 23. März, darf, weil er das Nein begründete, dennoch eine gewisse Portion Mut bescheinigt werden. Ja, angesichts des Grölens der während der Reden Hitlers und Görings in Rage geratenen Nazi-Abgeordneten in der Kroll-Oper, wo der Reichstag zusammengekommen war, braucht man nicht zu zögern, von einer gehörigen Portion Mut zu sprechen, die für eine Gegenrede aufgebracht werden musste.⁴

Was das Verhalten während der Abstimmung betrifft, wird von verschiedenen Autoren der Würdigung des Nein der sozialdemokratischen Abgeordneten die Erwägung hinzugefügt, dass ein Auszug aus der Reichstagssitzung zum Zeitpunkt der namentlichen Abstimmung ein beträchtlich größeres politisches Gewicht gehabt hätte, weil dadurch »die Abstimmung unmöglich geworden wäre, weil die Anwesenheitsziffer nicht ausgereicht hätte«. So sah es z. B. der bereits zitierte F. A. Kramer.⁵

Bürgerliche Pro-Nazi-Stimmen: 156

In den Reichstag waren 1933 neben Kommunisten und Sozialdemokraten auf der einen und NSDAP-Mandatsinhabern auf der anderen Seite Abgeordnete von sieben bürgerlichen Parteien gewählt worden. Wie verhielten sich diese, als es darum ging, zu Hitlers willigen Helfern bei der Zerstörung der Demokratie zu werden oder als Gegner von Demokratie-Zerstörung zu agieren? Einzelne Abgeordnete dieser Parteien warnten im Verlauf interner Fraktionsberatungen am 22. März vor einer Zustimmung, darunter – Tatsachen sind Tatsachen – der einstige Notverordnungskanzler Heinrich Brüning von der Zentrumspartei. Die Warner blieben aber in allen diesen Parteien in der Minderheit. Und unter dem Regime des Fraktionszwangs unterwarfen sie sich der Zustimmungslinie ihrer Führungen.

72 Abgeordnete des Zentrums, 53 Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, 19 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, fünf Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, vier Abgeordnete von Volksdienst (Evangelische Bewegung), zwei Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei und ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei stimmten mit Ja. Also: von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Chor ein hundertsechsfünftzigfaches »Ja. Ja. Ja. Ja. Ja ...« zu Hitlers absoluter Ermächtigung.⁶

Summierte man die 288 unmittelbaren Stimmen der Nazis mit diesen 156 Pro-Nazi-Stimmen, ergaben sich 444. Mit dieser Menge hatte man bei einer Gesamtzahl von – nach der Wahlfälschung vom 9. März noch verbliebenen – 538 Abgeordneten jene zwei Drittel

6 Siehe auch Faksimiles aus dem Reichstagsprotokoll.

»im Kasten«, um den Reichstag, dessen Gebäude durch die Brandstiftungsprovokation vom 27. Februar 1933 zur Ruine gemacht worden war, nunmehr auch von der politischen Substanz her zu vernichten.

Erbärmlichkeiten – zitierte und weggeschwiegene

Wie von tonangebenden Autoren bundesdeutscher Geschichtsschreibung mit solchen Tatsachen, Umständen, Verhältnissen politischen Handelns verfahren wird, davon vermittelt einen anschaulichen Eindruck Werner Maser in seinem Buch »Das Regime«, dessen erste Ausgabe 1983 erschienen ist und das 1990 vom Berliner Dietz Verlag übernommen wurde. Beim Hören oder Lesen des gleich folgenden längeren Zitats aus diesem Buch – der Maserschen Kommentare zu Wels' Rede – möge man sich, bitte, immer wieder vor Augen halten: Zum Chor der 156 bürgerlichen Ja-Sager zu Hitler im Reichstag findet sich in diesem Buch keine Zeile. Darauf einzugehen, wäre unbequem. Die Bewusstseinsverdunkelung mit Mitteln der Geschichtsschreibung würde gestört. Also wird so etwas weggeschwiegen. Umso mehr ein Grund für uns, nach dem Wels betreffenden Zitat auf ein paar Personen der bürgerlichen Ja-Sager zu Hitler im Einzelnen zurückzukommen, Ja-Sager im Reichstag sowie in kommunaler und Verbandssphäre.

Hier zunächst Maser über Wels: »Manche Mythen und Legenden leben ewig. Hätten die Nationalsozialisten den vollen Wortlaut der Wels-Entgegnung auf Hitlers Regierungserklärung und Begründung des Ermächtigungsgesetzes publiziert, wären beide schwerlich entstanden. Wels' Ausführungen wurden nur deshalb zum Ereignis, weil alle anderen Hitler-Gegner im Reichstag schwiegen. Was er in Anwesenheit seiner Fraktionskollegen sagte, von denen Severing und Leber beim Betreten des Reichstages verhaftet worden waren, war angesichts des gravierenden Verlustes an Demokratie, Freiheit und Recht, die das Ermächtigungsgesetz mit sich bringen musste, eher zurückhaltend und dürftig als besonders mutig und bedeutend. Was er dem knapp acht Wochen im Amt befindlichen Reichskanzler Hitler namens der SPD entgegenhielt, verriet zwar bemerkenswerten politischen Instinkt; aber ein ›Aufschrei‹ gegen die unmittelbar bevorstehende Sanktionierung des Unrechts war es nicht. Er begann seine Erwiderung auf die Erklärung des ›Herrn Reichskanzlers‹ mit der Feststellung, dass die SPD den außenpolitischen Forderungen Hitlers nachdrücklich zustimmte, und erinnerte daran, dass er, Otto Wels, es gewesen sei, der sich ›als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz vom 5. Februar 1919‹, gegen die Behauptung gewandt habe, dass Deutschland allein schuld ›am Ausbruch des Weltkrieges‹ gewesen sei. Dann bestätigte er die Übereinstimmung der Sozialdemokraten mit dem Inhalt des vom ›Herrn Reichskanzler‹ am 21. März gesprochenen Satzes ›Aus dem Aberwitz der Theorie von ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahnwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft‹ und gestand der (von der SPD bis dahin wegen der beispiellosen Ausschaltung des Reichstages kritisierten) Regierung Hitler das Recht zu, sich ›gegen rohe Ausschreitungen der Politik (hier zitiert Maser falsch, denn laut Protokoll sagte Wels nicht Poli-

tik, sondern Polemik, K. H.) zu schützen< und ›Aufforderungen zu Gewalt und Gewalttaten ... mit Strenge zu verhindern<, solange dies ›nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch< geschehe. ›Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten<, bot er den sich unentwegt sozialistisch gebärdenden Nationalsozialisten an, ›sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiß.< Dass die SPD nach ›den Verfolgungen<, die sie ›in der letzten Zeit< habe erfahren müssen, argumentierte er, für dieses Gesetz allerdings nicht stimmen könnte, müsste ›billigerweise< jedermann verstehen, denn sie hätte in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sei dafür von ihren politischen Gegnern ›mit Steinen beworfen< worden. Wels' deklamatorischen Schlusssatz ›Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft<, ›überhörte< Hitler geflissentlich, sein unüberhörbares Angebot zur Zusammenarbeit tat er mit der seit 1933 viel zitierten bissigen Bemerkung ab: ›Spät kommt ihr, aber ihr kommt.<<⁷

7 Werner Maser: Das Regime. Alltag in Deutschland 1933-1945, S. 27/28.

So akribisch Maser Wels' Rede abtastete, so konsequent übergang er, als gäbe es sie nicht, die erbärmlichen Zustimmungserklärungen der Herren Prälat Dr. Kaas (Zentrum), Ritter von Lex (Bayerische Volkspartei), Dr. Maier, Württemberg (Staatspartei) und Simpfendorfer (Volksdienst – Evangelische Bewegung) zu Hitlers Ermächtigungsgesetz.

Wer Geschichtslehrer hatte, die von Professoren wie Maser unterrichtet wurden, war schlecht dran. So Wolfgang Bosbach, MdB, zum Beispiel.

MdB Bosbach streitet mit MdB Stiegler 2002 um Nachfolgeparteien

Im Februar 2002 hatte Rechtsanwalt Ludwig Stiegler, Bundestagsabgeordneter aus Weiden, in der Zuwanderungsdebatte zwischen der regierenden SPD/Bündnis 90-Die Grünen-Koalition und den oppositionellen CDU/CSU- und FDP-Vertretern die letzteren ermahnt, sich gefälligst daran zu erinnern, wie die Parteien, in deren Nachfolge sie angetreten sind, 1933 geholfen haben, Hitler an die Macht zu bringen. Stieglers Kollege Rechtsanwalt Wolfgang Bosbach, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Bergisch Gladbach, meinte den in dieser Ermahnung liegenden Vorwurf zurückweisen zu können, Womit er in blamabler Weise irrte.

Jede seriöse Darstellung von Gründung, überregionaler Formierung, Entwicklung, Programm und Praxis der CDU kommt nicht um die Feststellung herum, dass es ein ehemaliger Zentrumspolitiker war, der die CDU als Sammlungspartei einstiger Anhänger des vor allem katholisch geprägten Zentrums und der eher evangelisch orientierten Mitgliedschaft und Wählerschaft von Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei inspirierte: Konrad Adenauer. Die Gründer der CSU waren meist frühere Mitglieder der Bayerischen Volkspartei. Die FDP ist von Spitzenpolitikern der liberalen Hauptparteien der Weimarer Republik gegründet worden: der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. – Was soll angesichts dessen das Bosbachsche Gezeter über die Be-

zeichnung Nachfolgeparteien? Könnte nicht wegen personeller Kontinuitäten sogar von Fortführungsparteien gesprochen werden? Auch programmatische Ähnlichkeiten rechtfertigen durchaus den Hinweis auf eine über die bloße Nachfolge hinausgehende Nähe.

Jasager, Begrüßer, Selbstauflösungsgehilfen Lemmer, Heuss, von Lex, Adenauer und Lübke

Richten wir unseren Blick auf die Ja-Sager-Listen im Deutschen Reichstag 1933, über die manche Politiker und ihnen zur Hand gehende Historiker so gern hinweggeschwiegen sähen, dann bleiben Wiedererkennungseffekte nicht aus. Zum Beispiel: Ja-zu-Hitler-Sager Ernst Lemmer – war der nicht nach 1945 ein Führungsmann der CDU im damaligen Westberlin? Oder: Herr Dr. Theodor Heuss – handelt es sich bei ihm nicht um den nachmaligen Bonner Bundespräsidenten? »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit« soll ein von ihm wiederholt und mit Inbrunst vorgetragener Spruch gewesen sein ... – womit ja, das sei an dieser Stelle eingeräumt, zwar seinerzeitiges Verhalten nicht ungeschehen zu machen war, doch möglicherweise im Hegelschen Sinne aufgehoben werden sollte durch Lehren ziehende nachträgliche Selbstkritik.

Hierfür spricht auch eine Episode, die mir Wolfgang Leonhard erzählte: »Meine Mutter Susanne Leonhard kannte Theodor Heuss aus der Berliner Sektion des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, Mitte bis Ende der 20er Jahre, in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Bei den einmal monatlich stattfindenden Treffen gab es damals, wie mir meine Mutter berichtete, zwei große, lange Tische: um den einen saßen alle sozialdemokratischen Schriftsteller, um den anderen die KPD-Schriftsteller. Außerdem gab es noch einen kleinen Katzentisch, um den sich die damals wenigen Schriftsteller Berlins gruppierten, die weder der SPD noch der KPD angehörten. Am Katzentisch saßen unter anderem der Anarchist Erich Mühsam, das Mitglied der Demokratischen Partei Theodor Heuss und meine Mutter, die zwar schon dem illegalen Spartakusbund 1916 und der KP seit ihrer Gründung angehört hatte, aber 1925 aus der KPD ausgetreten war und sich als revolutionäre Linke betrachtete. Im Mittelpunkt aller Tagungen der Berliner Sektion standen die ständigen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern von der KPD und der SPD an den beiden großen Tischen. So hatten die wenigen Schriftsteller am Katzentisch genügend Zeit, sich auszusprechen und kennen zu lernen.

Jahrzehnte vergingen, bis meine Mutter – nach zehnjähriger Haft im Lager Workuta und anschließender Verbannung nach Deutschland zurückgekehrt – Anfang der 50er Jahre bei der Eröffnung eines Museums Theodor Heuss wiedertraf. Heuss – inzwischen Bundespräsident und dort mit großem feierlichem Gefolge anwesend – begrüßte meine Mutter laut und erfreut: ›Susanne, es freut mich ja so, Sie jetzt wieder hier zu sehen!‹, und ging mit offenen Armen auf sie zu. Aber meine Mutter blieb eisig und sagte nur hart und deutlich: ›Von einem Menschen, der für Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, wünsche ich nicht begrüßt und noch weniger umarmt zu werden.‹ Von Heuss' Umgebung wollten sich einige auf meine Mutter stürzen, weil sie darin eine Beleidigung des Bundespräsidenten

sahen, wurden aber von Heuss zurückgewiesen: ›Bitte lassen Sie das. Susanne Leonhard hat vollkommen recht‹, und an meine Mutter gewandt fügte er hinzu: ›Liebe Susanne, Sie können sicher sein, dass ich meine damalige Zustimmung als den größten und schrecklichsten Fehler meines Lebens erkannt habe, immer wieder an dieses Ereignis denke und stets versuche, diesen grauenvollen Fehler durch meine politische Aktivität wieder gutzumachen.‹ Offenkundig gelang es ihm, meine Mutter allmählich zu überzeugen: Bei aller Härte und Schärfe gegenüber Personen, die sich dem Hitler-System anpassten, hat sie Theodor Heuss davon später stets ausgenommen und positiv betrachtet.«

Und noch ein Beispiel, eines, bei dem von Selbstkritik nie und nirgends auch nur ein Hauch zu spüren war: Jener Ritter von Lex, der, wie erwähnt, namens der Fraktion der Bayerischen Volkspartei am 23. März 1933 die Fürsprache-Rede für Hitlers Diktatur hielt, begegnete der nicht der Öffentlichkeit im Nachkriegs-Westdeutschland als Staatssekretär der Bonner Regierung? Und war es nicht auch ausgerechnet er, den diese Regierung als ihren Vertreter im Verbotsprozess gegen die KPD agieren ließ?

Die Grundqualifikation für eine solche Aufgabe hat Hans Ritter von Lex von Adolf Hitler persönlich erhalten. Die beiden trafen sich am 13. und 14. März 1933 mehrfach in München. Es ging um die Regierungsbildung in Bayern. Akten, die bis 1989 im NS-Archiv des Ministeriums für Staatsicherheit der DDR aufbewahrt wurden und inzwischen im Bundesarchiv zugänglich sind, hat Wolfgang Dierker in seiner jüngst veröffentlichten Dokumentation über Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei vorgelegt.⁸ »Ich will keine Nullen, sondern Bullen«, hat Hitler Lex gesagt, als dieser die Einbeziehung gemäßigterer Politiker seiner Partei zu erwägen gegeben hatte. Für Hitler hatte Lex Eignung zum »Bullen«. Er sah in ihm einen Vertreter des »Frontgeschlechts«. Lex hatte sich an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt. 1931 bis 1933 war er Landesführer der Bayernwacht, die nach der Zulassung der SS im Juni 1932 aus einzelnen schon bestehenden Gruppen landesweit ausgebaut wurde. Laut den Aufzeichnungen, die Lex über seine »Besprechungen« mit Hitler angefertigt hat, sagte dieser ihm: »Die zwei großen Ziele, die er verfolge, seien: 1.) die willensmäßige Einheit des deutschen Volkes herzustellen. 2.) die Zerschmetterung des Marxismus in Deutschland herbeizuführen.«⁹ Punkt 1 zielte auf Einschränkung der Rechte und Rolle der Länder – dazu brachte Lex ein paar auf Bayern-Interessen bezogene Einwände vor – und Ausschaltung der Parteien. Zu Punkt 2 erklärte Lex laut seiner eigenen Aufzeichnung: »Die Bayerische Volkspartei sei mit der Niederringung des Marxismus einverstanden, aber in Formen, die dem christlichen Sittengesetz entsprechen. Hinsichtlich des Kommunismus, der sich selbst außerhalb des Staates gestellt habe, der die ganze christliche Kultur mit tödlicher Feindschaft bekämpfe, könne die Bayerische Volkspartei in weitest gehendem Maße mitgehen. Dass man das deutsche Volk auch unter Anwendung strengster Methoden von dieser Verseuchung befreie, sei gemeinsame Forderung aller vaterländisch gesinnten Kreise.«¹⁰ Obwohl er zur Sozialdemokratie sagte, ihr gegenüber solle man

8 Wolfgang Dierker: »Ich will keine Nullen, sondern Bullen.« Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei im März 1933, in: Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte, H. 50/2002, Oldenbourg-Verlag München, S. 111-148.

9 Ebenda, S. 128.

10 Ebenda, S. 139.

»weniger die physische Ausrottung als die geistige Überwindung anwenden«, versicherte er zugleich, es widerspreche nicht dem von seiner Partei in Anspruch genommenen christlichen Gewissen, »wenn die politischen Machthaber beispielsweise 1 000 Funktionäre der Sozialdemokratie in Schutzhaft nähmen ... , um eine Gegenaktion in den Tagen der Umwälzung hintan zu halten«, wobei er nicht versäumte, dem Wort »Schutzhaft« die Floskel hinzuzufügen »unter menschenwürdiger Behandlung« und Bedenken dagegen vorzubringen, wenn »politische Gegner willkürlich ge Griffen und an die Wand gestellt würden«.

Insgesamt gefiel Lex dem obersten Naziführer als einer der von ihm zu gebrauchenden »Bullen«. Im Herbst 1933 wurde Lex, ohne nominelles NSDAP-Mitglied zu sein, Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium. Staatssekretär im Bundesinnenministerium der BRD wurde er am 17. Oktober 1949. Zuständig war er hier für öffentliche Sicherheit, Verfassung und Staatsrecht. Und dazu gehörte, dass er einer der Hauptbetreiber des Verbotsprozesses gegen die KPD wurde. Im Sinne dessen, was er Hitler am 13. März 1933 versichert hatte, wirkte er auch in der Bundesrepublik dafür, dass man – ich zitiere den Satz aus der damaligen Aufzeichnung noch einmal – »das deutsche Volk auch unter Anwendung strengster Methoden von dieser Verseuchung befreie«, die er in kommunistischen Ideen und den sie vertretenden Menschen sah.

Die Ja-Sager im Reichstag hatten ein Umfeld außerhalb des Parlaments. Auch da wimmelte es von später einem größeren Kreis bekannt gewordenen Personen, die aus der Startphase der Nazi-Zeit alte Bekannte sind. So der spätere Bundeskanzler und vormalige Oberbürgermeister von Köln Konrad Adenauer, dessen Zentrumsfraktion in der Kölner Stadtverordnetenversammlung am 30. März 1933 eine Erklärung abgab, in der es hieß: »Die vom Herrn Reichspräsidenten berufene, durch den erfolgreichen Verlauf der nationalen Revolution bestätigte Regierung darf nicht gefährdet werden, da sonst die Folgen unabsehbar sind. Sie muss unter Würdigung der gegebenen Verhältnisse auf möglichst breite Basis sich stützen können. Wir begrüßen die Vernichtung des Kommunismus und die Bekämpfung des Marxismus, die in dem heutigen Umfange in der Nachkriegszeit bisher nicht möglich war, da der sozialistische Einbruch in das deutsche Volk ab 1918 der katholischen Minderheit nur zur Abwehr schlimmerer Dinge, nicht aber zur Gestaltung des Staates ausschließlich nach unserer Auffassung Raum ließ.«¹¹

Eine ähnliche Wiederbegegnung beschart uns Heinrich Lübke, einer der späteren Bundespräsidenten. Als es Ende Juni/Anfang Juli 1933 an die Selbstauflösung der Reste der bürgerlichen Parteien ging, leistete er, der als Geschäftsführer der Deutschen Bauernschaft (DBs) tätig gewesen war, seinen Beitrag zur Unterwerfung der Angehörigen dieser Organisation unter die Herrschaft der Nazis, indem er am 11. Juli 1933 auf der letzten Tagung des Verbandes in seinen »Abschiedsworten« die Mitglieder aufforderte, in den faschistischen Bauernorganisationen »loyal und positiv« mitzuarbeiten. Eine Lobby, die Lübkes Beteiligung an der Konstruktion von Baracken für KZ nach wie vor leugnet, mag geneigt sein, seine nazibegünstigenden Worte von 1933 ebenfalls abzustreiten. Was sagen die Lob-

11 Quellenangabe in: Lexikon zur Parteiengeschichte 1789-1945. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland, in 4 Bänden, hrsg. von Dieter Fricke, Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker. Erschienen im VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1983, Bd. 1, S. 572 und 573.

12 Vgl. M. d. R.: Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Droste Verlag Düsseldorf 1991, S. 853.

13 Wiedergabe des Dokuments aus dem Archiv des Baden-Württembergischen Landtags unter http://www.psm-data.de/ns/maier_ns_macht.htm.

byisten aber dazu, dass jene Äußerung belegt ist durch eine Veröffentlichung der »Deutschen Bauernzeitung« vom 23. Juli 1933?¹²

Das politische Verbrechen vom 23. März 1933 bestand in der Auslöschung eines letzten Restbestands parlamentarischer Demokratie in Deutschland. Begangen haben dieses politische Verbrechen Nazi-partei und Deutsch-Nationale Volkspartei, die den Gesetzentwurf gemeinsam einbrachten, als Haupttäter. Als Mittäter beim Erdrosseln des Parlaments und des Parlamentarismus wirkten die Ja-Sager von Zentrum, Volksdienst sowie Bayern-, Bauern-, Staats- und Volkspartei. Wer in deren Tradition steht, hat sehr wohl Grund zu historischer Aufarbeitung. Anlässlich der 75. Wiederkehr jenes Tages verdient manches bisher Verdrängte, nicht Erforschte, zu wenig Beachtete gründlicher untersucht zu werden. Um der Lehren willen für die Bewahrung parlamentarischer Demokratie in den konfliktreichen Auseinandersetzungen heute.

Was dabei kritisch zu hinterfragen ist, sei am Beispiel von Reinhold Maier kurz skizziert.

Reinhold Maier 1947 vor einem Untersuchungsausschuss

Reinhold Maier war 1933 bis 1945 nicht wie Lex Beamter des Nazi-Innenministeriums, sondern ein von den Nazis drangsalierter Rechtsanwalt.¹³ Nach 1945 wurde er Bundesvorsitzender der FDP und Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Ein 1947 gebildeter Untersuchungsausschuss sollte die Frage klären, warum Reinhold Maier als Reichstagsabgeordneter der Staatspartei für das Ermächtigungsgesetz stimmte. Auslöser war ein kritischer Artikel des Journalisten und Juristen Franz Karl Maier unter der Überschrift »Traurige Geschichte«. Daraus entspann sich ein Streit »Maier gegen Maier«, der über Jahre andauerte. Franz Karl Maier hielt Reinhold Maier vor, er habe im Reichstag am 23. März 1933 »durch Wort und Tat öffentlich durch Einsetzen seines persönlichen Ansehens und seiner Machtstellung im politischen Leben wesentlich zur Begründung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen«. Reinhold Maier hingegen sah in seiner im April 1947 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags von Nordbaden und Nordwürttemberg abgegebenen Erklärung die Sache so:

»Die Frage war am 23. März 1933 einzig und allein die, ob ein Parlament weiter besteht, auch ein entmachtetes Parlament, ob wir noch eine letzte Planke zur Verfügung hatten, auf der eine Volksvertretung vielleicht wieder Kraft gewinnen konnte.

Der Reichstag wäre an diesem Tage verschwunden. Das muss bedacht werden. Wir fünf Leute (Staatspartei) haben in voller Freiheit, vorher beschlossen, zugestimmt. Wir haben von den Versprechungen Hitlers gar nichts geglaubt. Aber die Beweisführung war die: War es ganz sicher, dass nicht noch irgendwie aus irgendeinem Grunde, den man gar nicht sehen konnte, eine Besserung zu erzielen war? Wir waren doch gewählt, um uns im Reichstag zu behaupten, und waren nicht gewählt, um den Reichstag auffliegen zu lassen.

Entscheidendes habe ich persönlich mir versprochen aus dem absolut vorhandenen Gegensatz zwischen NSDAP und Reichswehr, insbesondere den Reichswehrgeneralen. Ich bestreite jede Kausalität des Ermächtigungsgesetzes für den Ablauf der Dinge. Es wären alle

Dinge genauso gegangen, es wäre mit oder ohne Ermächtigungsgesetz so gegangen.

Wenn das Ermächtigungsgesetz nicht angenommen worden wäre, wäre der Reichstag an diesem Tage schonungslos aufgefliegen. Am 23. März 1933 war die Frage lediglich die, ob der Reichstag später wieder einmal zu einem Einfluss werde gelangen können. Wer im Reichstag saß und diese Dinge sich vor Augen führte, musste sich sagen: wenn auch nur noch ein letztes Fünkchen da ist, dass die ganzen Institutionen der Verfassung, Reichspräsident, Reichsrat, Reichstag, wenigstens auch nur andeutungsweise und in den Restbeständen erhalten bleiben, muss man sich dafür einsetzen.«¹⁴

Maiers Biograph Klaus-Jürgen Matz dazu: »Jetzt wie schon früher fand er kein Wort des Bedauerns, machte er nicht die geringste Andeutung, dass sein Verhalten am 23. März 1933 – zumindest im nachhinein betrachtet – ein politisches Fehler gewesen sei. Diesen Fehler öffentlich einzugestehen, hat er auch später niemals die Kraft gefunden.«¹⁵ Und der Ausschuss? Drängte er ihn dazu? Nein. Der Untersuchungsausschuss machte sich vielmehr Maiers abwegige Auffassung zu eigen. Noch 1947, vierzehn Jahre nach dem schmählichen Ereignis, mit dem Satz »Wir waren doch gewählt, um uns im Reichstag zu behaupten, und waren nicht gewählt, um den Reichstag auffliegen zu lassen« eine Abstimmung zu rechtfertigen, die eben auf das »Auffliegen« des Reichstags und nichts anderes hinauslief, ist ein starkes Stück. Und noch schlimmer, dass ein vom Parlament eingesetzter Untersuchungsausschuss diese Rechtfertigung gutgeheißen hat.

14 Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889-1971). Eine politische Biographie, Droste Verlag Düsseldorf 1989, S. 291.

15 Zitiert nach Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945, Dietz Verlag Berlin 1955, S. 34.

PETER LINKE

Mit grobem Pinsel

Seit Abe Shinzo im September 2006 zum 46. Nachkriegspremier Japans ausgerufen wurde, ist das Land der aufgehenden Sonne auf seinem Wege zurück zu einem »normalen Staat« ein gutes Stück vorangekommen: Nicht nur, daß im Dezember 2006 Japans Schulen per Gesetz verpflichtet wurden, zu bestimmten Anlässen unter wehender Staatsflagge die Nationalhymne absingen zu lassen. Mitte Mai ließ Abe das japanische Oberhaus ein sogenanntes Gesetz über Volksentscheide abnicken, das endgültig den Weg für eine Revision der japanischen Friedensverfassung von 1947 frei machen soll, in der das Land auf ewige Zeiten kriegerischen Mitteln zur Beilegung internationaler Konflikte abgeschworen und sich dementsprechend verpflichtet hat, keine Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie andere Mittel der Kriegführung zu unterhalten.

Schon allein deshalb ist Ito Narihikos Buch überaus aktuell: Es vermittelt dem deutschen Leser notwendiges Hintergrundwissen, macht deutlich, daß die Verfassungsfrage in den letzten sechzig Jahren eigentlich ständig auf der Tagesordnung stand, die gegenwärtigen »Reformversuche« nicht mehr und nicht weniger als Höhepunkt und Abschluß jahrzehntelanger Bemühungen der japanischen Rechten sind, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Aber das Buch leistet noch mehr. Unterm Strich hat der emeritierte Politologie-Professor der renommierten Tokioter Chuo-Universität und Präsident der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft eine knappe politisch-diplomatische Geschichte Japans nach der erzwungenen Öffnung des Landes Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vorgelegt. Der Leser erfährt, wie im Zuge der sogenannten *Meiji*-Erneuerung (1868-1912) diverse proparlamentarische Gruppierungen entstanden, allen voran die sogenannte Volksrechtsbewegung, aus denen sich später Japans erste sozialdemokratische Zirkel konstituierten. Er wird bekannt gemacht mit den Ideen des bedeutenden Volksrechtlers Nakae Chomin sowie führender Sozialisten wie Sen Katayama und Kotoku Shusui, ihrem Kampf für Demokratie und Frieden vor dem Hintergrund des chinesisch-japanischen Krieges (1894/95), des russisch-japanischen Krieges (1904/5) und der japanischen Annexion Koreas (1910). Ito präsentiert zentrale Protagonisten der *Taisho*-Demokratiebewegung (1912-1926): Yoshino Sakuzo, glühender Pazifist mit großen Sympathien für die chinesische und koreanische Unabhängigkeitsbewegung, Hiratsuka Raicho, Frauenrechtlerin und umtriebige Publizistin, Ishibashi Tanzan, Journalist und früher Kritiker der Idee eines »Groß-Japan«. Er berichtet über die Anfang der 30er Jahre einsetzende Ära der Militärkabinette, die zunehmende Militarisierung der japanischen Expansionspolitik im fernöst-

Peter Linke – Jg. 1963,
Leiter des Büros der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Moskau.

1 Ito Narihiko:
»Der Friedensartikel der
Japanischen Verfassung.
Für eine Welt ohne Krieg
und Militär«, agenda Verlag
Münster, 2006, 315 Seiten.
ISBN 3-89688-274-0.

lich-pazifischen Raum, die Gründung des Marionettenstaates Mandschukuo auf chinesischem Territorium (1932), den Austritt Japans aus dem Völkerbund (1933), seinen Beitritt zum Antikominternpakt (1936), den 2. chinesisch-japanischen Krieg (1937-1945), schließlich den Krieg Japans gegen die USA und andere westliche Mächte im Pazifik und in Südostasien (1941/42-1945). Ito beschreibt das Ringen von Japanern und US-Amerikanern um eine Alternative zur alten *Meiji*-Verfassung nach der bedingungslosen Kapitulation Japans und der Besetzung des Landes durch US-Truppen (1945-1951), die Annahme einer neuen, »pazifistischen« Verfassung (1946/47), aber auch den zeitgleich einsetzenden Umbau des japanischen Militärpotentials, der 1954 mit der Gründung sogenannter Selbstverteidigungsstreitkräfte (*Jieitai*) einen ersten Höhepunkt fand. Und er zeigt auf, wie Japans herrschende politische Klasse jahrzehntelang versuchte, die sich damit auftuende Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit zu überbrücken. Daß dies nicht gelingen konnte, hatte laut Ito viel mit der frühzeitigen Einbindung Japans in die militärstrategischen Planungen der USA zu tun, die mit dem Machtantritt Yasuhiro Nakasones Anfang der 80er Jahre eine neue Qualität erreichte und seit Anfang der 90er Jahre zunehmend die Form einer globalen Interventionspartnerschaft annimmt.

Itos zentrale Botschaft: Japan war zu keinem Zeitpunkt jenes friedliebende, ja pazifistische Land, als das es sich offiziell bis heute gern präsentiert. Eine wichtige Botschaft angesichts zunehmender Versuche Washingtons, Japan neben Australien zum pazifischen Pfeiler einer global agierenden NATO auszubauen.

Gleichwohl meint der Autor, einige kritische Anmerkungen machen zu müssen. Ito verabscheut Kaiser Hirohito und seine Generäle. Für einen linken Pazifisten eine nachvollziehbare Haltung, haben diese doch den Pazifik und Südostasien mit Krieg überzogen, sind verantwortlich für den Tod und das Leiden unzähliger Menschen. Aber tragen sie wirklich die Hauptschuld an Hiroshima und Nagasaki (S. 186-187)? War Kaiser Hirohito tatsächlich die treibende Kraft hinter der »Aushöhlung« des 9. Verfassungsartikels (allgemeines Streitkräfteverbot), wodurch Washington erst ermöglicht worden sei, Japan sicherheitspolitisch zu instrumentalisieren und seine Wiederaufrüstung voranzutreiben (S. 209-210/218)? Und warum lobt der Pazifist und Demokrat Ito ausgerechnet Politiker wie Shidehara Kijuro und Douglas MacArthur, während er für Yoshida Shigeru kaum ein gutes Wort übrig hat?

Japans erster Nachkriegspremier Shidehara Kijuro mag durchaus pazifistischen Gedanken nachgegangen haben. Seine Beteiligung am Zustandekommen des 9. Verfassungsartikels ist unbestritten. Seine »Friedensdiplomatie« jedoch, die er als kaiserlicher Außenminister in den 20er Jahren insbesondere gegenüber China betrieben haben soll (S. 147-154), jedoch ein Mythos: Ganz ein Kind seiner Zeit, setzte auch Baron Shidehara alles daran, Japans Interessen in Nordostchina zu wahren, billigte schließlich die illegale Okkupation der Mandschurai durch die Kwantung-Armee (1931/32).² Kurzum, Shidehara hatte vor der staatlichen Souveränität Chinas ebenso wenig Respekt wie das japanische Militär.³

Ja, Shideharas Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, Yoshida Shigeru, verabschiedete sich noch in den ersten Nachkriegsjahren von seiner pazifistischen Grundhaltung (S. 57-58). Unterm Strich freilich hat

2 Siehe z.B. Barbara J. Brooks: *Japan's Imperial Diplomacy: Consuls, Treaty Ports, and War in China 1895-1938*, Honolulu: University of Hawaii Press, 2000.

3 Gavan McCormack: *Chang Tso-lin in Northeast China 1911-1928: China, Japan, and the Manchurian Idea*, Stanford, Stanford University Press, 1977, p. 143.

er für Japans friedliche Nachkriegsentwicklung ungleich mehr geleistet als Shidehara. Auch wenn er die *Jieitai* aus der Taufe gehoben hat (S. 231), wollte Yoshida sein Land letztlich als *wirtschaftliche* Großmacht sehen. Natürlich mußten dafür auch die Beziehungen zu Washington stimmen. Bei deren Entwicklung sollte jedoch eher Vorsicht als Vertrauen dominieren: Zusammenarbeit ja – Abhängigkeit nein! Diese Ende der 40er Jahre formulierte Maxime bestimmte als »Yoshida-Doktrin« jahrzehntelang das sicherheitspolitische Denken und Handeln japanischer Politiker. Mit erheblichem Gewinn für Japan und die Welt.

US-Chefbesatzer Douglas MacArthur schließlich beschreibt Ito als einen durch den Pazifik-Krieg geläuterten Mann (S. 71) mit großen Verdiensten um die Demokratisierung Japans (S. 24-27, 47-48), der gegen die Wiederbewaffnung Japans aufgetreten sei (S. 217) und nach seiner Entlassung aus dem aktivem Dienst in öffentlichen Auftritten das Ende jeglicher Kriege gefordert habe (S. 73-74). Ganz abgesehen davon daß ein pathologischer Antikommunist kein Demokrat sein kann, war MacArthur alles andere als ein Friedensengel, ließ sich frühzeitig von einer Gruppe ehemaliger kaiserlicher Offiziere um Oberst Hattori Takushiro (der später ein Attentat auf Premier Yoshida ins Auge faßte) Pläne zur Neugründung der japanischen Armee vorlegen.⁴ Darüberhinaus sorgte er persönlich dafür, daß Kaiser Hirohito ebensowenig als Kriegsverbrecher abgeurteilt wurde⁵, wie der Chef der berüchtigten Spezialeinheit 731 (S. 192-194), Generalleutnant Ishii Shiro⁶. Und überhaupt: einen Mann, der nicht zuletzt als Oberkommandierender der Alliierten Streitkräfte entlassen wurde, weil er im Korea-Krieg (1950-1953) Atomwaffen gegen China einsetzen wollte (S. 224), als quasi Pazifisten hinstellen, ist schon mehr als merkwürdig.

Ganz offensichtlich legt Ito Wert auf die Feststellung, ein Japaner, Shidehara Kijuro, sei Autor des 9. Verfassungsartikels (S. 55). Eine löbliche Haltung, fällt es doch vor allem US-amerikanischen Autoren bis heute schwer, eine »nicht-weiße« Autorenschaft anzuerkennen.⁷ Warum aber erwähnt Ito mit keinem Wort, daß die Idee für Artikel 9 höchstwahrscheinlich von Botschafter a. D. Shiratori Toshio stammt. Bereits im Dezember 1945 hatte sich dieser in einem Brief an seinen ehemaligen Chef⁸ für einen strikt nichtmilitärischen Entwicklungsweg Japans nach dem verlorenen Krieg ausgesprochen und entsprechende Verfassungskorrekturen angeregt⁹. Liegt es vielleicht daran, daß Shiratori diesen Brief unmittelbar nach seiner Festnahme geschrieben hatte¹⁰, der 1948 die Aburteilung als Kriegsverbrecher folgte, und er daher für Ito als Kronzeuge für den Versuch eines demokratischen, friedliebenden Neuanfangs nach 1945 prinzipiell nicht in Frage kommt?

Menschen sind komplizierte, widersprüchliche Wesen, insbesondere, wenn sie in komplizierten, widersprüchlichen Zeiten leben. Shidehara, Yoshida und MacArthur waren solche Menschen. Leider ist bei Ito davon nichts zu spüren.

Aufgrund seiner Schwarz-Weiß-Zeichnung wesentlicher Protagonisten der ersten Nachkriegsjahre gelingt es ihm nicht, den nicht nur für das Verständnis der damaligen Zustände, sondern auch der heute im Lande ablaufenden Prozesse äußerst bedeutsamen Zusammenhang zwischen US-Besatzung, rechter Ideologie und Remilitarisierung überzeugend herauszuarbeiten: Die US-Politik in Person MacArthurs hielt ihre Hände schützend über den Tenno, nutzte ihn und viele seiner ultrakon-

4 Wjatscheslaw P. Simonin: Poslednij otschag wtoroj mirovoj wojny, Moskwa, Institut wojennoj istorii MORF, 2002, S. 394-395.

5 Herbert P. Bix: Hirohito and the Making of Modern Japan, New York, Harper Collins, 2000, S. 585.

6 Siehe Tien-wie Wu: A Preliminary Review of Studies of Japanese Biological Warfare and Unit 731 in the United States, <http://www.centurychina.com/wiihist/germwar/731rev.htm>.

7 Siehe z. B. Theodore H. McNelly: The Origins of Japan's Democratic Constitution, New York and Oxford, University Press of America, 2000, S. 56.

8 Wasilij Molodjakow: Epocha borby. Shiratori Toshio (1887-1949): diplomat, politik, myslitel, Moskwa, isdatelstwo «Dmitrij Bulanin», 2006, S. 410.

9 Ebenda, S. 409.

10 Ebenda, S. 405.

servativen Parteigänger, um im Land Verhältnisse zu zementieren, wie sie für den Kampf gegen die »kommunistische Gefahr«, für den Kalten Krieg im Fernen Osten als notwendig erachtet wurden. Begonnen hatte dieser Kampf mit dem Abwurf US-amerikanischer Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Getroffen wurde Japan, gemeint war die Sowjetunion. Worum es ging, war nicht, den Krieg im Pazifik möglichst schnell zu beenden, sondern Moskau europapolitisch an die Kandare zu nehmen.¹¹ Mit anderen Worten: Es ging um die Neuaufteilung der Welt. Und Japan sollte dabei eine Schlüsselrolle spielen. Politiker wie Yoshida waren Washington suspekt, pochten sie doch freundlich aber nachdrücklich auf weitgehende nationale Selbstständigkeit, auch und vor allem in sicherheitspolitischen Belangen. Nicht so viele ehemalige kaiserliche Militärs: Auch wenn nicht wenige keine Gelegenheit ausließen, die US-Amerikaner für ihre diversen Nachkriegsgeschäfte zu instrumentalisieren, waren sie doch nur allzu gern bereit, unter Führung des einstigen Hauptkriegsgegners erneut »gen Norden« zu ziehen. Und heute? Frei von jeder Kriegsschuld probt Japans junge Politikergeneration die konservative Revolution in militärischen Angelegenheiten, schwadroniert über »globale Verantwortung« und gefällt sich zunehmend in der Rolle eines weltweit agierenden »Hilfssheriffs« der USA. Yoshida wäre nicht entzückt ...

Ja, Japans »Friedensverfassung« ist eine unerhörte Errungenschaft der Menschheit, wert, unter den Schutz der UNESCO gestellt zu werden. Ihre angestrebte Demontage – eine Katastrophe für Japan und die Welt. Jedoch: unter Verweis auf diese Verfassung Japan das Recht auf individuelle Selbstverteidigung abzusprechen, wie Ito dies faktisch tut (S. 57), wäre über alle Maßen töricht. Was, bitte schön, soll Tokio denn der US-Forderung, in einer revidierten Verfassung das »Recht Japans auf kollektive Selbstverteidigung« festzuschreiben, entgegenzusetzen? Etwa Kants Idee vom ewigen Frieden?

Itos offensichtlicher Idealismus läßt ihn schließlich auch wenig Verständnis dafür aufbringen, was viele Japaner heute umtreibt. Nicht nur Japans neue Politikerkaste, die sich, das Erbe Yoshidas mit Füßen tretend, den US-Amerikanern schamlos an den Hals wirft, sondern auch breite Bevölkerungsschichten, die, wirtschaftlich und sozial stark verunsichert, mehr als je zuvor bereit sind, jenen zu folgen, die mehr Sicherheit durch mehr militärische Macht versprechen. Zu Recht beklagt Ito den »Rechtsruck der japanischen Arbeiterbewegung« in den 80er Jahren (S. 274). Warum aber vermeidet er weitgehend, über die gegenwärtigen Verhältnisse zu schreiben? Weil mit Japans Bevölkerung heute verfassungspolitisch noch viel weniger Staat zu machen ist als vor zwanzig Jahren? Ito kritisiert den ultrakonservativen Comic-Künstler Kobayashi Yoshinori für dessen pathologischen Geschichtsrevisionismus (S. 293). Warum aber verschweigt er, daß sich Kobayashis *Opus Magnum* »Über den Krieg« (»Sensoron«) in den ersten drei Monaten nach seiner Veröffentlichung 420 000mal verkaufte?¹²

Gleichwohl sei Itos Buch jedem empfohlen, der sich rasch einen Überblick über die politisch-diplomatische Entwicklung Japans in den letzten 150 Jahren verschaffen will. Von ganz besonderem Wert: die vielen Anmerkungen und vertiefenden Erklärungen der Übersetzerin Asa-Bettina Wuthenow. Über das Fehlen eines Index sowie eines Quellen- und Literaturverzeichnisses sei geflissentlich hinweggesehen.

11 Simonin ..., S. 140-141.

12 Rebecca Clifford: *Cleansing History, Cleansing Japan: Kobayashi Yoshinori's Analects of War and Japan's Revisionist Revival*, Oxford, Nissan Occasional Paper Series No. 35, 2004, S. 2.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Gelegentlich genügt ein Satz, um eine Angelegenheit auf den Punkt zu bringen. Als beispielsweise die Illustrierte *Focus*, das Magazin für Überschriftenleser, im Februar einen Beitrag über den Wettkampf Clinton – Barack ankündigte, tat sie das mit dem Satz: »Im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der US-Demokraten feiert Barack Obama Erdbeberträge in Nebraska und Washington und gewinnt auch in Louisiana. Er ist nicht nur Sieger nach Stimmen, sondern auch nach Dollars.«

Sieger nach Dollars ist doch wahrlich ein schönes Bild. Aber mich beschäftigt in bezug auf die amerikanischen Präsidentenwahlen noch etwas anderes: Gesetzt den Fall, nach Bush übernehme ein Gegner des Irakkrieges das Amt, und in Deutschland kanzelt dann immer noch Angela Merkel herum – wie wird sie dann die Kurve kriegen von solidarischer Haltung zu solidarischer Haltung? *Daß* sie die Kurve nimmt, scheint mir unzweifelhaft, zumal ja bei ihr von der Dialektik, die man auch sie einst lehrte, etwas hängengeblieben sein könnte. Aber noch ist es ja eine Weile hin bis zu den Präsidentenwahlen, da haben Merkel und ihre Redenschreiber noch ausreichend Zeit zu üben, um die Sache im Fall des Falles ohne Verklemmtheiten über die Bühne zu bekommen.

Denn (auffällig besonders in den vorigen Monaten): Die sprachlichen Verklemmtheiten insbesondere im deutschen Amts-, Behörden- und Polizeideutsch nehmen zu. Allerdings ist noch ungewiß, ob sie auch in die Alltagssprache eindringen werden. Folgt man den Sprachregelungen, ist Deutschland ein Land ohne Ausländer – wie haben nur Leute mit »Migrationshintergrund«; wir haben auch auch keine Türken, sondern »Deutsche türkischer Herkunft«; wir haben in unseren Städten auch keine bettelnden Roma und Sinti, sondern nur »bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge« oder »Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien«.

Und so weiter. Das alles erinnert fatal an jene Zeit, als wir zum Beispiel das einfache klare Wort Jude hierzulande nicht sprachen oder schrieben, sondern als sich allen Orts befeißigt wurde, von Menschen »jüdischer Herkunft« zu reden.

Dieser allgegenwärtigen Begriffeverschwimelung in der Presse und in Amtsstuben lag und liegt vermutlich immer das ehrenwerte Motiv zugrunde, »gut zu sein«, »gerecht zu sein«, »vorurteilsfrei zu sein«. Und da Undank der Welten Lohn ist, dürfen diese Freundlichkeiten dann gelegentlich und – natürlich – folgenlos mit »Nazi!« oder »Schweinefresser!« honoriert werden.

Und mindestens an dieser Stelle der *Festplatte* könnte der »Correctness-Fraktion« unter Ihnen die Galle überlaufen: Macht hier dieser Sabath (ohne Migrationshintergrund und ohne »Herkunft« irgendeiner Art ...!) noch nachträglich Wahlkampf für Roland Koch, oder steht er gar für noch viele »Schlimmeres«? Das wird selbstredend heftigst bestritten. Was dann? Versuchen wir es doch einmal so miteinander: Solange wir – weil wir doch zu den »Guten« gehören – mit dabei sind, die realen tagtäglichen Probleme, mit denen der »Mann von der Straße« in diesen Zusammenhängen konfrontiert ist, zu »übersehen« und sie auch eifrig durch unsere Sprache mit beschwimeln, haben Koch & Co. in diesen Angelegenheiten die Deutungshoheit. Zugegeben – es ist manchmal schwer, nicht zu lügen.

Themenwechsel. Inzwischen verstärkt sich der Eindruck – obwohl man vielleicht bis zu einem gesicherteren Urteil die Ergebnisse der nächsten zwei, drei Regionalwahlen abwarten sollte –, daß die *LINKE* im deutschen Westen Fuß gefaßt hat. Daß da manchem Parteivorständler aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus der Kamm schwillt, ist verständlich, aber darum nicht weniger unappetitlich; aber Demut war ja unsere Sache noch nie ... Gut, man kann nicht alles haben. Zum Beispiel tut sich die *LINKE*, insbesondere die PDS-Klientel in ihr, schwer, wenn es um – wie es einst hieß – die »internationale Arbeit« geht. Die muß sein, aber mit Partnern ist es heutzutage nicht so leicht. Da fährt man dann eben schon mal als Parteidelegation nach China (und muß dabei natürlich geflissentlich so tun, als handle es sich da um ein sozialistisches Land. Die Genossen Millionäre lassen grüßen). Oder letztes: Da lese ich in der Sozialistischen Tageszeitung den Bericht über eine Konferenz, auf der über Sozialismus und seine Zukunft in Europa debattiert wurde. Es muß, folge ich dem Bericht, eine ersprießliche und in Teilen prominent besetzte Zusammenkunft gewesen sein. Sogar der sowjetische Botschafter war zugegen. Verzeihung, ich habe mich verlesen. Nicht der *sowjetische* Botschafter war gekommen, sondern ein Sekretär der Russischen Botschaft. Wie habe ich das zu deuten? Frömmelt Putin nur zum Schein und ist in Wahrheit noch einer der »Unsrigen«? Ebenso wie seine Diplomaten? Ach, es wird wohl alles viel einfacher sein: Sie, die Tagungsorganisatoren und viele der Eingeladenen, kannten sich einfach »von früher«, und in der Not frißt der Teufel Fliegen oder lädt einen russischen Diplomaten zu einer Sozialismus-Konferenz ein. Was insofern nicht schwer ist, als auf vielen Gebieten ein Elitenwechsel in Rußland eben nicht stattgefunden hat. Die dortigen Eliten haben – zwangsläufig – nur ihre Ansichten gewechselt. Aber vielleicht nicht alle – wie wäre sonst der russische Diplomat auf eine Sozialismus-Konferenz geraten? Zumindest rätselhaft, in gewisser Weise.

Sven Ellmers: Die formanalytische Klassentheorie von Karl Marx. Ein Beitrag zur »neuen Marx-Lektüre«, Universitätsverlag Rhein-Ruhr Duisburg 2007, 128 S. (14, 95 €)

Der Bochumer Sozialwissenschaftler Sven Ellmers arbeitet in seinem Buch ein formanalytisches Klassenkonzept bei Marx heraus, das Antworten auf Fragen der qualitativen Reichtumskonstitution gibt und vom Forschungsprogramm einer empirischen Ermittlung von Reichtumsverteilungen zu unterscheiden ist. Zugleich zeigt er, dass weder der traditions-marxistische Topos der geschichtsphilosophischen Aufladung der Arbeiterklasse zum revolutionären Subjekt noch die im Umfeld der »Krisis« anzutreffende Depotenzierung des Klassenbegriffs zum drittrangigen empirischen Oberflächenphänomen der systematischen Intention des Marxschen Klassenbegriffs nahe kommt.

Zu diesem Zweck zeichnet Ellmers knapp und präzise die Marxsche Analyse der Formen des gesellschaftlichen Reichtums nach und betont, dass die Existenz des Werts als Form gesellschaftlich-ökonomischer Integration die Klassenspaltung in Eigentümer und Nicht-Eigentümer von Produktionsmitteln voraussetzt (S. 40). Erst durch dieses Klassenverhältnis hindurch könne der Wert sich erhalten und auf sich selbst beziehen. Erst durch seine Rückführung auf dieses Klassenverhältnis als seinen Grund könne er aber auch als *vermittelte* Form, entgegen den Mystifikationen des Kapitalfetischs (Kapital als sich auf sich selbst beziehende Sache, die vermittlungslos Wert aus Wert setzt), als historisch-spezifische *Form* der Vergesellschaftung der Arbeit begriffen werden.

Drei Aspekte unterscheiden Ellmers zufolge nun den formanalytischen vom empirischen Klassenbegriff. *Erstens*: Das Forschungsprogramm. Der formanalytische Klassenbegriff sei Element einer Konstitutionsanalyse sozialformationsspezifischer Reichtumsgestalten (S. 47). Er diene zur Erklärung derjenigen gegenständlich vermittelten und sich an Dingen darstellenden sozialen Verhältnisse, die das Wesen des Kapitalismus ausmachen. Dagegen

erfasse die empirische Sozialstrukturanalyse nur asymmetrische Reichtumsverteilungen auf der vorausgesetzten Grundlage der Wert-, Geld- und Kapitalform. *Zweitens*: Der Abstraktionsgrad. Während der formanalytische Ansatz auf der hohen Abstraktionsstufe des »idealen Durchschnitts« (Marx) der kapitalistischen Produktionsweise verbleibe und trotz der Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, die die Grundunterscheidung weiter konkretisiere, eben nur die *ideale* Oberfläche, niemals aber die singular-realhistorische Ebene erreiche, fasse eine soziologische Klassenanalyse »räumlich und zeitlich eingegrenzte Merkmalsträger zu Gruppen zusammen ...« (S. 48). *Drittens*: Der Inhalt des empirischen Klassenkonzepts sei elastisch, da weder die in die Klassenbildung einzubeziehenden Ungleichheitsdimensionen (z. B. Produktionsmittel-, Geld- oder Bildungstitel-Besitz) noch deren quantitativer Aspekt als Grenzwert der vertikalen Unterscheidung zwischen Klassen eindeutig von den empirischen Verhältnissen festgelegt sei. Dagegen sei der im Rahmen der Ökonomiekritik gebildete Klassenbegriff »durch die formanalytische Theorieanlage *alternativlos* vorgegeben, da eine weitergehende Ausfächerung sozialer Klassen zu einer Konfundierung von kapitalistischer Kernstruktur und einer bestimmten kapitalistischen Entwicklungsphase führen würde« (S. 54).

Ellmers plädiert damit für eine Unterscheidung zwischen formanalytischem und empirisch-soziologischem Klassenbegriff und kritisiert ihre wechselseitige Auflösung in das eine oder andere Extrem. Er stellt fest, »dass die direkte und ausschließliche Operationalisierung formanalytischer Bestimmungen der Komplexität von Sozialsystemen ebenso wenig gerecht wird, wie die sukzessive Konkretisierung der Ökonomiekritik zu einer empirischen Untersuchungsanordnung dem formanalytischen Wissenschaftsprogramm« (S. 35). Während jene nicht nur falsche Schlüsse von nichtempirischen Kategorien der Klassenanalyse, wie z. B. der Unterscheidung von produktiven und unproduktiven Arbeitern, auf empirische Bewusstseinsformen der Akteure vornehme, sondern auch notwendig nicht aus den allgemeinen Formbestimmungen des Kapitals ableitbare

weitere ungleichheitsrelevante Merkmale wie Nationalität, Geschlecht, Prestige usf., vernachlässige, so verwische diese als modelltheoretischer Ansatz den Sinn formanalytischer Untersuchungen, weil sie deren abstrakte Kategorien als zwar didaktisch sinnvolle, aber begründungstheoretisch irrelevante, zunächst notwendig verkehrte *empirische* Begriffsraister ansehe. Hiermit werde aber das Ziel der Entwicklung eines allgemeinen Begriffs des Kapitals verfehlt.

Als formanalytische sei die Klassentheorie des »Kapital« allerdings nicht nur positive Aufweisung des sozialstrukturellen Grundes universeller Tauschverhältnisse, ihr sei auch das ideologiekritische Programm einer Rekonstruktion der Genese der diesen Grund im Bewusstsein der Klassensubjekte notwendig verstellenden Mystifikationen inhärent. Statt einer *Artikulation* des Klassenbewusstseins, so Ellmers, liefere das »Kapital« eine *Kritik* desselben (S. 24). Neben der ideologiekritischen Brauchbarkeit des formanalytischen Klassenbegriffs wird auch dessen Tauglichkeit für die Untersuchung von Arbeitslosigkeit und Politikform nachgespürt.

Ellmers' Arbeit bündelt in kenntnisreicher und extrem dichter Form die Perspektive einer neuen Marx-Lektüre auf die Klassenfrage und kann auch als Korrektiv für den häufig naiven soziologischen Bezug auf den Terminus »Klasse« in Marx' Werk dienen.

INGO ELBE

Antonio Gramsci: Amerika und Europa. Herausgegeben im Auftrag des Instituts für kritische Theorie von Thomas Barfuss.

Gramsci-Reader, Argument Verlag Hamburg 2007, 194 S. (14,90 €)

Das im Reader vorgelegte Material ist der neunbändigen (plus Registerband) Kritischen Gesamtausgabe der 29 »Gefängnishefte« von Gramsci (Argument Hamburg 1991 bis 2002) entnommen. Die Hefte entstanden zwischen 1929 und 1935. Der Reader stellt Texte aus zweiundzwanzig Heften vor; vollständig wiedergegeben ist das, Gramsci folgend (S. 49),

mit »Amerikanismus und Fordismus« betitelt Heft 22, welches Anfang 1934 entstanden sein dürfte.

Dem »neu erwachten Interesse an der Konstellation USA/Europa« Rechnung tragend (Barfuss, S. 7), versammelt die Auswahl die amerikanischen Studien zu fünf Abteilungen: 1. Vorüberlegungen; 2. Amerikanismus und Fordismus; 3. Die USA: Materialien und Reflexionen; 4. Amerikanismus und Fordismus in Europa; 5. Interventionen und Verknüpfungen.

Gramsci bewegte sich nicht im »Trend der Zeit«, das wirtschaftliche und kulturelle Vordringen der USA in (West-)Europa nach dem Ende des Ersten Weltkrieges euphorisch zu begrüßen oder entschieden abzulehnen – ihm ging es darum, welche Konsequenzen sich aus der »Amerikanisierung« Europas für den antihegemonialen Kampf des Proletariats ergeben.

Lenin wünschte sich für das russische Kommunikations- und Verkehrswesen preußische Post- und Eisenbahnverhältnisse, in den Fabriken den Taylorismus. Trotzki (»Europa und Amerika. Zwei Reden«, Berlin 1926) orientierte die Sowjetwirtschaft, von den Amerikanern die modernen Produktionsmethoden zu übernehmen. Er leitete aus der kapitalistischen Anwendung der in den USA entwickelten hocheffizienten Produktivkräfte eine beschleunigte Vertiefung des Widerspruchs zwischen ihnen und den Produktionsverhältnissen und damit das forcierte Herannahen der proletarischen Revolution zunächst in Westeuropa und danach in den USA ab.

Gramscis Herangehen und seine Schlüsse sind anders. Die »Spurensuche im widersprüchlichen Ineinander von Faszination und Geringschätzung, wie das Europa der 1920 und 30er Jahre den USA entgegengebrachte, kann bis heute als ein Lehrstück kritischer Analyse auf diesem Feld gelten«. (Barfuss, S. 7) Die Auswahl möchte »methodische Anregungen und Einsichten greifbar machen, die für die Fragestellungen heutiger Politik-, Sozial- und Kulturwissenschaften relevant sind. Indem Gramsci nach der Arbeit unter den Bedingungen eines sich auf neuer technologischer Stufen reproduzierenden Kapitalismus fragt, nach den Auswirkungen auf den Alltag der Menschen und nach ihrer Selbstverständigung in der Kultur, sind seine Antworten und Materialien aus heutiger Sicht zwar größten-

teils von historischem Interesse – seine Fragestellungen hingegen sind von ungebrochener Aktualität: Wie lässt sich die gegenwärtige Umwälzung der Arbeits- und Lebensweisen analysieren, wie die widersprüchliche Positionierung der Subjekte angemessen fassen? Auf welchen Ebenen wäre eine Analyse anzusetzen, die das sich wandelnde Verhältnis zwischen Amerika und Europa unter den Bedingungen einer neoliberal geprägten Globalisierung erkunden will? Wie könnte eine Politik des Kulturellen aussehen, die der Blockierung und Lähmung von gesellschaftlichen Kräften entgegenarbeitet, wie sie bei einem von oben eingeführten technologischen Fortschritt erzeugt wird?« (S. 7 f.)

Sicher ließe sich die Reihe der Fragen fort-führen. Die von Barfuss aufgeworfenen verdeutlichen bereits, dass es der Publikation *auch* darum geht, Stellung zu beziehen gegen einen pauschalen Antiamerikanismus, der seit dem ersten Irak-Krieg 1991 nicht nur bei Vertretern der Rechten anzutreffen ist. Gramsci führt exemplarisch vor, dass es mit der Ablehnung US-amerikanischer Entwicklungen und Einflüsse in Europa (und in anderen Erdteilen wie auf dem amerikanischen Kontinent selbst) nicht getan ist.

Der Reader soll das Studium der »Gefängnishefte« nicht ersetzen, sondern dazu anregen. Es wäre hilfreich gewesen, die Texte stärker historisch einzuordnen durch eine Skizze von Leben und Werk Gramscis und der Entstehung der »Gefängnishefte«. Dass diese von den Gefängnisdirektoren abgestempelt und Gramscis Effekten zugeordnet wurden, beeinflusste den sprachlichen Duktus, die Terminologie (z. B. ist die Rede statt von »Marxismus« von »Philosophie der Praxis«), und erklärt wohl auch seine Zurückhaltung hinsichtlich politischer Schlussfolgerungen. Die in der Kritischen Gesamtausgabe vorgenommene Datierung der Hefte wurde nicht übernommen. Auch die Betitelung der Ausgabe ist erklärungsbedürftig: »Amerika« steht für die USA, »Europa« meint die entwickelten kapitalistischen Länder Europas, wobei Gramsci vorrangig auf Italien eingeht.

Unbeschadet dessen gilt auch für die Publikation: »Um bewegliche Fragestellungen und experimentelle Anordnungen im Zusammenspiel von sich entwickelnder Produktions-

weise und staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kämpfen zu erhalten, bleibt eine Rückbesinnung auf den Gramsci der Gefängnishefte deshalb nach wie vor nützlich und anregend.« (Barfuss, S. 23)

THOMAS MARXHAUSEN

Michael von Hauff (Hrsg.):
Die Zukunftsfähigkeit der
Sozialen Marktwirtschaft,
Metropolis-Verlag Marburg 2007,
396 S. (29,80 €)

Ein halbes Jahrhundert nach seiner Implementierung wird das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland kontrovers diskutiert. Im Fokus stehen dabei die Reformfähigkeit und die Zukunftsfähigkeit des Modells sowie die Frage, ob dieses in der Vergangenheit durchaus erfolgreiche Modell auch unter den veränderten Bedingungen der Globalisierung und des demographischen Wandels noch effizient funktioniert. Der vorliegende Sammelband, der aus Anlass des 60. Jubiläums der *Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* (WIPOG) entstand, versucht hierauf eine Antwort zu geben. Das Buch gliedert sich in vier Teile: Ideengeschichtliche Wurzeln, konzeptionelle Rahmenbedingungen, institutionelle und strukturelle Rahmenbedingungen und Reformbedarf.

Einleitend stellt Heiko Körner dar, wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entstand. Er folgt dabei einem strukturellen Erklärungsansatz, welcher davon ausgeht, dass es vor allem die Zeitumstände waren, welche Mitte der 1940er Jahre die Entwicklung und Ausformung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft geprägt haben. Der geistige Spannungsbogen reicht dabei von W. Eucken über A. Müller-Armack und L. Erhard bis zu F. Böhm und A. Rüstow. Der Autor zeigt aber auch, dass die Wurzeln dieses Konzepts weiter zurückreichen: bis in die 1920er Jahre. Nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs entwickelte sich in Deutschland – neben der kommunistischen und der faschistischen Ideologie – im Rahmen liberaler und demokratischer Ansätze die Vorstellung

eines »Dritten Weges« der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Gleichwohl kam es »aus pragmatischen Gründen« nach 1945 in Westdeutschland zu keinem wirklichen Neuanfang, sondern zu einem Rückgriff auf »vorhandene Konfigurationen« (S. 27). Große wirtschaftliche Interessengruppen behielten ihren Einfluss auf die Politik, was die »wohlstandstiftende Konsumentenfreiheit« verminderte, die »leistungsgerechte Verteilung des Wohlstands« verhinderte sowie Freiheit und Gerechtigkeit gefährdet. So erscheint das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bis heute eher als Aufgabe denn als Realität. Ein wichtiger Teilbereich der Sozialen Marktwirtschaft war von Beginn an die Einkommens- und Vermögensverteilung, ein Thema, dem der Beitrag von Richard Hauser gewidmet ist. Er zeigt hierin, wie sich die Verteilung der Einkommen und Vermögen seit 1969 verändert hat, welche Strukturverschiebungen eingetreten sind, welche Umverteilungswirkungen vom Staat ausgingen und wie sich Reichtum und Armut heute darstellen. Bemerkenswert ist, dass der Autor die aktuellen deutsch-deutschen Diskrepanzen sehr klar herausarbeitet und als Ursache dafür unter anderem die Restitutionsregelungen von 1990 und die Bereicherung Westdeutscher im Zuge der Wiedervereinigung benennt (S. 61).

Im zweiten Teil schreibt Siegfried Hauser über die ökonomische und soziale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft. Auch dieser Beitrag ist grundsätzlich kritisch angelegt. Er enthält viele Aussagen, die sich gegen eine »reine« Marktwirtschaft als vermeintlich effizientere Variante des Kapitalismus richten. Demgegenüber hält der Autor an den »Werten« der Sozialen Marktwirtschaft fest. Es folgt eine comparative Analyse europäischer Wohlfahrtsstaatsmodelle. Ziel des Beitrages ist es, die Bedingungen für die Zukunftsfähigkeit des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaates aufzuzeigen. Hieran schließen sich Aufsätze zur Europäischen Integration, zum Globalisierungsdruck und zur Wettbewerbspolitik an. Der letzte Teil schließlich enthält vier Beiträge, die den Reformbedarf der Sozialen Marktwirtschaft erkunden. Im Zentrum steht die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, wozu Christian Igel und Eberhard Wille fundierte Überlegungen an-

stellen und Vorschläge unterbreiten. Thomas Beissinger erweitert die Fragestellung und formuliert generelle Anforderungen an eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung. Dabei räumt er gesamtwirtschaftlich agierenden Institutionen wie der Europäischen Zentralbank und dem Staat breiten Raum ein. Wesentlich für einen Erfolg sei die Nachfragesteuerung, schreibt er. Der Autor vertritt damit einen makroökonomischen Ansatz, der in der jüngeren Vergangenheit eher eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Für einen Paradigmenwechsel in dieser Frage sieht er vor allem drei Gründe: *erstens* den neuklassischen Erklärungsansatz, wonach staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen durchaus zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt beitragen können, *zweitens* den empirischen Nachweis von Lohn- und Preisrigiditäten und *drittens* die Tatsache, dass der Rückgang der Volatilität von Output und Inflation auf eine erfolgreich durchgeführte Geldpolitik zurückzuführen sind (S. 318).

Peter Koslowski arbeitet im folgenden Beitrag heraus, warum es in einer Sozialen Marktwirtschaft »Konsensillusionen« gibt und wie man damit umgehen sollte. Als Beispiel dafür wählte er die gesetzliche Rentenversicherung. Im abschließenden Beitrag wendet sich Michael von Hauff der übergreifenden Frage zu, wie die Soziale Marktwirtschaft zur nachhaltigen Marktwirtschaft weiter entwickelt werden kann. Bisher, so der Autor, stehen beide Begriffe unverbunden nebeneinander. Für die Zukunft wird es aber unabdingbar, beide miteinander zu verbinden. Dies kann nur über den zentralen Begriff der Nachhaltigkeit erfolgen. Bei dem Leitbild »Nachhaltige Entwicklung« handele es sich um ein zukunftsorientiertes Leitbild, welches nicht gegen die Wirtschaft ausgespielt werden kann, sondern im Einklang mit ökonomischem Wachstum und sozialer Sicherung stehe. Dies lässt sich anhand des Begriffs »Nachhaltige Marktwirtschaft« demonstrieren.

ULRICH BUSCH

Jaap Sleifer:
Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002
 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 8),
 Akademie-Verlag Berlin 2006,
 239 S. (69,90 €)

DDR und Bundesrepublik standen vier Jahrzehnte im Wettbewerb. Jeder Staat behauptete von sich, dass er das bessere Deutschland darstelle. Das galt für die Politik ebenso wie für die Ökonomie. Den Wettlauf gewinnen würde das Land mit dem höheren Wachstum und der größeren Effizienz des Wirtschaftens. Beides leisten zu können beanspruchte die Planwirtschaft der DDR ebenso für sich wie die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik.

Es ist daher kein Wunder, dass Wachstums- und Produktivitätsvergleiche zwischen beiden deutschen Staaten seit Anfang der 1950er Jahre zum ständigen Repertoire der Wirtschaftswissenschaftler bzw. Wirtschaftshistoriker gehörten. Derartige Vergleiche wurden auch in den 1990er Jahren fortgesetzt, nachdem alle Auf- und Einholversuche der DDR gescheitert waren und der kühne DDR-Slogan von Ende der 1960er Jahre – »Überholen ohne einzuholen« – rückblickend nur noch als blanker Hohn empfunden werden konnte. Nunmehr interessierten mehr noch als zuvor die Ursachen für das Zurückbleiben der DDR und jene Zeiträume, in denen der Ausgang des Rennens bereits vorentschieden wurde.

Sleifer untersucht Arbeitsproduktivität und Wachstum in Ostdeutschland im Bereich von Industrie, Landwirtschaft, öffentlichen Versorgungsbetrieben, Bauwirtschaft sowie Transport- und Kommunikationswesen und vergleicht die Entwicklung im mittleren Teil des Deutschen Reiches, in der DDR und in den neuen Bundesländern mit den Fortschritten, die auf gleichen Gebieten im westdeutschen Raum erzielt wurden.

Die bisherigen Antworten der Wirtschaftshistoriker auf die Frage nach den Ursachen des bleibenden DDR-Rückstandes gehen in

zwei Richtungen: Die einen meinen, dass vor allem die schlechten Startbedingungen Ostdeutschlands nach dem Kriege (Demontagen, Reparationslieferungen an die Sowjetunion aus der laufenden Produktion) die wichtigste Ursache für den (sich als nicht aufholbar erweisenden) Rückstand der DDR-Wirtschaft bildeten, die anderen sind der Auffassung, dass die Einführung der Planwirtschaft die Hauptschuld am Zurückbleiben der DDR trug – und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik den dortigen wirtschaftlichen Aufschwung, als Wirtschaftswunder bekannt, verursachte. Sleifer bleibt bei seiner Analyse betont sachlich, vermeidet Emotionalität. Seine Antwort ist weniger explizit, um so mehr jedoch aus dem von ihm berechneten statistischen »Langen Reihen« ablesbar.

Der Autor unterteilt den von ihm gewählten Untersuchungszeitraum 1936-1992 in drei Perioden: 1936-1950, 1951-1989 und 1990-1992. Er stellt fest, dass der größte Abfall des ostdeutschen Wirtschaftsniveaus gegenüber Westdeutschland in die erste Periode fällt, die Krieg und Nachkrieg umfasst. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland, die vor dem Krieg nur ein paar Prozentpunkte zugunsten Ostdeutschlands betragen hatte, vergrößerte sich in der Nachkriegszeit zugunsten Westdeutschlands auf fast 50 Prozent. Ein zweites »starkes Absinken« des ostdeutschen im Vergleich zum westdeutschen Bruttoinlandsprodukt geschah in der dritten Periode. Im Jahre 1991 belief sich das ostdeutsche Bruttosozialprodukt je Kopf und auch je Erwerbstätigen auf nur noch 31 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Doch wie verlief der ökonomische Wettbewerb in den Jahren zwischen 1950 und 1989? Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf entwickelte sich die ostdeutsche Wirtschaft nicht schlecht. »Sie fiel relativ nur ein wenig im Vergleich zum westdeutschen Niveau. Es blieb ziemlich konstant bei etwa 56 %«, schreibt Sleifer (S. 52)

Dieses Ergebnis steht ganz im Gegensatz zur Mainstream-Auffassung, dass das Zurückbleiben Ostdeutschlands vor allem »systembedingt«, d.h. auf die »falsche« Wirtschaftsordnung zurückzuführen war. Zwischen 1945 und 1948 gab es bei der Durchsetzung der Bewirt-

schaftung keine substanziellen Unterschiede im Wirtschaftssystem der Zonen, genauso wenig wie zwischen 1936 und 1945. Geht man davon aus, dass sich Soziale Marktwirtschaft im Westen und »Sozialistische Planwirtschaft« im Osten etwa 1952 endgültig durchgesetzt hatten, dann fällt die für Ostdeutschlands Wirtschaftsentwicklung am ungünstigsten verlaufende Periode in eine Zeit, da Plan- bzw. Marktwirtschaft noch nicht bzw. erst in ihren Anfängen wirksam waren. Die Begründung mit dem falschen oder richtigen Wirtschaftssystem ist also kaum nachweisbar. Das trifft auch für die zweite »Einbruchperiode« 1990-1992 zu, in der sich in der DDR bzw. Westdeutschland nicht mehr Plan- und Marktwirtschaft gegenüberstanden, sondern in der sich in Ostdeutschland mittels Schocktherapie der Übergang von der einen zur anderen Wirtschaftsform vollzog.

Wirklich voll entwickelt standen sich die beiden Wirtschaftssysteme in Deutschland in der mittleren Periode gegenüber. In diesen fast 40 Jahren gelang es der Planwirtschaft allerdings durch Produktivitätszuwachs und Integration eines immer größeren Teil der Bevölkerung – vor allem der weiblichen – in den Wirtschaftsprozess beim Wachstum, mitzuhalten, d. h. eine Vergrößerung des Rückstandes im Großen und Ganzen zu verhindern. Das ist zwar angesichts der diversen Auf-, Ein- und Überholprogramme der Ulbrichtzeit kein erwünschtes Ergebnis gewesen, aber doch eines, die mit der These, dass die wachsenden Divergenzen im Produktivitätsniveau beider deutscher Staaten bzw. Regionen »vor allem systembedingt« waren, nicht in Einklang zu bringen. Sleifer kennt natürlich die »Mainstream«-Ansichten der bundesdeutschen Wirtschaftshistoriker, zitiert sie auch – und belässt es dabei. Vielleicht wäre es eine Überforderung mit diesem hauptsächlich dem empirischen Nachweis wirtschaftlicher Entwicklung gewidmeten Buch, auch noch in die Debatte um die »Ursachen des Untergangs der DDR« einzusteigen. Der engagierte Leser aber wird dies tun.

Die gewisse Unempfindlichkeit des empirisch forschenden Holländers gegenüber den in der heutigen Bundesrepublik propagierten Erkenntnissen über die DDR hat auch ihre erstaunlichen Seiten. So erfährt der Leser aus

Sleifers Untersuchungen, dass sich das ostdeutsche »Humankapital« auf höherem Niveau als das westdeutsche befand (S. 55), dass der »ostdeutsche Plattenbau« zu einer deutlichen Erhöhung der Arbeitsproduktivität führte und weil er den Hausbau »billiger und schneller« machte, wesentlich zum höheren Produktivitätswachstum im ostdeutschen Bauwesen gegenüber dem westdeutschen ab den 1970er Jahren beitrug (S. 130).

Abschließend, nachdem der Autor das ost- und westdeutsche Wirtschaftswachstum zwischen 1990 und 2002 analysiert hat, stellt Sleifer die Frage nach den zukünftigen Auf- und Einholbedingungen der ostdeutschen Region im vereinigten Deutschland. Seine Antwort ist ernüchternd. Sich auf das für eine alle Wirtschaftsbereiche umfassenden empirischen Analyse anbietende wirtschaftswissenschaftliche Theorienmodell von Zentrum und Peripherie stützend, stellt er fest, »dass es deutliche Anzeichen dafür gibt, dass Ostdeutschland auf dem Weg zu einer peripheren Region ist« (S. 154) – womit die Hoffnungen auf ein einmal in Zukunft zu erreichendes gleiches Entwicklungsniveau in einem Land und im selben marktwirtschaftlichen System schlichtweg gegenstandslos werden, sofern es keine grundlegenden Änderungen in der seit 1990 ganz nach westdeutschen Muster gestalteten Wirtschaft Ostdeutschlands geben wird.

Sleifers Buch gehört zu jenen, die zum tiefen Nachdenken anregen. Den Herausgebern des »Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte« ist es zu danken, dass dieser auf der Dissertation des Autors beruhende Band – in Englisch – der historischen Forschung in Deutschland zur Verfügung steht. Die Verleihung des Renè-Kuczynski-Preises 2007 für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an den Autor zeugt von der positiven Aufnahme, die Sleifers Buch in Fachkreisen bereits gefunden hat.

JÖRG ROESLER

**Joachim Mitdank:
Die Berlin-Politik zwischen
17. Juni 1953, dem Viermächte-
abkommen und der Grenzöffnung
1989 – Erinnerungen eines
Diplomaten, trafo-Verlag
Berlin 2003, br., 337 S. (29,80 €)**

Es ist jetzt fast 30 Jahre her, dass Finnlands Staatspräsident Dr. Urho Kekkonen am 1. September 1978 den DDR-Botschafter Dr. Joachim Mitdank zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens empfing. Das sind in der Diplomatie immer wieder bewegende Momente. Mitdank erinnert sich heute noch daran. Aber auch, daß Dr. Kekkonen nach dem offiziellen Begrüßungszeremoniell den DDR-Botschafter mit einer mehr oder weniger undiplomatischen Frage überraschte: »Was macht Rosi?«

Jetzt hat sich Mitdank in seinem neuen Buch über »Die Berlin-Politik...« wieder an das Gespräch erinnert. Der finnische Staatspräsident, der auch in Deutschland als finnischer Landesmeister im Hochsprung bekannt war, erinnerte sich seinerseits an die damals sehr populäre DDR-Leichtathletin Rosi Ackermann, die er bei seinem Staatsbesuch in der DDR 1977 im Trainingszentrum Kienbaum vor den Toren Berlins kennenlernte. Rosi Ackermann berichtete damals dem finnischen Staatspräsidenten von ihren Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele. Was Mitdank nicht wußte, erzählte ihm der Präsident schmunzelnd: Er habe ihr versprochen, wenn sie in Moskau Gold oder eine andere Medaille schafft, werde er sie ihr persönlich überreichen.

Die Berlin-Problematik und damit der Status von Berlin spielte auch in den internationalen Beziehungen der DDR eine große Rolle. Im Gegensatz zum schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme setzte sich Dr. Urho Kekkonen über die Bedenken der West-Alliierten zu seinem Berlin-Besuch hinweg.

Mitdank berichtet in seinem Buch über den Besuch des hohen Gastes in Berlin-Marzahn und Hellersdorf, zwei Neubaugebieten die im Wohnungsbauprogramm der DDR eine große Rolle spielten. In diesem Zusammenhang sei

erwähnt, dass die finnische Firma Partek OY mit den zuständigen Außenhandelsorganen einen Vertrag über den Bau eines Betriebes zur Produktion von Fertigteilen für den Wohnungsbau abgeschlossen hatte. Nach der Wende im Jahre 1990 wurden im Rahmen des so genannten Aufbau Ost und der damit verbundenen Zweckkampagne zur »Delegitimierung« der DDR viele Plattenbauten wieder abgerissen.

Joachim Mitdank war vor seiner Tätigkeit in Finnland von 1968 bis 1978 Leiter der Abteilung Westberlin im Berliner Außenministerium. In dieser Eigenschaft war er federführend als Experte und Beauftragter der Regierung der DDR an Verhandlungen mit dem Westberliner Senat beteiligt. In seinem Buch berichtet er über die vielen Gespräche mit Senatsvertretern im Vorfeld des Berlin-Abkommens, dem Transit-Abkommen, über das von der DDR vorgeschlagene Passierschein-Abkommen, über den Gebietsaustausch, die Berlin-Krise und die Querelen mit dem Partner in Westberlin und der Regierung der Bundesrepublik in Bonn.

Mitdank beschreibt auch, wie solche Abkommen vorbereitet wurden. So ließ eine Erklärung des neuen USA-Präsidenten Richard Nixon am 27. Februar 1969 in Westberlin erkennen, dass in den Führungskreisen der USA die Bestrebungen wuchsen, mit der UdSSR in der Berlin-Frage Kontakte herzustellen und möglicherweise Verhandlungen aufzunehmen. Für den damaligen Außenminister Otto Winzer war das Anlass genug, der sowjetischen Führung den Standpunkt der DDR hinsichtlich möglicher Verhandlungen schriftlich darzulegen. Gemeinsam mit Staatssekretär Michael Kohl erhielt Joachim Mitdank den Auftrag, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Der DDR ging es derzeit darum, den Status Westberlins, als eine nicht zur BRD gehörende politische Einheit zu wahren.

Zwei Aspekte galt es in einem Non-paper für Breshnew herauszuarbeiten: Es mussten Vereinbarungen her, die die Benutzung der Verkehrswege der DDR durch Bürger anderer Staaten, vor allem aus der BRD nach Westberlin, regelten. Dabei durften die Rechte der Westalliierten nicht verletzt und beschädigt werden. Zum anderen kam es darauf an, bei etwaigen Verträgen der Regierung der DDR

mit dem Senat von Westberlin den Bonner Alleinvertretungsanspruch auszuschalten. Der DDR ging es auch darum, dass sie ihre Pflichten als Mitglied des Warschauer Vertrages erfüllen konnte. Kohl und Mitdank haben im April 1969 eine solche Version in Moskau übergeben. Damit wurden die Verhandlungen auf den Weg gebracht.

Die Beziehungen zur Hegemonialmacht Sowjetunion spielten immer die erste Rolle in der DDR-Außenpolitik. Sie war auf Gedeih und Verderb den Launen und politischen Absichten der Führung Moskaus ausgeliefert. Das wurde auch bei Wirtschaftsverhandlungen der DDR im Juli 1969 sichtbar. Ministerpräsident Willi Stoph, der die Verhandlungen in Vertretung des erkrankten Walter Ulbricht leitete, schlug der sowjetischen Seite vor, den ständig steigenden Bedarf der DDR-Wirtschaft an Walzstahl, Aluminium, Erdöl, Buntmetallen und Zellstoff durch zusätzliche Exporte in die DDR zu erhöhen. Statt die Importwünsche der DDR zu befriedigen, erklärte Breshnew, »das die erbetenen Lieferungen von Erdöl, Erdgas, Walzstahl, Aluminium, Kautschuk, Kupfer u. a.« um die Hälfte gekürzt werden müssen. Breshnew begründete diese Entscheidung mit der angespannten wirtschaftlichen Situation der Sowjetunion, wachsenden Militärausgaben und der Unterstützung anderer kleinerer Staaten. Mit diesem Ausgang der Verhandlungen erlitt Ulbricht eine schwere Niederlage. Tatsächlich leitete Breshnew eine Neuorientierung der Außenhandelspolitik seines Landes ein. Ihm ging es darum durch verstärkte Exporte, z. B. von Erdöl, in westliche Länder die Deviseneinnahmen seines Landes beträchtlich zu erhöhen. Zur Unterstützung dieser Politik richtete der sowjetische Geheimdienst KGB schon 1968 einen »Geheimen Kanal« zwischen Moskau und Bonn ein. Die geheimen Verhandlungen liefen zwischen dem KGB-General Wjatscheslaw Kewerkow und dem BRD-Staatssekretär Egon Bahr. Welche Rolle dabei der damalige BRD-Außenminister Willy Brandt spielte, ist noch nicht exakt erforscht worden. Der besuchte inkognito in der Nacht vom 18. Juni zum 19. Juni 1968 den sowjetischen Botschafter in Ostberlin, Pjotr Abrassimow. Über dieses Treffen wurde äußerstes Stillschweigen vereinbart, so dass

auch die DDR Führung davon nichts erfuhr. Zeichnete sich schon hier ein Komplott gegenüber Walter Ulbricht ab?

Erst im Juli 1970 fand hierzu eine bedeutende Unterredung zwischen Breshnew und Honecker in Moskau statt. Die Führung der KPdSU war schon lange der Auffassung, dass die DDR-Führung an der Sowjetunion vorbei regieren wolle. Breshnew soll, wie Mitdank berichtet, ganz offen Honecker mit den Worten gedroht haben: »Wir haben doch Truppen bei Euch.« In diesem Gespräch wurden auch Standpunkte über die Rolle Ulbrichts ausgetauscht. Breshnew habe Honecker offen zu verstehen gegeben, dass er nach Ulbricht die Partei leiten solle und hinzugefügt: »Die Frage ist entschieden.«

Spätestens seit diesem Zeitpunkt, so konstatiert Mitdank, begann Breshnew mit Unterstützung von Erich Honecker ein Komplott zum Sturz von Ulbricht zu organisieren.

Der Sturz von Walter Ulbricht, dem 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, vollzog sich im Mai 1971 während eines Vier-Augen-Gesprächs Honecker-Ulbricht in dessen Sommersitz Döllnsee. Honecker erschien dort mit einem Trupp Personenschützern. Die besetzten vor dem Gespräch der beiden Politiker, mit Maschinenpistolen bewaffnet alle Zugänge, besetzten alle Tore der Residenz und kappten sämtliche Nachrichtenverbindungen. Honecker habe Ulbricht ein vorbereitetes Rücktrittsgesuch vorgelegt, das dieser resignierend nach einer einhalbstündigen »Aussprache« unterschrieb.

Nach seinem vierjährigen Aufenthalt in Finnland übernahm Mitdank im Berliner Außenministerium die Abteilung Nordeuropa. Eine seiner ersten größeren Aufgaben war die Vorbereitung des Staatsbesuchs den finnischen Präsidenten Mauno Koivisto. Der Status von Berlin spielte für Mauno Koivisto überhaupt keine Rolle. Ging es doch darum, vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen mit der DDR zu vertiefen. Präsident Koivisto beauftragte den finnischen Botschafter in der DDR, vorbereitende Gespräche mit den DDR-Spitzen zu führen. Der Botschafter erbat sich ein Gespräch mit dem Wirtschaftssekretär des ZK der SED, Günter Mittag. Mittag lehnte ab. Joachim Mitdank suchte andere Wege, um dem finnischen Botschafter inhaltvolle Ge-

sprache zu ermöglichen, nicht ohne seinen Unmut über die Haltung von Mittag kund zu tun. Den Hinweis der finnischen Botschaft, dass durch bürokratische Schwierigkeiten bei der Visaerteilung die Einreise von Finnen in die DDR Probleme bei der Marktbearbeitung entstanden, griff Mitdank auf: Er schlug seinem Minister vor, ein Abkommen über Visa-freiheit vorzubereiten. Dem stimmte Außenminister Oskar Fischer zu und holte sich die Zustimmung von Erich Honecker. Im April 1987 begannen entsprechende Verhandlungen in Helsinki. Mitdank darüber: »Die finnischen Kollegen verfügten über eine umfangreiche Praxis auf diesem Gebiet, so daß es möglich wurde, einen Vertragsentwurf in kurzer Zeit zu erarbeiten ...«. Am Ende des Besuchs von Präsident Mauno Koivisto wurde am 1. Oktober 1987 ein Abkommen über Visafreiheit DDR – Finnland unterzeichnet.

Noch 1989 wurde Joachim Mitdank Botschafter in London und Dublin. Eines Tages wurde er von der britischen Seite gebeten, einen offiziellen Besuch des britischen Außenministers Douglas Hurd der Regierung der DDR vorzuschlagen. Im Januar 1990 begleitete Mitdank den Gast von Ministerpräsident Hans Modrow nach Berlin und Leipzig. Nach seinen Gesprächen mit Hans Modrow begleitete Mitdank den britischen Außenminister nach Leipzig. Leipzig war die Geburtsstadt von Joachim Mitdank. Gemeinsam mit seiner Begleitung besuchte Hurd auf eigenen Wunsch die Karl-Marx-Universität. Die Studenten des Anglistik-Instituts begrüßten den britischen Außenminister nicht nur in englischer Sprache, sondern führten auch in dessen Muttersprache eine einstündige Diskussion.

Auf der Rückreise nach London machte Hurd noch einmal Station in Berlin. Er besichtigte das Brandenburger Tor. »Wissen Sie«, sagte er zu Mitdank, »... über das System von Jalta ist viel geschrieben und gesprochen worden. Feststehen dürfte, das wir unter diesem System 40 Jahre recht friedlich und auch glücklich gelebt haben.« Und dann fügte er nachdenklich hinzu: »Jetzt müssen wir sehen, was kommt.«

Das Buch schließt eine Lücke in der Geschichtsschreibung. Es ist sehr gut lesbar, locker und zum Teil amüsant, aber auch sehr nachdenklich geschrieben.

Joachim Mitdank war viele Jahre Mitgestalter der Außenpolitik der DDR. Er lebt heute als Rentner in Berlin und wartet auf die von Helmut Kohl versprochenen »blühenden Landschaften« im Osten Deutschlands.

Und was macht Rosi heute? Sie wurde Geschäftsfrau. Im Land Mecklenburg-Vorpommern betreibt sie in einer Kleinstadt ein Sportartikelgeschäft.

FRANZ-KARL HITZE

Anika Walke:
Jüdische Partisaninnen.
Der verschwiegene Widerstand
in der Sowjetunion. Rosa-Luxem-
burg-Stiftung, Texte Bd. 37,
Karl Dietz Verlag Berlin 2007,
189 S. (14,90 €)

Das Wesentliche dieser Publikation sind die Interviews, die Anika Walke mit acht Zeitzeuginnen aus Belorussland geführt hat, das letzte 2005. Die Frauen berichten von wichtigen Lebensabschnitten zwischen ihrer Kindheit und hohem Alter. Ihre Aussagen sind von durchweg hoher Emotionalität geprägt. Ausgehend von Erinnerungen an ihre Familien und an Kindheitserlebnisse berichten sie in bewegenden Einzelheiten über die drei Jahre ab Sommer 1941, in denen sie unter den Bedingungen der tagtäglich tödlichen Bedrohung durch die Vernichtungspolitik großdeutscher Okkupationsmacht zu leben gezwungen waren, durch die sie nahezu all ihre Familienangehörigen, jüdische Nachbarn und Freunde verloren haben. Entscheidend für ihre Wege in den Widerstand waren diese Erfahrungen, die sie in die Reihen der antifaschistischen Kämpfer führten. Sie bewährten sich in diesem Kampf, den sie bis zu ihrer und ihrer Heimat Befreiung führten. Schließlich berichten sie von jahrzehntelangen Erfahrungen des Verschweigens jüdischen Widerstands durch Behörden in der UdSSR und in den Nachfolgestaaten. Negative Erfahrungen brachten schließlich auch die jüngste Zeit hinsichtlich bescheidenster finanzieller Wiedergutmachung durch die BRD. Somit öffnet sich dem Leser ein Zeitfenster zwischen den 20er bzw. 30er Jahren

des vorigen und dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts.

Der respektvolle Umgang mit den schwer geprüften Gesprächspartnerinnen bewahrte die Autorin davor, deren Aussagen lediglich als »Steinbruch« für einen historischen Rückblick auszubeuten. Sie war jedoch nicht gut beraten, als sie die Aussagen der Zeitzeuginnen durch einen aufgesetzt wirkenden, sich psychologisierend und genderisierend, »wissenschaftlich« gebenden Text kommentierte. Dessen hätte es nicht bedurft. Begegnen uns die Interviewten doch als selbstbewusste Frauen, deren Weg in den Widerstand selbstbestimmt, und deren Bewährung im Widerstand die Folge ihrer ureigenen Entscheidungen war, deren Beweggründe sie klar und deutlich auszudrücken vermochten.

Ihr individuelles Erleben in den Ghettos von Minsk und kleineren Städten des Umlands, und ihre Erfahrungen mit den allzeit tödlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus deutscher Besatzer und deren örtlicher Helfershelfer, unter letzteren belorussische Polizisten oder (in den vormaligen polnischen Ostgebieten) auch hier operierende nationalistische Formationen der polnischen Heimarmee, sowie die Ausgrenzungen potentieller jüdischer Mitstreiter bei manchen legitimierten sowjetischen Partisaneneinheiten, führte bei den betroffenen Frauen zu Brüchen in der Erinnerung und den Interviews, wodurch mehrfaches plötzliches Schweigen beredt wurde.

In ihren Interviews schildern sie die Schwere ihres Partisanenlebens und die besonderen Schwierigkeiten für Frauen in diesem Kampf, an dem sie sich auf unterschiedliche Weise beteiligten; an militärischen Operationen, an der medizinischen Betreuung oder der Versorgung ihrer Mitstreiter in einem Kampf auf Leben und Tod, bei dem die Frauen eine letzte Kugel oder eine letzte Handgranate für sich selbst mit sich führten, um auf keinen Fall in die Hände der Besatzer zu fallen, von deren Grausamkeiten vielfaches Zeugnis abgelegt wird.

Verstecktem oder offenem Antisemitismus begegneten die jüdischen Partisaninnen bis in die Gegenwart. Er äußerte sich nach dem Krieg u. a. im partiellen Verschweigen des jüdischen Beitrags am antifaschistischen Kampf, im partei- wie staatsoffiziellen Ausschluss aus dem kollektiven Gedächtnis. Alle

Interviewpartnerinnen waren damit konfrontiert.

Der Epilog geht u. a. auf einige internationale Veröffentlichungen zum Partisanenkampf ein.

GERD KAISER

RAINER RILLING

There Were Numerous 68s ...

There are numerous discussions – on both the left and the right – about what »the 68ers« really achieved in society. The author describes their political action as a social, cultural, theoretical and political »revolt« that provoked an astonishing counter-offensive and strategic riposte from the ruling classes. But there are many aspects that remain valid for a real Left »rifundazione«.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

Karl Marx' Last Journey

In 1999, the BBC made an opinion poll on the millennium's greatest thinker. The answer was: Karl Marx (1818-1883). To find a cinematographic approach to Karl Marx, the author elaborated a draft for a »biopic«, which we present here. The text is about Marx' last journey that took him to Marseilles, Algiers, Cannes, Monte Carlo and Argenteuil in 1882.

DIETMAR WITTICH

Class Situation

This is a draft of the entry »class situation« for the Historical-Critical Dictionary of Marxism. The author discusses it as a fundamental category of class analysis, which is used to describe major social groups with typically unequal living conditions and opportunities in life, directly linked to the socio-economic relations and the resources at their disposal.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Paul Levi among the »hypocrites«

The author presents extracts of Paul Levi's (1883-1930) diaries and other documents between 1917 and 1921, to illustrate the deep rift that had developed between himself and Lenin, on the question of a revolutionary strategy for Germany. Rejecting Lenin's idea of a revolutionary war and fundamentally criticizing Bolshevik strategies, Levi was later expelled from the KPD.

WOLFRAM ADOLPHI

The »Line Luxemburg-Gramsci« and Today's Leftist Theory and Practice

This is a report on the XI. International Conference of InkriT (Institute of Critical Theory) in Esslingen from June 7 - 10, 2007. The conference focussed on the »Line Luxemburg-Gramsci« – an expression first coined by Peter Weiss – and on the entries for vol. 7.I, 7.II and 8 (the letters K and L) of the Historical-Critical Dictionary of Marxism.

URSULA SCHRÖTER

The Sisterly Unity in the Democratic Women's Union (DFD) of the GDR

Looking into the history of the Democratic Women's Union (DFD) of the GDR, founded in 1947, the author discusses the contradictions between the party leadership position – that the women's question should be merely a subordinate aspect of the class question – and the post-World War II reality, marked by a »non-traditional« women's role in rising out of the catastrophe.

RENATE ULLRICH

GDR-Women Between Emancipation and Patriarchy

Taking for example the book »The Miracle on the Other Side is the Women« published in the FRG in 1965, the author analyses the contradictions in the research on the question of women in the GDR. Based on films, books and research reports, she demonstrates that the history of women, as well as the history of the research on women has vacillated between emancipation and patriarchy.

GISELA NOTZ

Counterculture and Autonomy

The author makes a résumé of experience, gleaned since the seventies, with alternative economic projects in Germany – projects that existed on the borderline between market-focused capitalist economy, public enterprises and informal economy. Even today, she says, when utopians have few possibilities to reach the public, the actors in such projects show that alternatives are possible.

KLAUS HÖPCKE

The »Break Up« of the Reichstag 1933

This article reminds of Hitler's destruction of parliamentarism in the aftermath of the March 5, 1933 elections, when the Nazi-Party, despite the arson set in the Reichstag building on February 27th, received only 43.9 per cent of the votes – a process that began with the »annulment« of the 81 seats of the Communists and the ensuing wave of arrests which included also 20 Social Democrats.

PETER LINKE

With a Coarse Brush

The author reviews Ito Narihiko's book »A History on the Article 9 of the Japanese Constitution« and discusses the developments in Japan since 2006, directed toward creating a basis for a constitutional revision – a process that would surely lead to the liquidation of the peace article.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit,

Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN (V.i.S.d.P.),
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €